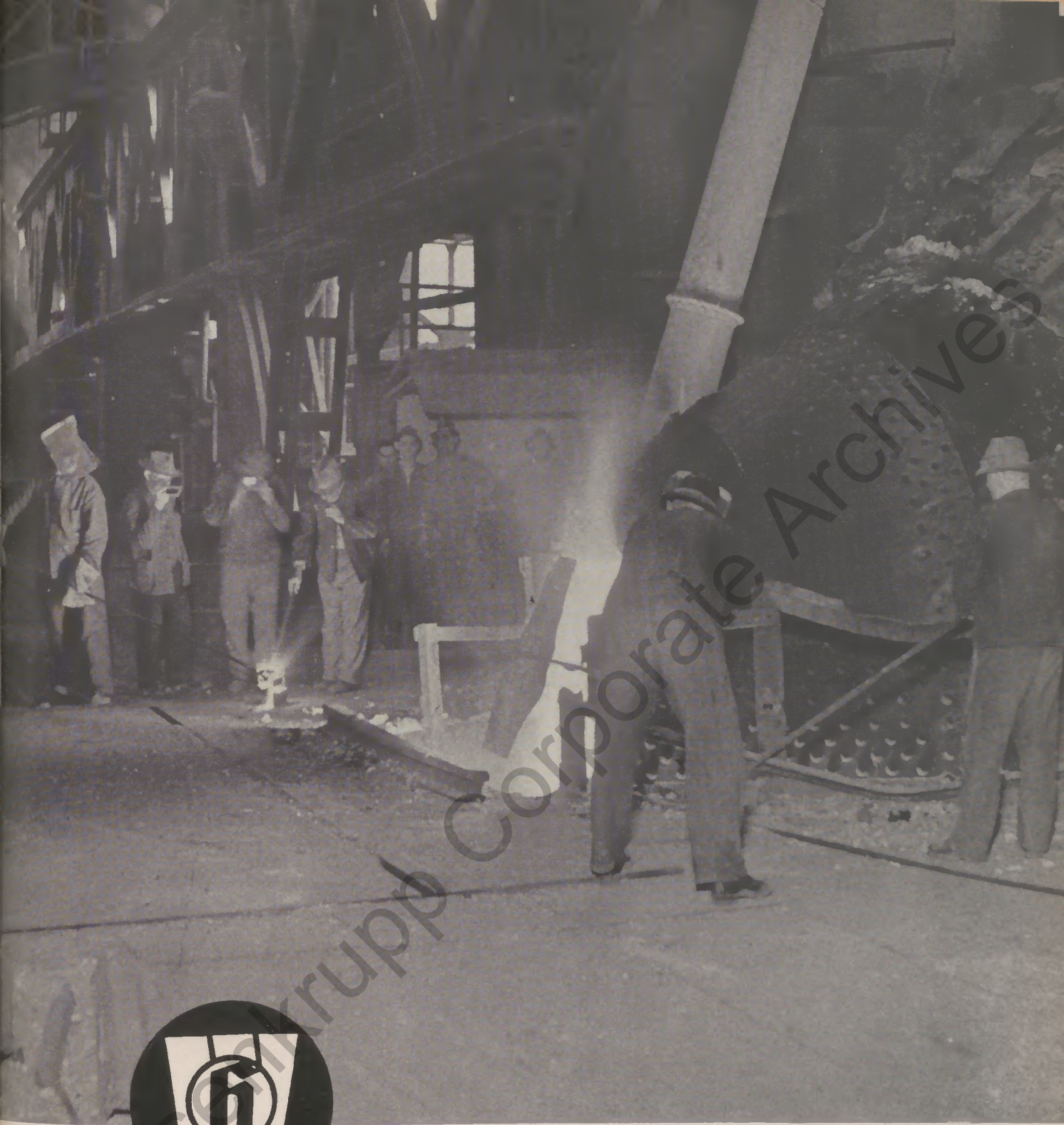




NR. 8
AUGUST 1952
4. JAHRGANG

**MITTEILUNGSBLATT
WESTFALENHÜTTE AG
DORTMUND**



Unser Titelbild:
Probeentnahme an einer Thomasbirne

Nebensiehend:
An den Hochöfen

Dritte Umschlagseite:
Beim Abstich
In unserer Sport- und Erholungsanlage

Aus dem Inhalt:

Unsere Rohstahlerzeugung

Neue Kokereibatterie auf Kaiserstuhl II

Verbundwirtschaft
zwischen Kohle und Stahl

Das Eisen im Sprichwort

Versorgungsansprüche anmelden!

Hoesch Werke Aktiengesellschaft
gegründet

In unserer Kindererholungsanlage

Was wäre wenn . . .

Das Mitbestimmungsrecht
im Urteil der Wissenschaft

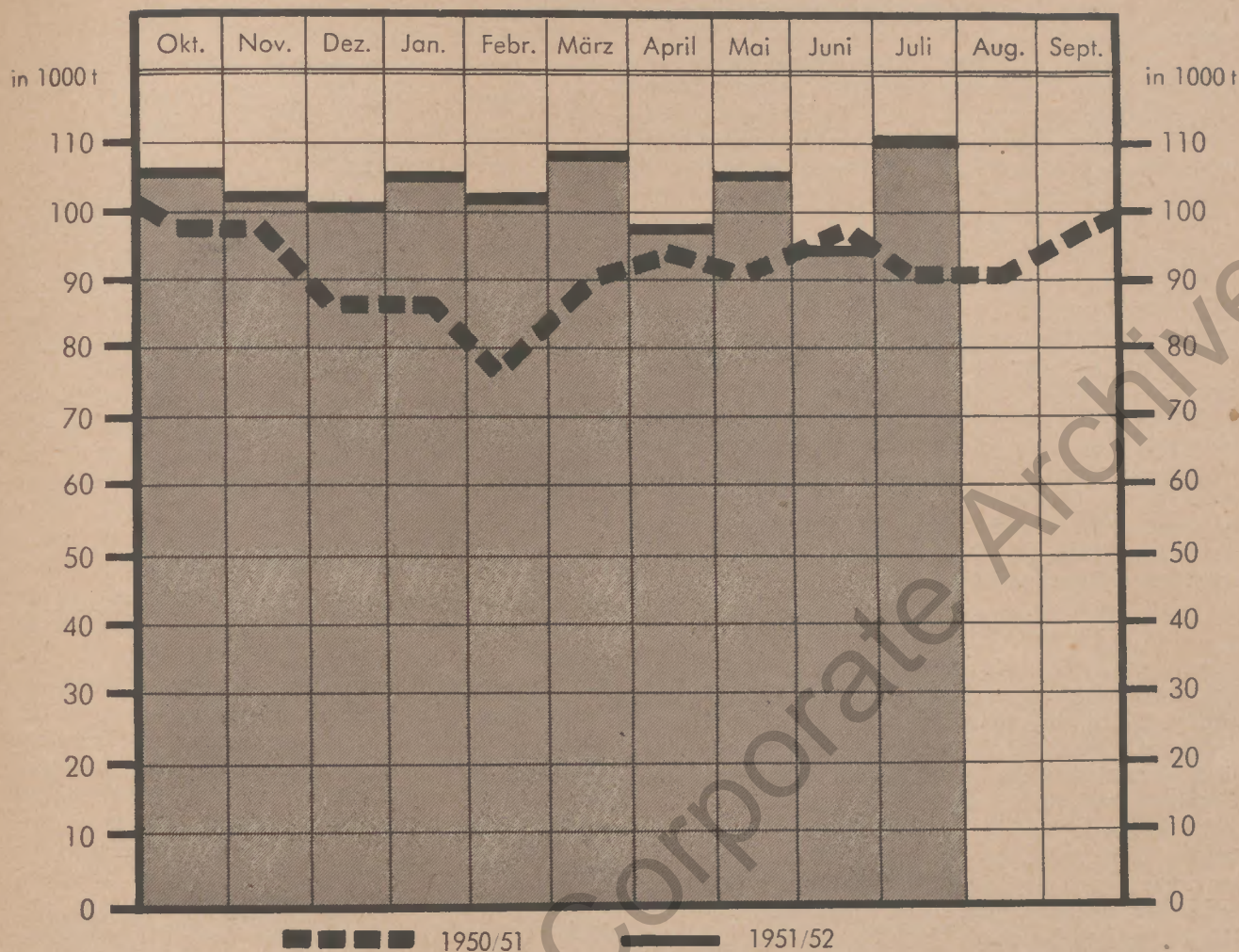
Das Betriebsverfassungsgesetz

Frohe Stunden und Tage

Der Teufel im Walzwerk



Unsere Rohstahlerzeugung



Unsere Rohstahlkurve ist im Monat Juli erstmalig auf 110 000 t Rohstahl gestiegen.

Wir können mit einer gewissen Befriedigung feststellen, daß unsere Rohstahlerzeugung wieder *Vorkriegs-Niveau* erreicht hat, und zwar diesmal nicht als Ausnahmeerscheinung. Vielmehr war der Juli der erste Normalmonat, in dem fünf Hochöfen ohne besondere betriebliche Einschränkungen mit ihrer Roheisenerzeugung die Grundlage für das Monatsergebnis waren.

Nun waren vor dem Kriege 110 000 t ein Jahresdurchschnitt. Die durchschnittliche Erzeugung seit Oktober vorigen Jahres ist bis einschließlich Juli nur 103 000 t gewesen, und doch hat dieser Vergleich des Monats Juli eine gewisse Berechtigung, wenn man die bisherige Entwicklung der letzten Jahre und Monate noch einmal kurz betrachtet.

Ab Oktober 1950: Koksverknappung

Die Kurve beginnt mit der gestrichelten Linie mit dem Oktober 1950. Der September 1950 hatte erstmalig die 100 000-t-Grenze überschreiten lassen. Mit dem Oktober begann die *Koksverknappung*. Wir mußten einen Hochofen absetzen. Der weitere Abfall der Kurve ist bestimmt durch weitere Brennstoffknappheit. Im Januar wurde ein weiterer Hochofen abgesetzt. Zwei Monate, Januar und Februar 1951, bliesen nur im ganzen drei Hochöfen.

Ab März 1951: USA-Koks

Im März 1951 lief der erste *USA-Koks* zu, und der vierte Hochofen wurde wieder angeblasen. Die Rohstahlkurve entspricht dann den jeweils schwer erkämpften und dem Hochofen zugeführten Koksmengen. Der Engpaß „Brennstoff“ bestimmte also damals unsere Produktion.

Erstmalig im Oktober 1951 war für die vier im Feuer befindlichen Hochöfen der Brennstoff ausreichend. Da der fünfte Hochofen sich noch in Neuzustellung befand, wurde jetzt die Produktion vom Hochofen bestimmt, d. h. jetzt lag hier unser Engpaß. Verkaufsseitig als auch zur Beschäftigung unserer Betriebe war jede Tonne Rohstahl wichtig. Es wurde durch forciertes Blasen der Hochöfen und durch Möllerverbesserungen, soweit überhaupt angängig, eine möglichst hohe Roheisenerzeugung angestrebt.

Unter diesen Verhältnissen gelang es, in den Monaten Oktober 1951 bis März 1952 mit vier Hochöfen die Rohstahlproduktion über 100 000 t zu halten. Die Schwankungen erklären sich z. T. aus den Arbeitstagen, die Spitzen vor allem aus Spitzenleistungen des vom Hochofen nicht abhängigen Martinwerkes.

Im April 1952 ist die aus dem Rahmen fallende niedrige Produktion durch die vielen Feiertage und

feiertagsbedingte Ausfälle im Martinwerk zu erklären.

Im Mai wurde der fünfte Hochofen angeblasen, der kleinste unserer Ofen, Nr. III. Er brachte wieder mehr Roheisen und damit, trotz der ebenfalls in diesem Monat liegenden Feiertage, wieder eine Steigerung der Produktion. Die volle Erzeugung war wegen Anlaufens des Hochofens und der damit verbundenen Schwierigkeiten und wegen der Feiertage noch nicht zu erwarten.

Stillstand durch Umbauten

Der Juni war planmäßig für den Umbau der Schere an der Blockstraße I vorgesehen. Die durch diesen Umbau bedingte geringere Durchsatzfähigkeit der Blockstraße gab den Anlaß, auch in diese Zeit einen notwendigen Stillstand unseres großen Hochofens VII zu legen, weil sonst zuviel unverarbeiteter Rohstahl auf Lager gegangen wäre. Die höhere Erzeugung im Vormonat Mai mit der eingelegten dritten Schicht an der Straße III stand in wohlüberlegtem Zusammenhang mit dieser Einschränkung im Juni. Damit wurde die Versorgung der Straßen und auch der Kundschaft durch Vorratsbildung einigermaßen überbrückt.

Juli 1952: erster Normal-Monat

Der Monat Juli ist also tatsächlich nach der langen Zeit des Brennstoffmangels, dann nach den 6 Monaten des zu geringen Hochofenraumes und nach weiteren 3 Monaten tiefgreifender Betriebsumbauten und Reparaturen der erste Normal-Monat auf der Grundlage von fünf Hochöfen.

Da der neue Hochofen 15 000 t Roheisen erzeugt, könnte man vielleicht erwarten, daß die Rohstahlerzeugung auch um diese Größenordnung über den ersten 6 Monaten liegen müßte. Hierzu sei folgende Erklärung gegeben: Die verfügbare Erzmeng e ist begrenzt. Innerhalb dieser Gesamtmenge gibt es gute und weniger gute Erze. Wir haben nun von der Gesamt-Jahresmenge guter Erze in der Zeit des begrenzten Hochofenraumes überdurchschnittlich verbraucht. Nur hierdurch war es möglich, bis März die hohen Erzeugungszahlen zu halten. Um nicht in den letzten Monaten dieses Jahres ohne gute Schweden erze dazustehen, muß jetzt der Ausgleich angestrebt werden. So ergibt sich aus der jetzt unbedingt notwendigen Möllerverschlechterung ein relativ geringer Leistungszuwachs aus dem fünften Hochofen.

Vorläufiger Endzustand erreicht

Nach allen bisher gegebenen Erklärungen kann man nochmals zusammenfassend feststellen, daß unser Hochofenwerk nunmehr seinen vorläufigen Endzustand erreicht hat. Auch der neu geplante sechste Ofen wird nur der Ersatz für turnusmäßig ausfallende Ofen sein.

Das Martinwerk hat bereits im März mit über 50 000 t seine volle Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Steigerungen sind hier grundsätzlich nicht zu erwarten. Der Monat Juli dürfte damit erstmalig die Leistung gezeigt haben, die unser Erzeugungs-Programm bestimmt nach Beendigung des Wiederaufbaus unseres Werkes hinsichtlich der Roheisen- und Rohstahl-Kapazität.

Mit einer gewissen Befriedigung kann man nach diesem ersten Monat feststellen, daß das Werk heute dieser Belastung gewachsen ist, wobei die Haupt-

probleme auf der Seite der Rohmaterialbewegung liegen dürften, also beim Hochofen. Einige Zahlen hierzu:

Koksdurchsatz	95 000 t
Roheisenerzeugung	90 000 t
entspr. Erzverarbeitung, rd.	250 000 t
Rohstahl	110 000 t
davon Thomas-Stahl	63 500 t

Hinsichtlich der Verhältnisse zwischen Roheisenerzeugung und Verarbeitungsmöglichkeit im Thomaswerk kann man heute sagen, daß beides genau aufeinander abgestimmt ist. Zur Aufnahme der Spitzenproduktion des Hochofens muß sogar seit einigen Wochen das Thomaswerk den Betrieb am Sonntagabend aufnehmen. Verzichten können wir auf diese Spitzenproduktion auf keinen Fall, da selbst bei einer Produktion wie im Juli in unseren Walzwerken noch Rohstahlmangel herrscht. Deshalb wurde bekanntlich an der Straße VIII am 20. Juli die dritte Schicht herausgenommen.

Ein Rückblick

Es sei auch auf diese Dinge nochmals kurz eingegangen, am besten mit einem Blick auf die Vorkriegszeit.

Bei einem etwas geringeren Koksdurchsatz lag vor dem Kriege die Roheisenerzeugung etwa in der jetzigen Höhe. Daß dies mit geringerem Hochofenraum möglich war, lag an den besseren Erzverhältnissen. Die über 110 000 t liegende Rohstahlerzeugung wurde praktisch aus Roheisen erzeugt, das zusätzlich gekauft und im Kupolofen umgeschmolzen wurde. Auf der Rohstahl-Seite standen zusätzlich die Elektro-Ofen mit etwa 4000 t im Monat zur Verfügung, die allerdings fast ausschließlich Vormetall aufnahmen, also nicht voll als zusätzliche „Produzenten“ gerechnet werden können. Um diese heute fehlende Elektro-Ofen-Kapazität ist rein mengenmäßig die Leistungsfähigkeit des Martinwerkes gestiegen. — Das Thomaswerk hat mit heute 3 großen Konvertern die Spitzenleistungen der Vorkriegszeit — damals mit zwei großen und einem kleinen Konverter — wieder erreichen, in der Geißgrube sogar schon ein wenig überbieten können.

Der Rohstahl wurde nun damals mit den auch heute vorhandenen Betrieben verarbeitet, jedoch ohne das Breitbandwalzwerk mit einem derzeitigen Rohstahlbedarf von 18 000 t.

Leistungsverbesserungen

Es darf auch nicht übersehen werden, daß eine ganze Reihe von Betrieben ihre Leistung gegenüber der Vorkriegszeit verbessert hat. Es sind dies Blechstraße I/II, Barop, Spezialblechwalzwerk, Drahtverfeinerung, Hammerwerk, Kaltwalzwerk und, nicht zu vergessen: Hohenlimburg als Großabnehmer.

So steht also der wieder erreichten Rohstahlerzeugung aus der Vorkriegszeit nicht nur die frühere Verarbeitungs-Kapazität gegenüber, sondern der höhere Bedarf einer Reihe von Betrieben, die heute Engpaß-Produkte herstellen, und der gesamte zusätzliche Bedarf des Breitbandwalzwerkes, der in Zukunft noch steigen wird. Es ist also anzunehmen, daß die Hütte im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten versuchen muß, im Zusammenspiel von Hoch-

ofen und Stahlwerk eine denkbar hohe Rohstahlerzeugung zu erreichen, da jede Tonne Rohstahl eine bessere Beschäftigung und bessere Versorgung unserer eigenen Walzwerke, unserer Konzernwerke und auch der Kundschaft bedeutet.

Die Hütte innerhalb der deutschen Rohstahlerzeugung

Im Rahmen der Gesamtentwicklung der deutschen Rohstahlerzeugung und im Vergleich zu anderen Werken von der Größenordnung der Westfalenhütte haben wir bekanntlich das Vorkriegsniveau fast als letzte erreicht. Im 11-Mill.-t-Plan lagen wir, entsprechend der Vorkriegszeit, bei 9,4 Prozent der Gesamt-Rohstahlerzeugung. Unsere 110 000 t vom Juli bedeuten bei einer Gesamterzeugung von 1,37 Mill. t des Bundesgebietes nur 8,1 Prozent. Das heißt also, daß die Gesamtentwicklung und damit eine Reihe einzelner Werke der Westfalenhütte voraus ist. (Mit 128 000 t lägen wir nach dieser Vergleichsrechnung richtig.)

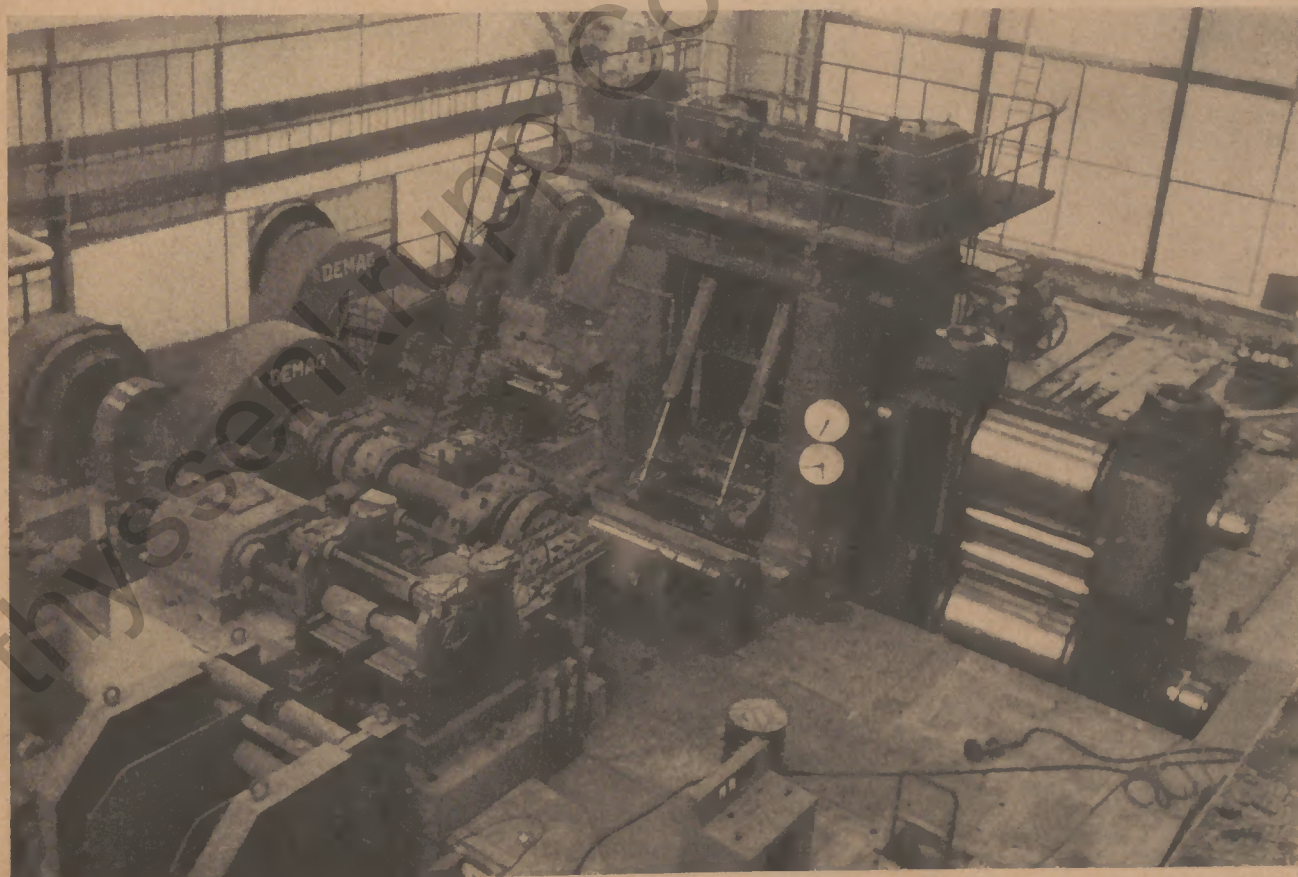
Wenn jetzt nach Inkrafttreten des Schumanplanes ab 25. Juli alle Beschränkungen für die deutsche Stahlproduktion und Stahlkapazität aufgehoben sind und die schrittweise Liquidierung der Internationalen Ruhrbehörde eingeleitet wurde, ist damit zu rechnen, daß die nächste Ausweitung der deutschen Rohstahlkapazität um etwa 2 Mill. t den Wiederausbau der August-Thyssen-Hütte und der früheren Reichs-

werke mit sich bringen wird. Aber auch eine Reihe anderer Werke wird demnächst mit neuen Stahlwerkkapazitäten auftreten.

Größte Wirtschaftlichkeit erforderlich

Demgegenüber gibt es Meinungen, die nicht unbedingt an das Anhalten der augenblicklichen Mengen-Konjunktur glauben und der Ansicht sind, daß gerade im Rahmen des Schumanplanes mit dem zu erwartenden Konkurrenzkampf der europäischen Stahlproduzenten das Gewicht mehr auf wirtschaftlichste Verarbeitung des Rohstahles gelegt werden muß. Auch für den bedeutsamen Export nach Übersee werden die Preise und damit wieder niedrigste Kosten eine ausschlaggebende Rolle spielen.

Bei der Westfalenhütte ist jetzt nach Erreichung der Vorkriegs-Rohstahlproduktion gerade dieser Weg der „Rationalisierung“ durch die Verhältnisse gegeben. Das Breitbandwalzwerk mit dem nachgeordneten in der Entwicklung begriffenen Kaltwalzwerk zwingen dazu. Die Anpassung an die durch diese Rohstahlverlagerung gegebenen Notwendigkeiten wird die Aufgabe der nächsten Zeit sein, das zu erwartende Ergebnis eine größere Wirtschaftlichkeit des Gesamtunternehmens. Hieraus wiederum wird sich dann später einmal die Möglichkeit zur weiteren Ausweitung der Rohstahlerzeugung ergeben, wenn die Konjunktur dies erfordern wird. — Fr.



Im Breitbandwalzwerk

Das Eisen im Sprichwort

Spruchwörter sind mehr als nur „Weisheit auf der Gasse“! Sie halten Volksmeinungen für Jahrhunderte fest. So befaßt sich auch eine große Anzahl Sprichwörter mit dem Eisen.

Eisen ist das Sinnbild der Härte. So heißt ein schönes Wort, das sich junge Menschen als Lebenswort wählen können: „Bist Du eisern, so bin ich stählern“, auf jeden Fall also härter als jeder andere! „Eine Gesundheit von Eisen und Stahl haben“ oder „Er ist von Eisen“ und er hat „Muskeln von Eisen“ kennzeichnen eine große körperliche Härte.

Andere Redensarten des täglichen Lebens heißen: „In Eisen legen“ (fesseln), „Kaltes Eisen schmieden“ (ein unnützes Beginnen), „Altes Eisen“, „Ins alte Eisen werfen“ oder „Ins alte Eisen gehören“ (wenn etwas ausgedient hat). Ist eine Sache gefährlich oder unangenehm, dann spricht man von „einem heißen Eisen“.

„Zwei heiße Eisen im Feuer haben“, eine zweite Unternehmung läuft für den Fall, daß die eine scheitert. Wird jemand leicht zornig, so „schlägt er leicht aus den Eisen“ (wohl den ausschlagenden Hufen der Pferde entlehnt). „Jemand in die Eisen sehen“ bedeutet, jemand hinter die Schliche kommen.

Ein viel angewandtes Sprichwort, das ähnlich auch die Dänen, Engländer, Franzosen, Holländer und Ungarn kennen, heißt: „Man muß das Eisen schmieden, solange es heiß ist“. Schiller wendet es ähnlich in „Die Piccolomini“ an: „Das Eisen muß geschmiedet werden, wenn es glüht.“ Die Minnesänger kannten das uralte Wort schon in der Form: „Dieweil das isen hitz ist vol, vil bald man es den smiden sol“.

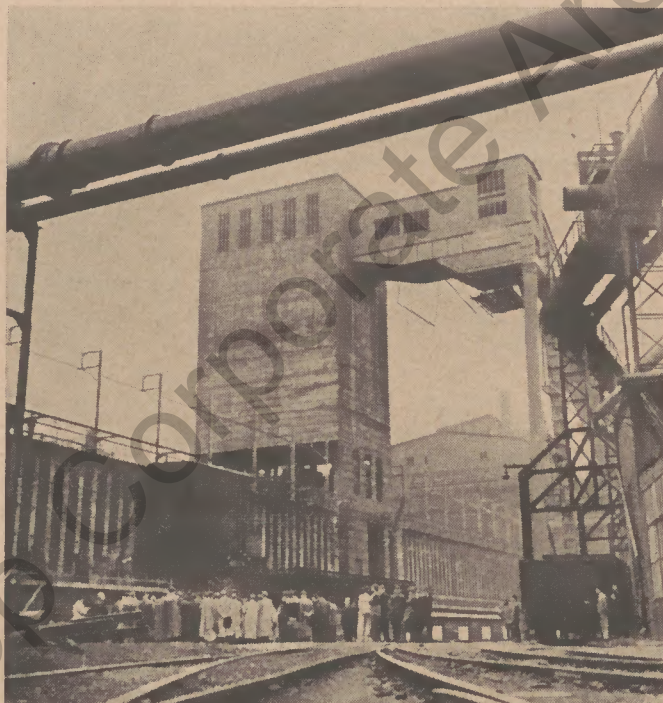
Auch für Kriegsdinge werden Stahl und Eisen sinnbildlich angewandt: „Ein Hagel von Stahl und Eisen“ bedeutet einen Geschoßhagel. Den „Stahlhelm“ trug man im Mittelalter schon als „Eisenhut“. Die Landsknechte waren „Eisenbeißer“, weil sie „durchs Eisen starben“ und „ins Gras bissen“. Friedrich von Logau prägte 1654 in seinen „Deutschen Sinngedichten“ das bemerkenswerte Wort: „Das Eisen, dünkt mich, ist weit mehr als Gold zu preisen: Ohn' Eisen kommt nicht Gold, Gold bleibt auch nicht ohn' Eisen“. Weitere Eisen-Spruchwörter aus dem Mittelalter lauten: „Je nützlicher das Eisen ist, je unwert'er wirts gehalten für anderen metallen“ — „Es wirt allzeit ein Eisen bewegt“. (Es bleibt immer etwas zu wünschen) — „Eisen kalt und hart im Feuer schmeidig wird“ — „Ein Eisen macht das andere scharp“ — „Das Eysen rost vor alter — Das Eisen nimmer wirt gefug, wenn eines nicht das ander schlug.“ —

„Ich hett für sie das gluert Eisen tragen“ (Ich wäre für sie durch das Feuer gegangen), stammt wohl aus der Zeit der Gottesurteile, da man, um seine Unschuld zu beweisen, über glühendes Eisen schreiten mußte. Ein alter Rechtspruch lautet „Eisen und Salz ist keine Kaufmannschaft, sondern königliche Handlung“. Es stammt aus einer Zeit, da Gewinn und Verkauf dieser bei-

Neue Kokereibatterie auf Kaiserstuhl II

Gestern nachmittag wurde eine neue Großkokereibatterie auf der Zeche Kaiserstuhl II im Rahmen einer Feierstunde ihrer Bestimmung übergeben. Es handelt sich um eine der modernsten Anlagen im Ruhrgebiet mit einer Kapazität von rund 1000 t Koks täglich. Die Erzeugung der Kokerei Kaiserstuhl, einer der ältesten und bis 1925 größten Anlagen dieser Art im Ruhrgebiet, erhöht sich dadurch auf 2600 t täglich und hat damit fast den Vorkriegsstand wieder erreicht. Es ist geplant, nach Abbruch einer veralteten und ausgedienten, jetzt aber noch in Betrieb befindlichen Batterie die Kapazität auf insgesamt 3000 t täglich zu steigern.

Die Verbundwirtschaft mit der benachbarten Westfalenhütte wird durch den Ausbau der stark zerstörten Kokerei, sie erhielt rund 300 Bombentreffer, erheblich verbessert. Rund 90 Prozent der gesamten Kokserzeugung wird für die Hochöfen der Westfalenhütte verwandt. Der weitaus größte Teil des erzeugten Koksofengases wird im Hüttenwerk für die



Teilansicht der neuen Kokerei

Walzwerke, Martinwerke usw. benötigt. Die Produktionskraft des Hüttenwerkes ist durch diese Verbundwirtschaft aufs engste mit der Entwicklung der Kokerei verbunden.

Gleichzeitig mit dem Neubau dieser Batterie, die aus zwei Blöcken mit je 40 Öfen besteht, wurde eine vollständige Umgestaltung und Modernisierung der Anlagen, vor allem der veralteten Kohlenwertstoffgewinnungsbetriebe, durchgeführt. Unter anderem entstanden je eine Großkoks- und Brechkokssieberei, verschiedene Pumpenhäuser, eine Kokslösch- und Klärstation, Gaskühler, eine neue Kondensation sowie Ammoniak- und Benzolwäschanlagen.

Zweckmäßigkeit und architektonische Schönheit gaben sich bei dieser neuen Anlage die Hand. Der schlanke Stahlbetonbau des Kohlenturmes ragt hoch über die Batterie und den Kühlturm hinaus. Ein schmales Stahlband stellt die Verbindung zu den Zechenanlagen hoch über dem Gewirr der Schienen, Wege und Rohrleitungen her. Die Kohle, die Hunderte von Metern tiefer aus dem Gebirge herausgebrochen wird und von den Förderkörben scheppernd in die Kohlenwäsche hinüberpoltert, wird von dort aus über dieses schmale stählerne Transportband zum Kohlenturm befördert, gemahlen und dann automatisch in die Öfen eingefüllt. Rotglühend fällt sie dann als Koks aus den Kammern. Breite Transportbänder bringen den Koks nach dem Löschen zu den naheliegenden Kokssilos der Hochöfen.

Verbundwirtschaft zwischen Kohle und Eisen

Was heißt „Verbundwirtschaft?“ wird sich schon mancher gefragt haben. Kurz gesagt: es ist die Verbindung zwischen Kohle und Stahl, zwischen Zechen und Stahlwerken. Um die Erhaltung dieser Verbindung gingen lange, heftige Diskussionen; von alliierter Seite will man allzu große wirtschaftliche Machtgebilde verhindern und forderte daher Aufteilung der früheren großen Konzerne. Deutscherseits beharrt man — nicht etwa aus Eigensinn, sondern aus rein wirtschaftlicher Erwägung heraus — auf der eigentumsmäßigen Verbindung zwischen Ruhrkohlenförderung und Hüttenwerken, die allein eine rationelle Erzeugung gewährleistet.

Das Gesetz der Wirtschaftlichkeit brachte Kohlenförderung und Eisenerzeugung zusammen. Aus der Vertikalen heraus, auf einer genügend breiten Kohlengrundlage, wurde von unten nach oben die Verhüttung des Erzes zu Eisen und die Weiterverarbeitung im Walzwerk aufgebaut und so eine Verbundwirtschaft geschaffen, die einstmals vorbildlich in der Welt war.

Die räumliche Zusammenballung von Werken der eisenschaffenden Industrie ist im wesentlichen der Notwendigkeit entsprungen, die Transportwege für Brennstoffe und Rohstoffe, teilweise auch für Vorerzeugnisse der eisenschaffenden Industrie selbst abzukürzen. Deshalb erfolgte die Errichtung der Hochofen entweder auf der Kohle (Ruhr), auf dem Erz (Salzgitter, Ilsede) oder jedenfalls aus günstigster Verkehrsverbindung für Kohle, Erz und Erzeugnis.

Der Einfluß des großen Transportvolumens hat sich auch bei der Angliederung von Stahl- und Walzwerken, ebenso wie von manchen Nebenbetrieben an die Hochofenwerke geltend gemacht. In der gleichen Richtung einer örtlichen Zusammenfassung von Roheisenerzeugung, Stahlwerken und Walzwerken wirkte auch der kostenmäßig begründete Zwang zu äußerster Brennstoffersparnis oder — um es anders auszudrücken — das Prinzip der gerade in Deutschland so hoch entwickelten wärmetechnischen Betriebswirtschaft: Ausnutzung der Hitze des flüssigen Roheisens bei unmittelbar folgendem Einsatz im Stahlwerk, Ausnutzung ferner der Hitze des eben gegossenen, noch glühenden Stahlblocks für sofort sich anschließende Auswalzung.

Der außerordentliche Energieverbrauch der Eisenhüttenindustrie, der an den Selbstkosten der Fertigerzeugnisse zum Teil mit mehr als einem Fünftel beteiligt ist, hat im Laufe der Zeit eine hochentwickelte Verbundwirtschaft entstehen lassen. Gerade auf dem Gebiet der sogenannten Wärmewirtschaft hat die deutsche Hüttenindustrie außerordentliche Leistungen vollbracht. Es liegt auf der Hand, daß in einem Hüttenbetrieb, in welchem das Eisen auf seinem Weg vom Hochofen über das Stahlwerk bis zum Walzwerk immer in flüssigem oder glühendem Zustand verbleibt, eine günstige Ausnutzung der Brennstoffe stattfindet.

Bei den von der Eisenindustrie benötigten Kohlenmengen steht der Koks durchaus im Vordergrund. Werden in der Kokerei bereits 20 Prozent des Heizwertes der eingesetzten Kohle in Gas umgewandelt, so erfolgt im Hochofen eine weitere Gasumwandlung mit dem Ergebnis, daß 45 Prozent vom ursprünglichen Heizwert der Kohle in das Gichtgas übergehen. Koksofengas und Hochofengas, die zusammen rund zwei Drittel vom Heizwert der verarbeiteten Kohle darstellen, bilden nun die eigentliche Grundlage der Verbundwirtschaft, die Zechen und Kokereien mit den Hüttenwerken verbindet.

Deshalb sind die meisten Kokereien dazu übergegangen, für die Beheizung der Koksöfen das Hochofengas heranzuziehen, um das ursprünglich hierfür verwandte Koksofengas für andere Zwecke freizumachen. Das Gichtgas — je Tonne Roheisen fallen hiervon normalerweise etwa 4000 cbm an — wird zunächst schon auf den Hüttenwerken selbst für den Kraftbedarf des eigenen Betriebes ausgenutzt (Betrieb der Gebläsemaschinen für den Hochofen, Stromerzeugung durch Gasmaschinen und Dampfturbinen, daneben aber auch Ofenfeuerung in Stahl- und Walzwerken, Schmieden usw.).

Die elektrischen Kraftzentralen der Hüttenwerke liefern daher aber über die Deckung des Eigenbedarfs hinaus auch noch große Mengen an Strom in die Leitungssysteme der großen gemischtwirtschaftlichen oder kommunalwirtschaftlichen Elektrizitätswerke, die ihrerseits wieder mit dem Kohlenbergbau verbunden sind, der in seinen Kraftwerken aus minderwertigen und nicht absatzfähigen Kohlensorten Strom erzeugt und zum größten Teil in das öffentliche Netz abgibt.

Die Beheizung der Koksöfen durch das Gichtgas hat in den letzten Jahrzehnten solche Fortschritte gemacht, daß infolge dieser Verbundwirtschaft zwischen Hochofen und Kokerei etwa 45 Prozent der Koksgaserzeugung für die unmittelbare Versorgung der Allgemeinheit Verwendung finden können. Die rationelle Verwertung des Gichtgases, das nur etwa den vierten Teil des Heizwertes vom Koksofengas besitzt, hat eigentlich überhaupt erst den bedeutenden Ausbau der Ferngasversorgung ermöglicht.

Über die Kokereien sind die Hüttenwerke im übrigen auch der bedeutendste Großabnehmer für die Feinkohle und sonst schwer absatzfähige Kohlensorten,

den Artikel noch zu den staatlichen Hoheitsrechten gehörten.

„Da müßte eher kaltes Eisen biegen“ wendet man an, wenn die Gradheit eines Zuverlässigen in Zweifel gezogen wird. Ein anderes Sprichwort warnt: „Man muß nicht zuviel Eisen im Feuer haben“, da man sich dann keiner Sache ausschließlich widmen kann und statt des erhofften Nutzens nur Schaden erringt. Vor dem Mittel der Bestechung warnt das Sprichwort: „Wer mit Eisen aufschließen kann, braucht kein Gold“.

Weitere Sprichwörter, die ohne Erklärung verständlich sind, mögen die Reihe beschließen. Sieht manches auch aus wie eine Binsenwahrheit, angewandt aufs menschliche Leben, leuchtet doch eine kleine Lebensweisheit hervor: „Eisen bricht die Not, wie Not Eisen“. „Alles Eisen läßt sich hämmern, aber nicht aus jedem wird Stahl“. „Eisen ist hart, aber im Feuer wird es weich“. „Wenn du das Eisen nicht auf den Amboß bringst, was nutzt es, daß es glüht?“

So ist aus der Fülle dieser Sprichwörter und Redensarten rund um das Eisen die Bedeutung und Wichtigkeit zu ersehen, die dem Eisen im deutschen Volksleben immer zugemessen wurde.

R. Wortmann

Mit gutem Willen

Die Verfechter einer freien Marktwirtschaft haben es schwer. Sie konnte nach Korea den Konsumenten nicht verbieten, zu horten, und können heute die Konsumenten nicht zwingen, zu kaufen. Sie können ebenso wenig die Unternehmer zwingen, eine günstige Marktlage nicht restlos auszunutzen oder Arbeitskräfte zu behalten, wenn sie sie nicht lohnend beschäftigen können. Einsicht in wirtschaftliche Zusammenhänge ist bei dem heutigen Grad der Arbeitsteilung und der allgemeinen politisch labilen Lage schwer zu gewinnen, und Selbstdisziplin bei allen an der Wirtschaft Beteiligten vorauszusetzen, heißt ein Phantast sein.

Die Brauchbarkeit der sozialen Marktwirtschaft läßt sich also von ihren Opponenten mit Leichtigkeit anzweifeln. Mitbestimmung fordern ist auch leichter, als die Verantwortung zu tragen, und befehlen läßt sich leichter, als die Launen der Konsumenten zu respektieren. Dogmatischer Kampf, in dem jeder dem Gegner seine Fehler vorwirft, ist leichter, als Vertiefung in den wirklichen Sachverhalt und Erarbeitung eines gemeinsamen Weges. Demokratie gedeiht aber nur bei fruchtbaren Spannungen, nicht im Kampf um antiquierte Dogmen. Es wäre aber ein schlechter Trost, sich mit der biblischen Weisheit zufrieden zu geben, daß jeder den Splitter in des anderen Auge sieht, aber nicht den Balken im eigenen Auge. Unsere zivilisatorische Genialität dürfte auch kaum dazu in der Lage sein, gegen jede Übersichtigkeit ein gutes Brillenglas zu konstruieren.

Vielleicht aber versuchen wir alle es einmal. Mit ein wenig mehr gutem Willen und Einsicht. Und wie wäre es,

wenn berufene Stellen uns alle ein wenig mehr aufklären würden, z. B. auch mal darüber, daß Hortungskäufe zu Zahlungsbilanzschwierigkeiten und Mangelsituationen und anomale Kaufzurückhaltung zu volkswirtschaftlicher Kapitalvernichtung und Arbeitslosigkeit führen muß?

Ut de olle Kiste:

Hugo Stinnes und der Nachtwächter

Der „Kaufmann aus Mühlheim“ liebte es, einfach aufzutreten. In einem Anzug, dem anzusehen war, daß er nicht von einem englischen Schneider stammte, dem runden Hut und dem wenig gepflegten Bart, sah man ihm nicht an, daß Wohl und Wehe einer Armee von Arbeitern in seiner Hand lagen. So konnte es geschehen, daß eines Tages eine wichtige Aufsichtsratssitzung, in der er den Vorsitz führen sollte, vertagt werden mußte, weil der goldbetreßte Portier des Hotels, in dem die Sitzung stattfinden sollte, ihn nicht für würdig hielt, das Haus zu betreten. Bei einer anderen Gelegenheit hatte Stinnes sich vorgenommen, Beschwerden, die ihm über die Verhältnisse auf einer seiner Zechen zugegangen waren, selbst nachzugehen. Ohne sich anzumelden, betrat er den Zechenplatz, um, hinter Holzstapeln verborgen, das Kommen und Gehen auf der Zeche zu beobachten.

Es war schon einige Zeit nach Schichtwechsel, als der Betriebsführer, der sich noch in seinem Büro aufhielt, lautes Hundegebell vernahm, in das sich empörte Rufe mischten. Sofort stürzte er nach draußen, um dazukommen, wie der Nachtwächter einen Mann ziemlich unsanft in das Licht des Pfortnerhauses hineintrieb. Was ist hier los? fragte der Betriebsführer.

Düse verdammte Kiäl wull sieker stiälen, erklärte der Nachtwächter. Hier ächter dat Holz hadde hei sie verstecket un dann segg hei nuok, hei wör Hugo Stinnes! Aber min Tarax, de hedde em Hugo Stinnes gegeben. Damit wies er auf die zerfetzte Hose des Überraschten hin, der, wie der Betriebsführer bald erkannte, tatsächlich der bekannte Zechenbesitzer war. Um seine Position bangend, begann der Betriebsführer den Nachtwächter auszuschelten und ihm mit Kündigung zu drohen, aber da legte Stinnes sich für ihn ins Zeug und sagte: Den Mann lassen Sie nur, der ist in Ordnung. Das sagten auch die Kumpels am nächsten Tage, als der Nachtwächter augenzwinkernd erzählte, wie er dem Alten zugesetzt habe, wobei aus den Püffen, mit denen er ihn bedacht, natürlich handfeste Prügel wurden.

Wat hedde die Kiäl auk ächter diän Holzstapel to stohn und optepassen, ob sik en Biärgmann mol en Stückken Holz me nao Huse niämmen well, oder wat hei do utspekulieren woll. (Was hat der Kerl auch hinter dem Holzstapel zu stehn und aufzupassen, ob sich ein Bergmann mal ein Stückchen Holz mit nach Hause nehmen will, oder was er da ausspekulieren wollte.)

die bei der Anpassungsfähigkeit der industriellen Kokereien einer nützlichen und wirtschaftlichen Verwendung zugeführt werden können. Daher ist die enge Verbundenheit zwischen Eisen und Kohle, auch unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, von unmittelbarer Bedeutung für den Kohlenbergbau selbst. Die nahe und mannigfaltige Verbindung zwischen Hüttenwerken, Kohlenzechen und Kokereien ist demnach nicht nur aus der geschichtlichen Entwicklung der eisenschaffenden Industrie und aus zeitlichen Notlagen der Rohstoffversorgung, sondern vor allem aus wärmetechnischen und betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten heraus zu erklären. Beginnend mit der Kohlenförderung, haben ungezählte Austauschbeziehungen über Kokereien, Hochofenwerke, Stahlwerke bis zu den Walzwerken, Schmiede- und Preßwerken ein überaus feingegliedertes, dicht verflochtenes Wirtschaftssystem entstehen lassen, das auf Eingriffe von außen empfindlich reagiert und das auch nach der Seite anderer Lieferindustrien, wie z. B. zum Erzbergbau, zur Kalkindustrie, zur Industrie der feuerfesten Steine, zahlreiche Verbindungen aufweist.

Der Hüttenarbeiter und der Kumpel an der Ruhr wissen um diese Zusammenhänge. Leider ist der Kampf um die Erhaltung dieser Verbundwirtschaft nicht ganz unseren Wünschen gemäß ausgegangen, denn nur noch 16 bis 17 Prozent der Ruhrkohlenförderung dürfen wieder mit Hüttenwerken eigentumsmäßig verbunden werden. So bleibt uns nur die Hoffnung, daß sich auch hier — wie auch in anderen Dingen — die wirtschaftliche Vernunft mit der Zeit durchsetzt und daß schließlich noch tragbare, der Ruhrwirtschaft angemessene Lösungen der Verbundwirtschaft erreicht werden.

Dr. W. Flemmig

Frist: 30. September 1952

Versorgungsansprüche anmelden!

Wie viele Menschen gibt es heute noch, die eine Kriegsbeschädigung erlitten und ihre Versorgungsansprüche noch nicht angemeldet haben! Meist ist es so, daß sie ihre Beschädigungen für zu geringfügig halten und daher keinen Antrag an das Versorgungsamt stellen. Nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) muß der Beschädigte seinen Versorgungsanspruch binnen zwei Jahren anmelden. Diese Anmeldefrist läuft erstmalig am 30. September 1952 ab. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen alle Beschädigten, die bisher ihre Ansprüche noch nicht geltend gemacht haben, einen formlosen Antrag an das für sie zuständige Versorgungsamt (bzw. an die zuständige Gemeindebehörde) richten, wollen sie ihrer Ansprüche nicht verlustig gehen. Nach Ablauf der Anmeldefrist kann ein Anspruch nur noch geltend gemacht werden, wenn die Folgen einer Schädigung erst später „in einem die Versorgung begründeten Grade“ bemerkbar geworden sind oder die Folgen zwar schon innerhalb dieser Frist in diesem Maße bemerkbar waren, aber erst nach der Frist, wenn auch in allmählicher, gleichmäßiger Entwicklung des Leidens, sich wesentlich verschlimmert haben. Eine Anmeldung nach Fristablauf ist auch noch möglich, wenn der Anspruchsberechtigte an der Anmeldung durch Verhältnisse verhindert war, die außerhalb seines Willens lagen.

Die Anmeldung eines Anspruchs nach Fristablauf hat stets binnen sechs Monaten zu erfolgen, nachdem die Folgen der Schädigung oder die Verschlimmerung bemerkbar geworden sind oder das Hindernis weggefallen ist.

Für Witwen und Waisen läuft die Anmeldefrist für Versorgungsansprüche ebenfalls am 30. September 1952 ab. Bei ihnen kann nach Ablauf der Frist ein Anspruch nur geltend gemacht werden, wenn sie an der Anmeldung der Ansprüche durch Verhältnisse verhindert waren, die außerhalb ihres Willens lagen. Das ist z. B. auch dann der Fall, wenn Hinterbliebene die Nachricht vom Tode des Verstorbenen verspätet erhalten haben oder wenn im Falle der Todeserklärung der im Beschluß des Amtsgerichts festgesetzte Todestag weit zurückliegt! Die oben genannte „Notfrist“ von sechs Monaten beginnt in diesen Fällen mit dem Tage, an dem die Hinterbliebenen vom Tode des Beschädigten oder von der Rechtskraft des Beschlusses des Amtsgerichts über die Todeserklärung in zuverlässiger Weise Kenntnis erlangt haben.

Die Kriegerwitwen, welche bis zum Ablauf der gesetzlichen Frist ihre Ansprüche nicht angemeldet haben, verlieren nicht nur ihren Rechtsanspruch auf Witwenrente, sondern im Falle der Wiederverheiratung auch ihren Anspruch auf die Heiratsabfindung.

Die Versorgungsansprüche der Eltern müssen spätestens binnen drei Jahren nach dem Tode des Beschädigten angemeldet werden. Diese Ausschußfrist endet erstmalig am 31. Dezember 1952.

Die Zeit zum Handeln jedesmal verpassen, nennt ihr die Dinge sich entwickeln lassen. Was hat sich denn entwickelt, sagt mir an, das man zur rechten Stunde nicht getan?

Goethe

TECHNIK und PRODUKTION

Rückläufiger Auftragseingang in der Werkzeugindustrie

Wie in der gesamten eisen- und metallverarbeitenden Industrie ist auch die Lage der westdeutschen Werkzeugindustrie in den letzten Wochen undurchsichtig geworden. Zwar konnte die Produktion bis jetzt auf hohem Stand gehalten werden. Die meisten Betriebe sind noch voll beschäftigt, und Kurzarbeit gehört zu den Ausnahmerecheinungen. Trotzdem befriedigt das konjunkturelle Bild der Werkzeugindustrie nicht, wenn man den anhaltend starken Auftragsrückgang in Rechnung stellt. Der Widerspruch zwischen einem bis in die letzten Wochen beachtlich hohen Versand vieler Werkzeughersteller und der erheblichen Rückläufigkeit des Auftragseinganges erklärt sich wohl dadurch, daß die Kundschaft darauf drängt, die Bestellungen schnellstens ausgeliefert zu bekommen. Nicht die Zahl der eingehenden Aufträge ist in der Werkzeugbranche geringer geworden, sondern der Wert der einzelnen Aufträge, was beweist, daß die Kundschaft im Augenblick nur die Menge einkauft, die sie unbedingt benötigt.

Britische Feststellungen zur italienischen Stahlproduktion

Die britische Eisen- und Stahlvereinigung glaubt, daß mit dem Wiederaufbau und der Modernisierung von drei großen italienischen Stahlwerken sich alsbald ein Rückgang der heute sehr hohen italienischen Stahlpreise bemerkbar mache. Unter Voraussetzung dieser Preisherabsetzung und einer beträchtlichen Erweiterung des italienischen Inlandsverbrauches an Stahl soll aus der Inlandserzeugung in kurzer Zeit 4 Millionen Tonnen Stahl pro Jahr zur Verfügung stehen. In Anbetracht des Schumanplanes habe für Italien auf der einen Seite die Möglichkeit bestanden, daß die Eisen- und Stahlindustrie unter dem Druck der niedrigen Preise für Importstahl zusammenbrechen würde. Die andere Möglichkeit habe in dem Schutz der Industrie durch hohe Zollschränken bestanden, was jedoch die inländische stahlverbrauchende Industrie und den Exporthandel in hochwertigen Fertigwaren ruiniert hätte. Italien habe den Schumanplan gewählt und versuche nun, mit Hilfe der USA die Produktionsanlagen und Methoden zu verbessern, um seine Kosten auf ein Niveau zu drücken, das einen Wettbewerb mit anderen Schumanplan-Ländern zuläßt.

Es wird jedoch warnend darauf hingewiesen, daß der außerordentlich hohe Schrottpreis keine allzu optimistischen Aussichten auf die zukünftige Konkurrenzfähigkeit der reorganisierten italienischen Stahlindustrie zulasse, die hauptsächlich auf dem SM-Verfahren basiere und jährlich 1,3 bis 1,5 Millionen Tonnen Schrott benötige.

Die Lage der britischen Stahlindustrie

Am Ende des ersten Halbjahres 1952 war die Lage der britischen Stahlindustrie etwas besser, als man ursprünglich angenommen hatte. Hinsichtlich der Brennstoff- und Eisenerzversorgung besteht kein Grund zur Beunruhigung mehr. Infolge der unvermeidlichen Verminderung der Importe von westdeutschen Schrott sind die Schrottlieferungen zurückgegangen.

Gleichzeitig haben sich die Stahlproduzenten den Verhältnissen durch stärkere Verwendung von Roheisen in den Hochöfen angepaßt. Die Stahlblockproduktion dürfte für das erste Halbjahr 1952 insgesamt 8 Millionen Tonnen erreicht haben. Infolgedessen bestehen günstige Aussichten, daß das Jahresziel von 16 Millionen Tonnen erreicht wird. Die steigende Tendenz der Roheisenproduktion blieb behauptet. Zum Herbst dürfte die Roheisenproduktion auf einer Jahresrate von ungefähr 11 Mill. Tonnen vor sich gehen. Der stärkere Materialbedarf für das zweite Halbjahr ist gut gedeckt. Die vor kurzem am Erzfrachtenmarkt eingetretenen Rückgänge versprechen Ersparnisse, die die Steigerung der sonstigen Material- und Arbeitskosten ausgleichen.

Das Rüstungsprogramm stellt starke Anforderungen an die Stahlindustrie, und es herrscht ein akuter Mangel an Halb- und Fertigstahlerzeugnissen. Eine Produktionserhöhung scheint nicht zur Debatte zu stehen, da die weiterverarbeitenden Walzwerke jetzt weitestgehend von ausländischen Knüppeln sowie Platten usw. abhängig sind. Man hofft, daß nach Beilegung des US-Stahlstreiks eine bessere Versorgung gewährleistet ist, da in den Beneluxländern ein Exportüberschuß besteht.

Westdeutsche Roheisen- und Rohstahlerzeugung

Nach vorläufigen Angaben stellte sich die westdeutsche Roheisenerzeugung im Monat Juni unter Verwendung von inländischen und importierten Brennstoffen auf insgesamt 1 015 168 Tonnen. Von der Gesamterzeugung an Roheisen sind rd. 300 000 t unter Verwendung von Importbrennstoffen erschmolzen worden.

Von der im Juni erzeugten Gesamtrohstahlmenge von 1 244 156 t entfielen rd. 235 000 t auf die Herstellung aus Importbrennstoffen.

Verlangsamung der Stahlerzeugung in Luxemburg

Infolge der geringer gewordenen Auftragseingänge und angesichts der andauernden Konjunkturlaute hat sich die luxemburgische Schwerindustrie entschlossen, den Rhythmus der Eisen- und Stahlproduktion ab 1. Juli zu verlangsamen.

Italiens Stahlerzeugung im ersten Vierteljahr 1952

Nach endgültigen statistischen Angaben wurden in Italien im 1. Vierteljahr 1952 folgende Mengen Eisen und Stahl gewonnen:

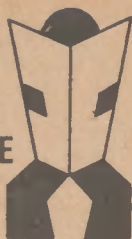
	1. Quartal 1952	2. Quartal 1951
Roheisen	221 645 t	149 944 t
Rohstahl	867 872 t	673 761 t
Walzwerksprodukte	673 351 t	585 502 t
Ferrolegierungen	11 567 t	11 974 t

Stilllegung von Hochöfen in Belgien

Die Position der belgischen Eisen- und Stahlwerke wird allmählich schwächer; die Lieferungen werden durch die noch eingehenden Aufträge nicht mehr ausgeglichen, und die Bestellbücher weisen große Lücken auf. Abgesehen von der Bundesrepublik, die Halbzugaufträge nach Belgien-Luxemburg legt, sind die Transaktionen mit den überseeischen Staaten sehr bescheiden. Nach der vor kurzem erfolgten Stilllegung eines Hochofens bei der Gesellschaft „Métallurgique du Hainaut“ in Couillet wird die Außerbetriebsetzung von Einheiten in anderen Bezirken erwogen.

Was die Umsätze mit den Ländern der Europäischen Zahlungsunion (EZU) angeht, so lehnen es die belgisch-luxemburgischen Produzenten ab, die Preise für Stabstahl und Moniereisen von 6000/6500 bfr. die Tonne fob zu ermäßigen, desgleichen wird für Grob- und Mittelbleche von 8500 bfr. die Tonne eine Preissenkung abgelehnt, weil etwaigen Preiszugeständnissen doch keine Auftragssteigerung folgen werde. — Für die Dollarzone erfahren die Verkaufspreise grundsätzlich keine Veränderung, obwohl die heutige Notiz für Stabstahl mit 120 Dollar die Tonne seitens der Konkurrenz mit nahe an 110 Dollar unterboten wird. Eine etwaige Erhöhung der Löhne in den USA würde wahrscheinlich eine Preissteigerung für Stahlprodukte nach sich ziehen und die heutige Spanne zwischen festländischen und amerikanischen Erzeugnissen verringern, wodurch sich die Lieferaussichten vielleicht bessern werden.

BLICK IN DIE PRESSE



Bereinigungskrise

Kommt es zu einem Konkurs, erhebt sich gewöhnlich wenig später wie Phönix aus der Asche aus der Konkursmasse ein neues Unternehmen, das, mit öffentlichen Mitteln versehen, verjüngt und guten Mutes am Markt erscheint. Erliegt einer der Konkurrenten, so ahmt er das Vorbild der Sanierung mit öffentlichen Mitteln nach. Öffentliche Mittel zu bekommen, ist nicht so schwierig, wenn man nur einen kleinen Trick anwendet. Man darf nicht sagen, meine Produktion ist notwendig, denn das stimmt bei struktureller Übersetzung nicht. Aber man muß argumentieren: Wenn das Unternehmen nicht wieder flüssig gemacht wird, werden soundso viele Arbeiter, Angestellte und Flüchtlinge arbeitslos. Bevor ihr Behörden soviel mehr für Arbeitslosenunterstützung ausgeben, helft uns lieber, daß jeder seine Arbeit behält. Das wäre auch alles in Ordnung, wenn nur das nun fröhlich weiter produzierte Programm auch am Markt abgesetzt werden könnte! Allerdings kann man Landesbehörden, die aus Bundesmitteln solche Sanierungen vornehmen, deshalb kaum Vorwürfe machen. Niemand in Deutschland wird heute in der Lage sein, exakt zu bestimmen, wo echte strukturelle Überkapazität vorliegt. Wir haben bedauerlicherweise noch immer keinen volkswirtschaftlichen Rahmenplan, der solche Orientierungen erlaubt. Wenn es aber um das Odium geht, Arbeitslosigkeit geschaffen oder dazu beigetragen zu haben, daß die Bereinigungskrise sich nicht bereinigen kann, dann wählt man lieber keine Arbeitslosigkeit, denn diesen Fehlentscheid merkt wenigstens niemand. (Die Welt).

Kollektivismus ist Schuld — nicht Schicksal

Bundeswirtschaftsminister Erhard begründet in der „Zeit“ ausführlich die Notwendigkeit eines Kartellverbots. U. a.: Bundesregierung und Koalitionsfraktionen haben sich unmißverständlich zu dem Prinzip einer freien und gerade deshalb sozialen Marktwirtschaft bekannt und diese Ordnung, die dem Unternehmer die Freiheit und eine würdige Betätigung zurückgegeben hat, gegen alle Angriffe verteidigt. Die gewerbliche Wirtschaft und besonders die deutsche Industrie haben mir Beifall gezollt, als ich den

staatlichen Dirigismus soweit als nur irgend möglich beseitigte, der Planungsdemokratie das Handwerk legte, überhaupt den staatlichen Einfluß in der Wirtschaft zurückdämmte und an Stelle staatlicher Preisbindungen und Preiskontrollen dem Walten einer freien Preisbildung Raum gab. Ich habe aber seit 1948 niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß ich die unternehmerische Planwirtschaft konsequenterweise genau so ablehne und daß ich den unternehmerischen Organisationen das Recht zu Preisbindungen und Preisfestsetzungen ebensowenig einräumen kann wie staatlichen oder gewerkschaftlichen Exekutivorganen. Ich hoffe, daß man diese Aussage ernst genommen hat — ich glaube, daß ich in jedem Augenblick meiner Wirtschaftspolitik treu geblieben bin. Schon deshalb ist das Erstaunen, die Verärgerung und die Enttäuschung industrieller Kreise nur schwer zu verstehen. Aber es geht um etwas sehr viel Ernsteres: nämlich um nicht mehr und nicht weniger als um die Bewahrung und Fortführung der marktwirtschaftlichen Politik und — das ist gleichbedeutend — um die Sicherung einer freien Unternehmungswirtschaft. . . . Der freie Unternehmer steht und fällt mit dem System der Marktwirtschaft. In jeder anderen Ordnung wird er mehr und mehr zum bloßen Vollzugsorgan fremden Willens und zum Funktionär planwirtschaftlicher Entscheidungen herabgewürdigt.

Sozialzuwendungen für Aktionäre?

Auf der Hauptversammlung einer großen norddeutschen Aktiengesellschaft wäre in diesen Tagen fast eine „Sozialzuwendung für Aktionäre“ gefordert worden. Es kam nicht dazu, denn der Antrag wurde nicht formgerecht eingebracht. Aber das Grundsätzliche, das hinter diesem Antrag steht, ist nicht unwesentlich. Die Unternehmung hatte nach mehreren dividendenlosen Jahren auch für 1951 aus sicherlich wohlervogenen Überlegungen heraus keine Dividende zahlen können. Sie hatte aber an ihre Mitarbeiter freiwillig Sozialleistungen in Höhe von 2 v. H. des Aktienkapitals gewährt, in diesem Fall rund 2,0 Mill. DM bei einem Reingewinn einschl. Gewinnvorträgen von etwa 1,3 Mill. DM. Das veranlaßte die Aktionäre, eine angemessene Relation zwischen den Sozialzuwendungen an die Mitarbeiter und den Dividenden für das Kapital zu fordern. Außerdem wurde der Vorschlag einer Sozialzuwendung für diejenigen Aktionäre der Gesellschaft gemacht, die als Geschädigte nach dem Soforthilfegesetz anerkannt sind. . . . Das Verlangen als solches ist wichtig. Denn hier verlangen die Kapitaleigentümer genau genommen nicht mehr und nicht weniger als eine Gleichstellung mit den Eigentümern der Arbeit. Wenn die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit notwendig sind, um eine bestimmte Leistung zu vollbringen, dann darf das Kapital nicht schlechter gestellt werden als die Arbeit. Muß ein

Betrieb zur Sicherung seiner Arbeit, also zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Erhaltung der Substanz des Kapitals seine Liquidität vorübergehend einengen, so dürfen nicht einseitig die Eigentümer des Kapitals leiden. Daraus ergibt sich eine Forderung. Der „kleine“ Aktionär dürfte nicht benachteiligt werden. Wenn die Steuergesetze dazu zwingen, das Kapital schlechter zu behandeln als die Arbeit, dann muß man sie revidieren. („Neue Zeitung“, Frankfurt.)

Wird das Jahr 1953 kritisch?

Im „Volkswirt“ beschäftigt sich Dr. L. Moenius mit den Meinungsäußerungen, die eine gewisse Depression im kommenden Jahr für durchaus möglich oder sogar für wahrscheinlich halten. Es sind vor allem drei Überlegungen, die hierbei eine Rolle spielen: 1. das Aufhören der ECA-Hilfe; 2. die Auffassung, daß auf jeden großen und langen Krieg mehr oder weniger zwangsläufig eine wirtschaftliche Depression folge und 3. das Wirksamwerden des achtjährigen Konjunkturzyklus. — (Demgegenüber): Eine großzügigere amerikanische Einfuhrpolitik ist eines der wirksamsten Mittel, um auch im Jahre 1953 die Weltkonjunktur vor größeren depressiven Rückschlägen zu bewahren. — Außerdem ist der Konjunkturverlauf seit 1945 viel weniger spekulativ gewesen als in der Periode 1921/28. Die ganze Entwicklung ist heute wesentlich gesünder und ausgeglichener als etwa die überhitzte Atmosphäre des Jahres 1928, weshalb auch die Gewähr für eine kontinuierliche Weiterentwicklung heute viel eher als damals gegeben ist. — (Schließlich) sind die wirtschaftlichen Veränderungen und Umwälzungen in den letzten 20 Jahren derart groß, daß es geradezu unwahrscheinlich ist, daß der Konjunkturzyklus — wenn es überhaupt einen solchen gibt — noch programmgemäß funktioniert. Im übrigen wird die ganze Zyklus-Theorie von namhaften Wissenschaftlern abgelehnt. — Zusammenfassend läßt sich sagen, daß eine krisenhafte Zuspitzung 1953 noch keineswegs eine ausgemachte Sache ist. Im Gegenteil, es spricht vieles dafür, daß eine solche Entwicklung nicht eintritt. Wir glauben eher, daß sich die jetzige konjunkturelle Stabilität auch im Jahre 1953 fortsetzen wird, eine Auffassung, zu der auch der Wirtschaftsausschuß des amerikanischen Kongresses in einer Vorschau auf die Wirtschaftsentwicklung im kommenden Jahr gelangt ist.

Sie tauschen . . .

Von der MAS Karow bei Güstrow tauschten sechs Sportfreunde den Traktor mit dem Gewehr. Sie ziehen auf Wache, damit die Acker der Republik in Ruhe und Frieden bestellt werden können.

(„Tribüne“ — FDGB am 7. Juli 1952.)

Das interessiert die Frau

Splitter

Wer redet laut und lange?

Mit Stoppuhr und Geräusch-Meßgerät wurden in Amerika Gespräche getestet, um einer alten Streitfrage wissenschaftlich zu Leibe zu gehen. Und es waren keine Frauen, die testeten. Das Ergebnis wurde in folgenden Punkten zusammengefaßt:

1. In bezug auf die Rededauer halten Männer und Frauen sich die Waage.
2. In bezug auf Lautstärke sind die Männer den Frauen um ein Vielfaches überlegen.

3. In Telefonzellen pflegen Frauen meist nur ein Gespräch von normaler Durchschnittslänge zu führen und dann aufzuhängen. Männer hingegen führen entweder ganz kurze Blitzgespräche, oder aber sie belegen die Zelle gleich stundenlang für sich mit Beschlag.

4. Bei Straßengesprächen bevorzugen Frauen gewöhnlich die überfüllten Eingänge von Geschäften, während Männer sich auf Straßenecken konzentrieren.

5. Frauen unterhalten sich meist über Dinge, die ihrer Neugierde entspringen, wie etwa: „Hat sich Ihre Nichte nun endlich mit dem netten jungen Mann von gegenüber verlobt?“

Männer dagegen führen stets politische oder philosophische Gespräche, die sie etwa folgendermaßen einzuleiten pflegen: „Ja, ja, man kann nie wissen! Ich habe es ja kommen sehen...“

6. Das längste bei Frauen gemessene Gespräch dauerte 20 Minuten — das längste bei Männern 50 Minuten.

Das unerwartete Ergebnis hatte die testenden Männer nicht erschüttert. Sie befragten eine Reihe Psychologen. Diese erklärten:

Robert F. Oxnam, Universität von Syracuse: „Die Erfahrung hat mich gelehrt, daß Männer ebensoviel reden und auch ebensoviel Unsinn schwatzen wie Frauen.“

Dr. John Rudin, Duke-Universität: „Frauen sprechen meist nicht mehr als Männer, aber sie sprechen besser.“

Dr. Howard W. Townsend, Universität von Texas: „Das Verhältnis ist etwa 50 zu 50. Redseligkeit ist viel mehr eine individuell begründete Veranlagung. Es gibt Frauen, die ununterbrochen reden — aber es gibt auch Männer, die dasselbe tun.“

Dr. Clarence G. Browne, Wayne-Universität: „Ich glaube nicht, daß sich ein grundsätzlicher Unterschied bei Männern und Frauen feststellen läßt. Angehörige beider Geschlechter können ‚Schwätzer‘ sein. Würde man aber über die allgemeine Redseligkeit genau Buch führen, würden sich die Männer vermutlich als die redseligeren erweisen.“

Dr. Frederic E. Merwin, Rutgers-Universität: „In meiner Schule sprechen die Jungen vielmehr als die Mädchen. Es ist auch eine bekannte Tatsache, daß Mädchen überhaupt später reden lernen als Knaben.“

Professor Kenneth Q. Jennings, Rutgers-Universität: „Nach meiner eigenen Erfahrung habe ich feststellen müssen, daß Männer viel mehr reden als Frauen.“

— Die erste Runde ist klar für das weibliche Geschlecht gewonnen. Der Meinungsstreit wird weitergehen. Ring frei zur zweiten Runde!

Indiens Frauen dürfen . . .

Im indischen Parlament wurde Ende Juli nach einer erregten Debatte ein Gesetzentwurf zurückgegeben, der eine Ausdehnung der Strafrechtsbestimmungen für Ehebruch auf Frauen vorsah. Nach dem geltenden indischen Strafrecht kann Ehebruch bei Männern mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft werden, während Frauen von diesem Gesetz nicht betroffen sind.

Die Abgeordnete Jayashri Raiji betonte, die Frau in Indien sei heute lediglich ein „großes und hilfloses Stück menschlichen Fleisches“. Die Frau habe als Besitztum des Mannes kein Eigenleben. „Wie können wir von einer Frau in einer Gesellschaft Treue erwarten, in der so verwerfliche Gebräuche die Heirat eines zehn- oder zwölfjährigen Mädchens mit einem vierzig- oder fünfzigjährigen Mann ermöglichen, der sein Großvater sein könnte?“

Metermaß her! Nach Angaben von Modespezialisten sind die Maße der modernen Idealfrau folgende: Der Brustumfang beträgt die halbe Körpergröße plus drei Zentimeter; der Hüftumfang die halbe Größe plus sieben Zentimeter; die Taillenweite die halbe Größe minus 15 Zentimeter; Umfang der Schenkel = ein Drittel der Körpergröße minus fünf Zentimeter. — Wer sonst keine Sorgen hat, darf bei sich nachmessen.

„... geht durch den Magen“: Die Landesleitung der staatlichen Handelsorganisation (HO) der Ostzone in Halle hat durch Rundschreiben die HO-Gaststätten angewiesen, „zur Ehrung Beethovens eine Eierspeise à la Beethoven zu servieren.“ — Die blöden Hühner singen trotzdem nicht: „Alle Menschen werden Brüder“, sondern immer nur: „piekpiek!“

... geht nicht durch den Magen: England gilt als gesündeste Nation der Erde, stellt die UNO fest. Nur acht Prozent sind dort an Magenkrankheiten gestorben. In der Schweiz waren es 15,2; in den USA 13,8 und in Dänemark und Kanada sogar je 16,1 Prozent. Das macht nur die Rationierung, schreiben englische Zeitungen. Zwar schrumpfen englische Mägen bei weniger als 3000 Kalorien stetig ein, aber das sei ohne Einfluß auf englische Körper. — Wenn ich „Kalorien“ lese, kriege ich einen tausendjährigen Schüttelfrost.

Liebevoller Gatte: „Du wirst mich nicht betrügen!“ sagte ein eifersüchtiger Mann zu seiner Frau, als er für einige Tage verreisen mußte. Er packte sämtliche Kleider seiner Frau und sogar den Telefonapparat in den Koffer und gab sie bis zu seiner Rückkehr bei der Gepäckaufbewahrung ab. — Der Ehescheidungsprozeß ist inzwischen angelaufen.

„Schweigen ist Gold“: Er — und das ist eine Tatsache — stritt sich vor zwölf Jahren mit seiner Frau. Jetzt kam er wieder. „Wo warst du?“ fragte sie. „Fort!“ sagte er kurz und knapp. Das andere sagte sie. Der Richter sagte bündig: „Geschieden!“

Nomen est omen: Weil sie mit einem anderen Mann ausgegangen war, schlug er ihr die Zähne ein, riß ihr ein Büschel Haare aus, brach ihr den Arm, brannte sie mit einer Zigarette, und dann ging er zur Polizei und sagte seinen Namen: Alfred Sanftmut. — Geschehen im letzten Mai. Ausgerechnet.

Lachen links. Die ostdeutsche Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ schlägt vor, daß die ostzonalen Clowns ihre Späße vor Gewerkschaftsfunktionären präsentieren, bevor sie in die Zirkusarena steigen, damit sie die nötigen Hinweise empfangen, wie sie durch Späße erzieherisch wirken könnten. — Kurz wird gelacht, hal Dasselbe nochmal: ha ha!



Unser Briefkasten

Pensionär W. W., Menden:

Als Pensionär ist man eigentlich immer noch in Dortmund. Wenn die Werkzeitung kommen muß, kann man den Briefträger kaum abwarten. Man freut sich immer, zu hören: „Ein Hochhofen wurde angeblasen“, oder „Das Kaltwalzwerk arbeitet wieder.“ Um keinen Preis ohne Werkzeitung sein! Steckt doch ein Stück Heimat darin.

Die Schwester meiner Frau, die in meinem Haushalt tätig ist, klebt seit 1933 als freiwilliges Mitglied in der Invalidenversicherung, seit 1949 bis heute Kl. VIII. Nun möchte dieselbe höher kleben, Kl. XI—XII. (Siehe Heft 7 der Werkzeitung), um die günstigen Steigerungsbeträge in der Grundversicherung zu erhalten und darüber hinaus die für die zusätzliche Versicherung an sich vorgesehene neue Höhenversicherung mit Steigerungsbeträgen von mindestens zehn Prozent zu übernehmen. Ich möchte Sie nun um Antwort bitten: Wie kann ich im Jahr am sparsamsten und zweckmäßigsten kleben, um den vorteilhaftesten Genuß zu erhalten?

Wir freuen uns über Ihr Schreiben. — Unsere Betriebskrankenkasse, die das Versicherungswesen bearbeitet, teilt hierzu mit: Die Steigerungsbeträge in der Höhenversicherung richten sich nach dem Lebensalter, in welchem der Versicherte die Beiträge entrichtet hat. Sie betragen bei einem Alter von 30 Jahren 20 Prozent des Beitrages und ermäßigen sich im Abstand von je fünf Jahren bis auf 10 Prozent bei 56 bis 65 Jahren. Da der Steigerungsbetrag für die Pflicht- und freiwillig Versicherten 12 Prozent des Beitrages ist, bietet diese Höherversicherung Vorteile bis zum 45. Jahre, denn vom 41. bis 45. Jahre beträgt der Steigerungsbetrag 14 Prozent. Im vorliegenden Falle ist uns das Alter des freiwilligen Mitgliedes nicht bekannt. In Klasse 7 beträgt der Beitrag 6,— DM je Woche, der allgemeine Steigerungsbetrag beträgt 72 Pf. Der Steigerungsbetrag bei Höherversicherung beläuft sich je nach dem Alter zwischen 60 Pf bis 1,20 DM. In Klasse 11 beträgt der Beitrag 16,— DM je Woche, der allgemeine Steigerungsbetrag 1,92 DM, der Steigerungsbetrag bei der Höherversicherung 1,60 DM bis 3,20 DM. In Klasse 12 beträgt der Beitrag 20,— DM je Woche, der allgemeine Steigerungsbetrag 2,40 DM, der Steigerungsbetrag bei der Höhenversicherung 2,— DM bis 4,— DM. Ein Merkblatt, aus dem alle diese Zahlen hervorgehen, kann bei unserer Betriebskrankenkasse angefordert werden. Diese Auskunft leisten wir ohne Gewähr.

K. H., Hochhofen:

In unserer Werks-Nähstube (im Hause der Bücherei) werden die von Ihnen angeführten Näharbeiten für unsere Belegschaftsmitglieder billigt ausgeführt. Bitte sprechen Sie doch dort einmal vor.

Im übrigen haben wir Ihren Brief unserer Werksfürsorge weitergegeben. Eine der Mitarbeiterinnen wird Ihre Frau gelegentlich besuchen und dann alles Nähere mit Ihnen an Ort und Stelle persönlich besprechen.

B. B., Masch.-Abtlg. Hochhofen:

Ich bitte, mir folgende Fragen zu beantworten: Sind die Hilda- und Springorumstraße Privatwege? Wenn diese Straßen Privatwege sind: kann dort die Polizei Strafen wegen verkehrswidrigen Verhaltens erheben? Unsere Rechtsabteilung erklärt hierzu: Die Frage, ob die Springorum- und Hildastraße Privatwege sind, müssen wir verneinen. Es handelt sich um öffentliche Straßen. Die allgemeinen Verkehrsvorschriften müssen daher beachtet werden. Im Falle eines Vergehens kann die Polizei einschreiten.

Briefe

Im „A. S. B.-Sonderdienst für Werkveröffentlichungen“, Heidelberg, vom 20. Juli 1952 setzt sich die Schriftleiterin Frau Dr. Margarete Fuhrmann mit der „Seite für die Frau“ in den Werkzeitschriften auseinander und schreibt u. a.:

„Die beste Frauenseite hat ‚Das Mitteilungsblatt‘ der Westfalenhütte AG. Dortmund. Von der Fülle der behandelten Themen seien genannt: ‚Die Heiratsaussichten der Frauen bestimmter Geburtsjahrgänge, erschlossen aus den Bevölkerungsstatistiken‘, ‚Die Zahl der Eheschließungen‘, ‚Die Wichtigkeit des Spiels für die gesunde charakterliche Entwicklung des Kindes‘, ‚Soll man Kinder zum Essen zwingen?‘, ‚Das Mutterschutzgesetz‘, ‚Die soziale Sicherstellung der Frau‘, ‚Ursachen der Ehekrähe‘, ‚Über Frühhehen‘, ‚Wirkungen der Wohnraumnot auf die Ehescheidungen‘ usf. Mit ironischem Augenzwinkern werden auch ein paar originelle amerikanische Scheidungsurteile mitgeteilt. Kurz eine nicht abreißende Fülle ernster und wichtiger Fragen, die Frauen beschäftigen oder auch quälen.

Ich fragte den Schriftleiter, woher er so genau wisse, wofür sich Frauen heute interessieren. ‚Ganz einfach‘, gestand er mir, ‚ich frage meine Frau‘. Das Rezept wird zur Nachahmung empfohlen. Wer keine hat, suche sich eiligst eine, dieses ‚Betriebsopfer‘ lohnt.“

*

Das ist sehr nett gesagt. Und was sagen Sie, verehrte Leserin?

Denken wir daran?

Haben wir wenigstens am 20. Juli derer gedacht, die 1944 aus ihrer tiefsten christlichen und sozialistischen Überzeugung und Verantwortung zum letzten Mittel oder — wie Schiller in seinem „Wilhelm Tell“ es sagt — in den Himmel griffen, um ihre und ihres Volkes ewigen und unveräußerlichen Rechte herunterzuholen?

Man sollte öfter daran denken, um eine neue Dolchstoßlegende, die jetzt schon geflissentlich vorbereitet wird, zu verhindern — aus demokratischer Verpflichtung und Verantwortung heraus. Man sollte auch auf die Entscheidungsgründe hören, die das Braunschweiger Gericht in der Urteilsbegründung zur Verurteilung Remers zu drei Monaten Gefängnis wegen übler Nachrede in Tateinheit mit Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener formulierte:

„Die Strafkammer schließt sich der Auffassung der Staatsanwaltschaft an, wenn sie feststellt, daß der nationalsozialistische Staat kein Rechtsstaat, sondern ein Unrechtsstaat war, der nicht dem Wohle des deutschen Volkes diene . . . All das, was das deutsche Volk, angefangen vom Reichstagsbrand über den 30. Juni 1934 und den 9. November 1938, über sich hat ergehen lassen müssen, war schreiendes Unrecht, dessen Beseitigung geboten war. Es ist schwer, bitter und hart für ein deutsches Gericht so etwas aussprechen zu müssen . . .

Was da seit dem Jahre 1933 geschehen ist, war des deutschen Volkes unwürdig. Und wenn deutsche Menschen im Zuge der Vorbereitung des Umsturzes im Innern, dessen moralische Berechtigung ja auch von dem Angeklagten nicht ernstlich in Zweifel gezogen wird, Fühler nach dem Ausland ausstreckten, um zu prüfen, wie dieses Ausland ein solches Vorhaben aufnehmen würde, so handelten solche Menschen nicht als Verräter am Volke, sondern aus tiefster Verantwortung und Sorge für den Fortbestand ihres Volkes auch nach der schweren Erschütterung, welche die Durchführung des Umsturzes nun einmal zwangsläufig mit sich bringen mußte. Sie handelten nicht mit dem Vorsatz, ihrem Volke und der Macht des Reiches Nachteile zuzufügen, sondern allein in dem aufrichtigen, von patriotischer Gesinnung getragenen Streben, beiden zu nützen. Der Schuldvorwurf des Landesverrates kann solche Männer daher nicht treffen . . .

Es sollte wahrlich öfter daran gedacht werden, daß es unter jeder Diktatur, die sich stets mit Verbrechen belastet, und daß es auch in der größten Schande unseres Volkes Menschen gegeben hat, die auch den Einsatz ihres Lebens nicht scheuten, um die Führung eines durch millionenfachen Mordes an Wehrlosen belasteten Regimes zu beseitigen. Menschen, die nichts anderes erstrebten als Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden.



HOESCH WERKE AG

Die Neugründung einer traditionsreichen Werkgemeinschaft

Am 25. Juli 1952 wurde die Hoesch Werke AG gegründet. Sie stützt sich als Holding, als Dachgesellschaft, im wesentlichen auf drei Säulen:

Stahlerzeugung (Westfalenhütte AG Dortmund mit ihren Tochtergesellschaften „Hohenlimburger Walzwerke AG“ in Hohenlimburg, „Dörken AG“ in Gevelsberg und „Dortmunder Drahtseilwerke GmbH“ in Dortmund);

Kohle („Hoesch-Bergwerks-AG“ in Dortmund mit den Schächten Kaiserstuhl I/II in Dortmund und Fürst Leopold/Baldur in Hervest-Dorsten und — als Tochtergesellschaft — die „Dortmunder Paraffinwerk GmbH“ in Dortmund);

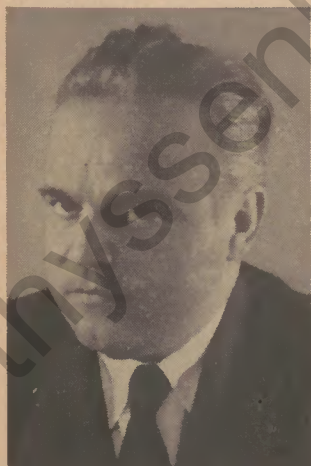
Weiterverarbeitung (hier als Tochtergesellschaften der Holding „Schmiedag AG“ in Hagen, „Trierer Walzwerk AG“ in Wuppertal-Langerfeld, „Maschinenfabrik Deutschland GmbH“ in Dortmund und „Hiltruper Röhrenwerk GmbH“ in Hiltrup).

Weitere Unternehmungen werden noch hinzukommen.

Mit der Gründung der einzelnen Gesellschaften und der Holding ist der Schlußstrich unter die seit Jahren anstehenden Probleme der Entflechtung und Re-Entflechtung gezogen. Der Weg ist frei für eine gemeinsame Aufbauarbeit, die nur im Interesse der Werke und ihrer Belegschaften liegen kann.

Das Mitbestimmungsrecht — bei Stahl und Kohle gesetzlich verankert — ist durch Vereinbarung auch für die vom Gesetz nicht erfaßten Betriebe in vollem Umfange gesichert.

Die Gründung der Holding ist zu begrüßen



Stahltreuhänder

Dr. Deist führte nach Verlesen der notariellen Beurkundungen über den Gründungsakt unter anderem aus: Mit dieser Gründung ist ein gewisser Abschluß in der Treuhandtätigkeit der Stahltreuhänder - Vereinigung erreicht worden. Abgesehen von Rheinhessen bzw. der Thysengesellschaft und einigen kleineren Aktiengesellschaften ist die Bildung der Kerngesellschaften auf der Eisen- und Stahlseite abgeschlossen.

Bei einigen Werken war eine endgültige Kapitalfestsetzung bislang unmöglich, bei anderen Werken wird

sie in Kürze erfolgen. Jedenfalls wird sich im Herbst für alle Gesellschaften die Kapitalgrundlage klar übersehen lassen.

Im Rahmen der Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie wurden vier Holding-Gesellschaften gegründet: Mannesmann-Werke, Nordwestdeutsche Bergwerks- und Hütten-AG, Rheinisch-Westfälische Eisenwerke AG und heute die Hoesch Werke AG. Diese Gesellschaften sind von unterschiedlicher Größe und Struktur. An die Gründung der einen oder anderen Gesellschaft sind wir nur mit einer gewissen Sorge herangegangen. Die Gründungen sind durchgeführt und mußten durchgeführt werden, weil aus dem Übereinkommen zwischen der Bundesregierung und den Hohen Kommissaren politische Folgerungen gezogen werden mußten. Die Gründung der einen oder anderen Gesellschaft ist deshalb zu verantworten, weil sie aus dem Gesichtspunkt der Rationalisierung begrüßt werden konnte.

Die Gründung der Hoesch Werke AG ist durchaus und freudig zu begrüßen. Sie hat als Holding drei gute Seiten:

1. Die umfangreiche Grundlage im Bergbau und in der Koksversorgung der Hütte;
2. die umfangreiche Grundlage in der Eisenerzeugung;
3. die gute Grundlage der Weiterverarbeitung.

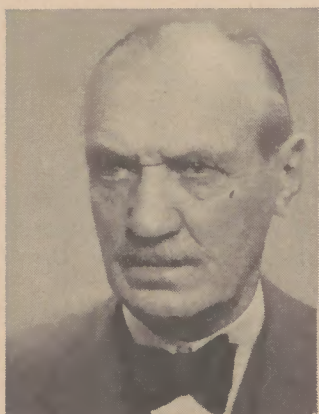
Man kann sagen, daß die Hoesch Werke AG auf dem Gebiete der Flachprodukte führend ist. Außerdem enthält sie das einzige Breitbandwalzwerk in der Bundesrepublik. Die Produkte umfassen Breitband, Bleche und Bändeisen. Sie hat eine breite Erzeugung von Kaltwalzwerkprodukten, die eine sehr intensive Verarbeitungs- und Verfeinerungsindustrie ermöglichen. Ich verweise hier auch auf die Röhrenwerke Hiltrup, die mit ihren geschweißten Röhren immer größere Bedeutung erhalten. Umfangreich ist auch die Herstellung von Profil-, Form- und Stabeisen sowie von Gesenkschmiedestücken. Die Schmiedag AG ist die größte Gesenkschmiede der Bundesrepublik. Wichtig in der Weiterverarbeitung sind die Maschinenfabrik Deutschland und die Dortmunder Drahtseilwerke. Außerdem sind hervorzuheben die Hoesch-Eisenhandel GmbH und die Hoesch-Export GmbH. Das neue Unternehmen ist mithin in sich ausgewogen und hat eine breite Grund-

lage, so daß es sich jeder konjunkturellen Entwicklung anzupassen vermag.

Die Erfahrungen der letzten Wochen und Monate haben auf dem Binnen- und Exportmarkt bewiesen, daß die Absatzmöglichkeiten und das flüssige Geld nicht immer vorhanden sind. Die ganze Entwicklung auf dem Weltmarkt und auch das Auftreten der japanischen Konkurrenz sowie die Einstellung des Stahlarbeiterstreiks in den USA lassen daran denken, daß auch die deutschen Eisen- und Stahlwerke vielleicht schwierigen Zeiten entgegengehen werden. Man darf aber feststellen, daß mit der Hoesch Werke AG im Rahmen des Möglichen ein gesundes und krisenfestes Werk aufgebaut worden ist.

Ich kann wohl sagen, daß die Aufsichtsräte der Holding und der Tochtergesellschaften mit Herren besetzt sind, die zwar energisch und nachdrücklich ihre Haltung und Meinung vertreten, die aber bereit sind, in schwierigen Fällen einen Ausgleich zu finden, der von allen als tragbar empfunden werden kann. Die Mitbestimmung, die gesichert ist, verlangt ja auch, daß man trotz aller Gegensätze zu einem fairen Ausgleich kommen muß und kommen kann.

Aus der Entwicklungsgeschichte des Werkes



Aufsichtsratsvorsitzender Wilhelm Hopp erklärte: Mit der Gründung der „Hoesch Werke Aktiengesellschaft“ stehen wir heute an einem gewissen Abschluß der Neuordnung der Gruppe von Unternehmen, die bisher die Hoesch Aktiengesellschaft darstellten. Aus diesem Anlaß gestatten Sie mir einen kurzen Rück-

blick, der Ihnen das Werden und die Entwicklung von Hoesch aufzeigt.

Die Gründer: Hoesch

Die Familie Hoesch, deren Name nun auch in dem neuen Gesamtunternehmen fortgeführt wird, ist schon seit 1610 in der Eisenindustrie Westdeutschlands führend tätig. Die ersten Namenträger betrieben in der Nordeifel Hütten- und Hammerwerke und auch Verarbeitungsbetriebe. Der Schwerpunkt lag in der Nähe von Düren, in Lendersdorf, wo heute noch unter der Firma „Eberhard Hoesch & Söhne“ ein Metallverarbeitungswerk besteht.

Es war eine schwere Zeit, die der Gründung der Lendersdorfer Hütte folgte. Ich weise nur auf den bald nach der Gründung ausbrechenden Dreißigjährigen Krieg und seine schweren Folgen für Deutschland hin. Trotzdem haben die Hoesch, echten Unternehmerteil und Entschlußfreudigkeit mit kluger Bescheidung und Sparsamkeit verbindend, ihre Betriebe bis in das 19. Jahrhundert durchbringen können. Ihre Betriebe waren es, die als erste in Westdeutschland das Pudelverfahren einführten; in Lendersdorf wurde der erste Hochofen mit Koks beschickt. Hier wurden auch, eine wichtige Tat für Deutschland, die ersten Schienen gewalzt. Trotz aller Erfolge konnte sich aber die Eifeler Eisenindustrie an ihrem Standort nicht halten, die materiellen Voraussetzungen wur-

den mit der technischen Entwicklung zu ungünstig. Das Erz wurde immer knapper, und die lebenswichtige Holzkohle war nicht mehr zu beschaffen. Der große Zug nach dem Rohstoffstandort setzte ein. Die Hoesch gingen zur Kohle oder, besser gesagt, zum Koks.

Werkgründung: 1. September 1871

Am 1. September 1871 wurde zwischen Leopold Hoesch, seinen Söhnen Albert und Wilhelm und den Söhnen seines Bruders Eberhard, Viktor und Eberhard Hoesch, eine Offene Handelsgesellschaft gegründet zu dem Zweck, in Dortmund ein Eisen- und Stahlwerk zu errichten. Die Gründer stellten das Unternehmen mit 800 000 Talem Gesellschafterkapital aus. Für die Wahl Dortmunds zum Standort des neuen Werkes war ausschlaggebend die verkehrsgünstige Lage an fünf Eisenbahnstrecken, die reichen Kohlenvorkommen im Dortmunder Raum, dessen Zechen auch Kehlenseisenstein förderten, die Möglichkeit, aus der abflauenden Textilindustrie ansässige Arbeitskräfte zu gewinnen, schließlich die Wohlfeilheit der dortigen Bodenpreise. Der durch jahrhundertalte Tradition geschärfte Blick der Hoesch hatte eine günstige Wahl getroffen, wie die Zukunft erwies. Das freilich konnten diese fünf Gründer nicht ahnen, daß sich aus ihrer Gründung in 75 Jahren eines der größten gemischten Montanwerke entwickeln würde, das bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges mehr als 40 000 Arbeitern und Angestellten Lohn und Brot gab. Es war ein mühevoller Weg bis dahin, der unter dem Wahlspruch von Eberhard Hoesch stand: „Du mußt dich plagen!“

Das Eisen- und Stahlwerk Hoesch war als Familienunternehmen ins Leben gerufen worden. Ein solches blieb es auch, als die Firma wenige Jahre später in eine Aktiengesellschaft mit 1,2 Millionen Talem Grundkapital umgewandelt wurde. Leopold Hoesch übernahm den Vorsitz im Aufsichtsrat, Albert Hoesch wurde einziges Vorstandsmitglied. Er ist der Erbauer des Stahl- und Walzwerks und blieb sein technischer Betreuer durch 27 Jahre. Im Aufsichtsrat wirkten Viktor, Wilhelm und Eberhard Hoesch mit sowie Leopolds Schwager Cäsar Schoeller.

Drei Geschlechterfolgen von Technikern, Kaufleuten und Facharbeitern haben das Hoesch-Werk auf- und ausgebaut, und in drei deutlich voneinander abgesetzte Entwicklungsvorgänge zerlegt sich dem zurückschauenden Betrachter seine Geschichte. Was damals zu Beginn der 70er Jahre nördlich von Dortmund im Wiesengelände des Oesterholzes entstand, war eine Anlage zur Erzeugung von Bessemerstahl, ein Träger- und Schienenwalzwerk und die erforderlichen Hilfs- und Nebenbetriebe. Auf die stürmischen Gründerjahre folgte 1873, von Amerika ausgehend, die erste große Wirtschaftskrise mit verheerenden Auswirkungen für die junge deutsche Industrie. Daß das Eisen- und Stahlwerk Hoesch nicht in den Strudel des wirtschaftlichen Zusammenbruchs hineingerissen wurde, ist ein Beweis für die Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit der Planung.

Nachdem sich unter den Auswirkungen der Bismarckschen Politik die wirtschaftlichen Grundlagen der deutschen Eisenindustrie gebessert hatten, galt es für das junge Unternehmen, den Wettkampf in der sprunghaften technischen Entwicklung zu bestehen. Damals trat für die Eisen- und Stahlerzeugung ein völliger Umschwung durch die umwälzende Erfindung der Engländer Thomas und Gilchrist ein. Sie gaben dem bisher üblichen Schmelzgerät, der Bessemerbirne, eine Ausfütterung aus basischem Gestein und ermöglichten es so, den Phosphor aus dem Roheisen abzuscheiden.

Die Leitung von Hoesch erkannte schnell den großen Vorteil dieses Verfahrens, das die Ausnutzung der deutschen Eisenerzlager ermöglichte und daneben das für die deutsche Landwirtschaft so wichtige Phosphordüngemittel, das Thomasmehl, brachte. Hoesch entschloß sich zur schnellsten Umstellung auf das neue Thomasverfahren. Zusammen mit der Dortmunder Union, der Gutehoffnungshütte und dem Hörder Phönix erwarb er die Thomas-Patente für 1,4 Millionen Mark und ging sofort an den Bau eines Thomaswerks und einer Schlackenmühle. 55 Jahre lang hat diese Anlage gearbeitet, und am 21. März 1937 wurde die millionste Thomasschmelze erblasen.

Mit dem Ansteigen der Stahlerzeugung wurde naturgemäß der Absatz des Rohmaterials auf dem deutschen Markt schwieriger. Die Leitung des Werkes mußte also darauf bedacht sein, stärker in die Weiterverarbeitung zu gehen. Schon 1884 wurde ein *Drahtwalzwerk* gebaut, das bereits im ersten Betriebsjahr 13 000 t Walzdraht erzeugte. Es folgte eine Walzenstraße für Stab- und Formeisen und für Grubenschienen. 1886 kam ein eigenes *Blechwalzwerk*, 1891 ein *Block- und Trägerwalzwerk* in Betrieb.

Alles das waren kostspielige und wagemutige Werkerweiterungen. Um sie zu ermöglichen, hatte die Familie Hoesch, in deren Händen das gesamte Aktienkapital noch lag, jahrelang auf jede Dividende verzichtet. Fast sechs Millionen Mark wurden in den ersten beiden Jahrzehnten in Neu- und Erweiterungsbauten gesteckt.

Bis zum Jahre 1895 war Hoesch ein reines Stahl- und Walzwerk. Nunmehr ergab sich, daß die Abhängigkeit in bezug auf Roheisen und Brennstoffe die weitere Entwicklung gefährden mußte. Diese Gefahr zu bannen und die Entwicklung weiter zu fördern, war die Aufgabe und die Tat der zweiten Generation. Hierzu waren freilich Mittel von solchem Ausmaß notwendig, daß sie die Leistungskraft einer Familie überstiegen. Deshalb beschloß der Aufsichtsrat im Jahre 1895, das Aktienkapital auf 6 Millionen Mark zu erhöhen und zur Beschaffung der Mittel an den allgemeinen Kapitalmarkt zu gehen. *Das Familienunternehmen verbreiterte sich zu einer Kapitalgesellschaft.*

Für die Schaffung einer Roheisengrundlage mußten eigene Hochöfen errichtet werden. Für diese Errichtung sprach ohnehin der geplante Bau des Dortmund-Ems-Kanals und des Dortmunder Stadthafens, durch deren Schaffung der Transport ausländischer Erze erheblich verbilligt werden konnte.

In der Nacht vom 19. zum 20. September 1896 konnte bei Hoesch der *erste Hochofenabstich* vonstatten gehen, und bereits im Dezember des gleichen Jahres kam der zweite Hochofen in Betrieb.

Zur Sicherung der Koksversorgung schritt man zum Bau einer eigenen *Hüttenkokerei*. Um die Kohle-



Eisen- und Stahlwerk Hoesch um 1885

grundlage für die Kokserzeugung zu schaffen, erwarb Hoesch die Zeche Vereinigte Westfalia mit der Schachanlage *Kaiserstuhl*, in deren Grubenfeld das Hüttenwerk liegt. Etwas später kam der Erwerb der Steinkohlengewerkschaft *Fürst Leopold* in Hervest-Dorsten hinzu. Den Abschluß dieser Entwicklung, die das Unternehmen für alle Zeiten mit ausreichenden Kohlegruben versorgen sollte, bildete der Interessengemeinschaftsvertrag und die spätere Fusion mit dem Köln-Neuessener Bergwerksverein, einem der größten reinen Bergwerksbetriebe des Reviers, dessen wertvoller Fettkohlebesitz vor allem in Altenessen liegt.

Entwicklung der Verbundwirtschaft

Mit dieser Schilderung des Erwerbs der Kohlegrundlage berühre ich einen entscheidenden Punkt in der Entwicklung von Hoesch. Es war keineswegs Expansionsbestreben und auch nicht reine Vorsorgepolitik, die Hoesch wie andere Eisen- und Stahlwerke zur engeren Verbindung mit der Kohle brachte. Vielmehr zeigt sich hier der *Beginn und die Entwicklung der Verbundwirtschaft*, die für die Montanindustrie der Ruhr kennzeichnend werden sollte. Sie beruht auf der Erkenntnis, daß nur die engste betriebliche Zusammenfassung der Grundstoffindustrien, also der Kohlegewinnung, Kokserzeugung und Erzverarbeitung, die Eisenindustrie des Ruhrreviers so rationell gestalten konnte, daß sie mit der Eisenindustrie anderer Länder, die günstiger beim Erz lag, konkurrieren konnte.

Es wurde der außerordentliche Vorteil erkannt, der darin lag, daß die gesamte Energieerzeugung, Kraft, Strom und insbesondere Gas, einheitlich gelenkt wurde und damit die Verwendungsmöglichkeiten entsprechend den technischen Erfordernissen günstigst ausgenutzt werden konnten. So lieferte der Hochofen das geringwertigere Gichtgas an die Kokerei und an die Winderhitzer, das hochwertige Koks gas wurde in den Stahlwerken besser ausgenutzt. Die Gaserzeugung wurde so geführt, daß sie beste und rationellste Stahlerzeugung gewährleistete. Dieser Verbund ist natürlich nur möglich in einem einheitlichen Unternehmen, das die Einzelinteressen der Betriebe zum Besten des Ganzen in sich auszugleichen vermag. Es traf daher eine der Grundlagen der Montanindustrie und auch unseres Unternehmens, als die Neuordnungspläne nach dem Zusammenbruch die völlige Trennung des Kohlenbergbaus von der Eisenindustrie vorschrieben. Ich freue mich feststellen zu können, daß es zu einem guten Teil gelungen ist, die Verbundwirtschaft zu sichern, nämlich durch den Zusammenschluß unserer Eisenbetriebe mit den Zechen Kaiserstuhl und Fürst Leopold.

Erweiterung der Erzgrundlage

Aus dem Tätigkeitsbild der zweiten Generation muß ich noch kurz die Erweiterung der Erzgrundlage erwähnen. Es konnte mit der *Gewerkschaft Eisenerz* der Zug eine der bedeutendsten Eisenerzgruben des Siegerlandes erworben werden. Auch die Erwerbung von Erzgruben in Mittelschweden konnte die eigene Versorgung verbessern. Leider sind mit der Beschlagnahme des deutschen Auslandseigentums diese Vermögenswerte zunächst verlorengegangen.

Aus dem Stahl- und Walzwerk der Gründer war also am Ende dieses zweiten Abschnittes der Werksgeschichte ein großes gemischtes Unternehmen der Montanindustrie geworden, das vom Erz bis zur Schiene, zum Draht und zum Blech, von der Kohle zum Koks, Strom und Gas alles aus eigenen Erzeugungsstätten und in eigenen Betrieben erzeugen und verarbeiten konnte.

In Friedrich Springorum hatte der Aufsichtsrat für den 1898 verstorbenen Albert Hoesch einen Nachfolger gefunden, der alle Voraussetzungen mitbrachte, um die geschilderten weitgespannten Aufgaben zu meistern. Er war es auch, der tatkräftig mit der Durchführung neuer Aufgaben begann, die den letzten Abschnitt kennzeichnen. Es handelte sich um den weiteren Ausbau der Eisenverarbeitung.

Die *Sicherung des Absatzes an Halbzeug* machte es notwendig, sich selbst stärker an der Weiterverarbeitung zu beteiligen, also Betriebe zu errichten oder zu übernehmen, die die Erzeugnisse des Hüttenwerks auch in Krisenzeiten aufnehmen und verarbeiten konnten. Den Anfang machte der Bau der Drahtverfeinerung in der Stockheide. Der Erwerb des *Limburger Fabrik- und Hüttenvereins* in Hohenlimburg brachte eine wertvolle Ergänzung des Erzeugungsprogramms in warm- und kaltgewalzten Bändern, dort entstand ferner eine Federnfabrik. Es kam die Angliederung der *Maschinenfabrik Deutschland*, unmittelbar benachbart dem Hüttenwerk und im Bergschädengebiet von Kaiserstuhl gelegen, der *Hammerwerke v. d. Becke & Co.* und der *Nietenfabrik Gebrüder Prinz in Hemer* hinzu. Das *Edelstahlwerk Eicken & Co.* in Hagen und die *Fa. Peter Harkort & Sohn* mit ihrem Werk in Wetter erweiterten das Fabrikationsprogramm von Hoesch nach der Edelstahlseite. Schließlich konnte mit dem Erwerb der *Schmiedag* in Hagen, des *Trierer Walzwerkes*, das führend in kaltgewalztem Randeisen und in der Oberflächenveredelung ist, sowie des *Hiltruper Röhrenwerkes* die Erzeugung des Gesamtunternehmens abgerundet werden. Alle diese Erwerbungen waren kein „Wuchern in die Breite“, sie stellten vielmehr die *organische Weiterentwicklung* eines Hüttenunternehmens dar, das bedacht war, seine Erzeugnisse so weit aufzuarbeiten, daß sich die Kosten trugen, und das diese Erweiterung auch verantworten konnte, weil es die Belieferung dieser Betriebe sicherstellen und ihren Bestand damit gewährleisten konnte.

Auch in diesem letzten Abschnitt hatte die Gesellschaft das Glück, große Persönlichkeiten mit überragender Sachkunde und Tatkraft an ihrer Spitze zu sehen. Auf Friedrich Springorum folgte sein Sohn, Dr.-Ing. Fritz Springorum, als Hüttenmann weit über sein Werk hinaus anerkannt, auf ihn Erich Tgahrt, der als Leiter bedeutender Unternehmen des Eisenhandels und der Eisenindustrie erfolgreich wirken konnte. Ihm fiel insbesondere die schwere Aufgabe zu, die Hoesch-Werke durch die Schwierigkeiten des furchtbaren Bombenkrieges hindurchzuführen. Er starb, bis zum letzten Tage für das Werk arbeitend, im Februar 1945, ohne den Frieden und die Früchte seiner Arbeit erleben zu können.

Gemeinschaftsgefühl

So stand vor dem Zusammenbruch Deutschlands die Hoesch Aktiengesellschaft als ein Großunternehmen der Montanindustrie in der deutschen Wirtschaft: bei aller Vielgestaltigkeit in sich geschlossen, durchaus übersehbar, auf gesunder Rohstoffgrundlage, weltbekannt durch die Güte seiner mit dem Hoesch-H versehenen Erzeugnisse, die in alle Zonen gingen. Es war getragen von einer in verpflichtender Tradition großgewordenen Leitung, einer *Stammebelegschaft von qualifizierten Facharbeitern*, die vielfach schon in zweiter und dritter Generation dem Werk angehörten, es besaß erfinderische Techniker, kluge und wagemutige Kaufleute, und es hatte in sich das *Gemeinschaftsgefühl* erzeugt, das notwendig ist, um ein solches Werk zusammenzuhalten. Dies letzte ist nicht zuletzt die Folge davon, daß über allen technischen und kaufmännischen Aufgaben die Frage

der Menschenführung und der sozialen Betreuung frühzeitig als vordringlich erkannt und dieser Verpflichtung entsprechend gehandelt wurde.

Im jungen Eisen- und Stahlwerk wurde bereits 1874 eine Betriebskrankenkasse ins Leben gerufen, 1892 wurde mit dem Bau von Arbeiterwohnungen begonnen und nach dem ersten Weltkrieg dem Problem der Bodenständigkeit der Belegschaft immer stärkere Beachtung geschenkt. Die Schaffung sozialer Einrichtungen, wie Werkküchen, Kindergärten, Werkbüchereien, soziale Werkstätten, die Einstellung eines Betriebsarztes, zeigen ebenso wie eine ausgedehnte Werkpflege und werkseitige Unterstützungen in Notfällen das frühzeitige Bestreben des Unternehmens, den Belegschaftsmitgliedern und ihren Angehörigen auch außerhalb der Arbeit zur Seite zu stehen. Die Errichtung einer mustergültigen großen Sportplatzanlage war darüber hinaus nicht nur für die Belegschaft selbst, sondern für den Norden der Stadt Dortmund eine Großtat. Es war für die Gesellschaft auch eine Selbstverständlichkeit, daß sie sich frühzeitig in den Kreis der Werke stellte, die ihren Werkangehörigen, die nicht mehr arbeitsfähig waren, in Anerkennung ihrer Leistungen eine Werkrente als zusätzliche Altersversorgung gewährten.

Neue Aufgaben

Wenn ich heute so die mehr als 80jährige Geschichte des Hoesch-Unternehmens vor Ihnen zeichne, dann nicht deswegen, um auf besondere Verdienste hinzuweisen. Es freut mich zwar und sicherlich uns

alle, daß wir heute einen Neuordnungsakt erleben konnten, der das gewordene Hoesch-Unternehmen fast in der gleichen Weise nochmals entstehen läßt, wie es geschichtlich gewachsen ist, aber auch das ist nicht der Grund meiner Ausführungen. Ich möchte Ihnen mit diesem Überblick die Erkenntnis vermitteln, daß im wirtschaftlichen Bereich wie überall *nur auf lange Sicht geplant und gearbeitet* werden kann. Das neue Unternehmen steht vor neuen Aufgaben und wird sich neuen, bisher nie dagewesenen Lagen gegenübersehen. Alle Menschen, die in ihm und mit ihm arbeiten, werden eines beachten müssen: daß es bei allen Entscheidungen nicht um Augenblickserfolge gehen kann, wenn ein Werk Bestand haben soll, sondern darum, welche Maßnahmen auf lange Zeit zum Besten des Unternehmens und zum Wohle der Belegschaft dienen können. Das möge Ihnen die Geschichte der Männer, die Hoesch gründeten und entwickelten und in dem Werk planten und arbeiteten, zeigen. Ich finde den Gedanken besonders schön ausgedrückt in einem Vers, mit dem ich schließen möchte:

Selten dem, der ihn pflanzt,
spendet hochragend der Wald
seinen erquickenden Schatten,
sondern erst Enkeln und Kindern.
Dankbar gedenken wir sein,
der treu ihn gepflanzt und gepflegt.
Lasset uns pflanzen und sorgen wie er
für die kommende Zeit.



Das Hüttenwerk nach dem ersten Weltkrieg

Die Entwicklung seit dem Zusammenbruch



Direktor Friedr. Wilh. Engel legte dar:

Lassen Sie mich an die Ausführungen von Herrn Hopp, des bisherigen Aufsichtsratsvorsitzers der Hoesch Aktiengesellschaft und nunmehr auch Vorsitzers des Aufsichtsrates der heute gegründeten Hoesch Werke Aktiengesellschaft, einige Sätze über die heutigen Probleme und die Lage unseres Unternehmens anschließen.

Als der zweite Weltkrieg und der Zusammenbruch über uns hinweggegangen waren, blieb Hoesch schwer angeschlagen zurück. Unser Dortmunder Hüttenwerk und die Zechen Kaiserstuhl hatten insgesamt 22 schwere Bombenangriffe über sich ergehen lassen müssen, wodurch die Kernbetriebe von Hoesch praktisch ein halbes Jahr vor Kriegsende zum Stillstand gekommen waren. *Unser Werk war eines der am schwersten getroffenen Werke des Ruhrgebietes überhaupt.* Die militärische Niederlage hatte gleichzeitig zu einem politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und moralischen Zusammenbruch geführt, wobei ich sagen möchte, daß der moralisch-kulturelle Niedergang in seiner Auswirkung sicherlich ebenso schwerwiegend war wie der wirtschaftlich-politische.

Wir standen vor der unendlich schweren Aufgabe, unser Werk wieder in Gang zu bringen, d. h. zunächst möglichst schnell mit den Wiederherstellungsarbeiten zu beginnen. Das war schon im Hinblick darauf schwierig, weil bei der völlig unzulänglichen Ernährungslage die *Arbeitsleistung unserer treuen Männer* nur verhältnismäßig gering sein konnte. Hinzu kam aber, daß das Hüttenwerk auf der Demontageliste der Alliierten stand und uns zunächst alle Wiederherstellungsarbeiten verboten waren. Wir haben uns damals so gut geholfen, wie es nach Lage der Dinge irgend ging. Wir haben unter bewußter Übernahme der Verantwortung mit Reparaturen begonnen, wir haben unsere Belegschaft zusammengehalten, auch wenn die zukünftige Beschäftigungsmöglichkeit zweifelhaft erscheinen mußte, um die Grundlagen für ein lebensfähiges Unternehmen zu schaffen. Wir haben vor allem auch versucht und bis zum gewissen Grade erreicht, die Ernährungslage unserer Belegschaft zu verbessern. Es war uns bewußt, daß wir die Aufgabe zu meistern hatten, bis zum Zeitpunkt einer Währungsvereinigung — von einer Währungsreform konnte man damals noch nicht sprechen — so leistungsfähig zu sein, daß unsere Betriebe mit den anderen Unternehmungen an der Ruhr mit Erfolg in Wettbewerb treten konnten. Nach vielen Verhandlungen und Auseinandersetzungen, in denen wir die dankenswerte Unterstützung aller Kreise, der Staats- und Kommunalverwaltungen wie der Gewerkschaften hatten und die sich bis in das Jahr 1947 hineinzoogen, konnten wir erreichen, daß das Hüttenwerk von der Demontageliste abgesetzt wurde.

Die Entflechtung

Ende 1945 begannen die Auswirkungen der alliierten Entflechtungspolitik. Am 22. Dezember 1945 wurde unser Bergbau von der eisenschaffenden Industrie und den verarbeitenden Werken getrennt und unter Einsetzung einer neuen Leitung auf eigene Füße gestellt. Am 1. Juli 1947 wurden das Werk Hagen der Harkort-Eicken Edelstahlwerke GmbH. und am 1. Oktober 1947 das Dortmunder Hüttenwerk entflochten und in selbständige Aktiengesellschaften umgegründet.

Diese Maßnahmen bedeuteten tiefe Einschnitte in das Mark unseres Unternehmens. Es mag sein, daß hierdurch Schlimmeres verhütet worden ist. Hierüber mag später einmal die Geschichte entscheiden. Bei uns trafen diese Maßnahmen jedenfalls den Lebensnerv des Hoesch-Unternehmens.

Mit etwa 9 Prozent an der deutschen Rohstahlerzeugung und etwa 4 bis 5 Prozent an der deutschen Steinkohlenförderung hat Hoesch niemals ein machto- oder marktbeherrschendes Gebilde dargestellt. Das Unternehmen war vielmehr, wie Herr Hopp ausgeführt hat, organisch gewachsen und dank der unternehmerischen Tüchtigkeit unserer Vorgänger durch die vielseitige Art seiner Erzeugung verhältnismäßig krisenfest aufgebaut. Ein Vergleich mit den Werken unserer Nachbarländer — von den USA gar nicht zu sprechen — zeigt, daß bei uns nichts Fremdes und Fremdartiges zusammengekommen ist, vielmehr nur der Verbund herbeigeführt worden ist, der bei der heute schnell fortschreitenden Technik für ein gesundes Gedeihen eines Montanunternehmens notwendig ist.

Wir bedauern daher, daß Hoesch im Zuge der Neuordnung nicht ganz in der ursprünglichen Form zusammenkommt. Dies bezieht sich insbesondere auf den ausgegliederten Teil unseres Bergbaus und unsere Beteiligung an der Orenstein-Koppel- und Lübecker Maschinenbau AG.

Die Neuordnung

Das Gesamtunternehmen Hoesch wird nach dem Neuordnungsplan der Alliierten Hohen Kommission in drei Gruppen aufgeteilt:

- I. *die Altenessener Bergwerks-Aktiengesellschaft, Essen*, mit den Zechengruppen Altenessen und Radbod, mit einem Kapital von 90 Millionen DM. Einige Sie interessierende Zahlen: Kohleförderung etwa 3,8 Millionen t jährlich, Kokserzeugung etwa 880 000 t jährlich, Umsatz etwa 180 Millionen im Jahr. Beschäftigt werden rd. 13 500 Arbeiter und Angestellte. Angeschlossen wurde dieser Gesellschaft die Kohlenhandels- und Rheinschiffahrtsgesellschaft, Georg Reitz GmbH, Essen, mit einem Kapital von 4 Millionen DM.
- II. *Die Hoesch Werke Aktiengesellschaft, Dortmund*, die als Obergesellschaft folgende Tochterunternehmen in sich zusammenschließt:
 - a) *Hoesch Bergwerks Aktiengesellschaft, Dortmund*, mit einem Kapital von 65 Mill. DM, zu 100 Prozent bei Hoesch Werke Aktiengesellschaft. Kohlenförderung etwa 2 680 000 t jährlich, Kokserzeugung etwa 560 000 t jährlich, Umsatz etwa 120 Millionen DM im Jahr. Beschäftigt werden rd. 9800 Belegschaftsmitglieder.

Tochtergesellschaft *Dortmunder Paraffinwerk GmbH.*, Dortmund, unser früheres Werk zur Herstellung von synthetischem Benzin und Paraffinen. Das Werk ist fast völlig zerstört. Es wird z. Z. nur ein Kraftwerk betrieben.

- b) *Westfalenhütte Aktiengesellschaft, Dortmund*, mit einem vorläufigen Kapital von 27 Millionen DM, zu 100 Prozent bei Hoesch Werke AG, Roheisenerzeugung rd. 950 000 t jährlich, Rohstahlerzeugung rd. 1 250 000 t jährlich, Umsatz etwa 440 000 000 DM im Jahr. Beschäftigt werden rd. 11 180 Arbeiter und Angestellte.

Zur *Westfalenhütte* gehören die Tochtergesellschaften

1. *Hohenlimburger Walzwerke Aktiengesellschaft, Hohenlimburg*, unsere frühere Abteilung Hohenlimburg, mit einem vorläufigen Kapital von 6 Millionen DM. Hauptsächliche Erzeugung: Warm- und Kaltband, Federstahl, Walzdraht, gezogener Draht, Federn, Profile. Erzeugung an Warmband etwa 260 000 t jährlich, Umsatz etwa 160 Millionen DM im Jahr. Beschäftigt werden rd. 2400 Arbeiter und Angestellte.

2. *Dörken Aktiengesellschaft, Gevelsberg (Westf.)*, mit einem vorläufigen Kapital von 700 000 DM. Hauptsächliche Produktion: Eisenbahnbeschlagteile, Rippenplatten, Winden und Hebezeuge, Umsatz etwa 7 Millionen DM im Jahr. Beschäftigt werden rd. 160 Arbeiter und Angestellte.

3. *Dortmunder Drahtseilwerke GmbH, Dortmund*, mit einem vorläufigen Kapital von 450 000 DM. Herstellung von Drahtseilen, Förderseilen und Litzen, Umsatz rund 6 250 000 DM im Jahr. Beschäftigt werden rund 140 Arbeiter und Angestellte.

- c) Weitere 100prozentige Tochtergesellschaften der Hoesch Werke AG:

1. *Schmiedag Aktiengesellschaft, Hagen (W.)*, mit einem vorläufigen Kapital von 5 Millionen DM. Gesenkschmiedeerzeugnisse aller Art, Umsatz etwa 53 Millionen DM im Jahr. Beschäftigt werden rd. 1800 Arbeiter und Angestellte.

2. *Trierer Walzwerk Aktiengesellschaft, Wuppertal-Langerfeld*, mit einem vorläufigen Kapital von 1 800 000 DM. Fertigung von kaltgewalztem Bandeisen, Ober-



Lageplan der Unternehmen

flächenveredelung aller Art, Umsatz etwa 31 Millionen DM im Jahr. Beschäftigt werden rd. 690 Arbeiter und Angestellte.

3. *Maschinenfabrik Deutschland GmbH, Dortmund*, mit einem vorläufigen Kapital von 1 500 000 DM. Fertigung von Schwermaschinen und Werkzeugmaschinen aller Art, Weichen und sonstiges Eisenbahnmaterial, Umsatz etwa 18 600 000 DM im Jahr. Beschäftigt werden rd. 1025 Arbeiter und Angestellte.

4. *Hiltruper Röhrenwerk GmbH, Hiltrup (Westf.)*, mit einem vorläufigen Kapital von 1 Million DM. Erzeugung von Röhren und Rohrkonstruktionen, Umsatz etwa 14 500 000 DM im Jahr. Beschäftigt werden rd. 275 Arbeiter und Angestellte.

Zu der neuen Hoesch-Gruppe werden in einer abschließenden Phase der Neuordnung noch folgende weitere Unternehmungen hinzukommen:

Becke-Prinz GmbH in Dortmund und Hemer, unsere Handelsgesellschaften: Hoesch Eisenhandel mbH, Dortmund, und Hoesch Export GmbH, Dortmund, die Beteiligungen an der Firma *Döhner AG, Letmathe*, den *Rheinisch-Westfälischen Kalkwerken*, den *Dolomitwerken* und der *Westfälischen Transport AG*.

Die Hoesch Werke Aktiengesellschaft ist heute vorläufig mit einem Kapital von 100 Millionen DM ausgestattet worden. Sobald die genaue Bewertung des Anlagevermögens bei der Westfalenhütte und den angeschlossenen Verarbeitungsbetrieben abgeschlossen ist, wird das Kapital endgültig festgesetzt und eine erhebliche Kapitalerhöhung durchgeführt werden.

Der Gesamtumsatz des neuen Unternehmens beträgt z. Z. auf das Jahr genommen etwa 975 Millionen DM. Schlägt man den Umsatz der nunmehr verselbständigten Altenessener Bergwerks AG und Orenstein-Koppel dazu, so ergibt sich ein Gesamtumsatz von etwa 1 1/4 Milliarden DM. Die Zahl der Beschäftigten beträgt rd. 42 000.

III. Es bleibt das Restvermögen der Hoesch Aktiengesellschaft, das nicht in die Neuordnung einbezogen und voraussichtlich in einer Auffanggesellschaft mit der Firma:

Industrieverwaltungs Aktiengesellschaft

zusammengefaßt wird. Hierzu gehört insbesondere die schon genannte Beteiligung an der bedeutenden *Maschinenfabrik Orenstein-Koppel und Lübecker Maschinenbau AG*, die sich insbesondere mit der Herstellung von Baggern, Schleppern, Waggons und dem Schiffbau befaßt und ein Kapital von 10 400 000 DM besitzt.

Ferner gehören hierzu die Beteiligungen an unserer im Saargebiet gelegenen Gesenkschmiede *Schwinn Aktiengesellschaft*, Homburg, mit einem Kapital von 60 Millionen Mfrs, der Schrott- und Metallhandelsfirma: *Eisen und Metall Aktiengesellschaft*, Gelsenkirchen, mit einem Kapital von 4 200 000 DM, der Ofen- und Herdfabrik: *F. Küppersbusch & Söhne Aktiengesellschaft*, Gelsenkirchen, mit einem Kapital von 4 800 000 DM, und einiger Fabriken feuerfester Steine und Tonwerke.

Nach der Aufzählung dieser Zahlen möchte ich kurz auf die heutige Lage und die Zukunftsaussichten eingehen.

Ertragslage und Zukunftsaussichten

Die *Ertragslage* ist z. Z. insgesamt befriedigend, wobei ich aber ausdrücklich darauf verweisen muß, daß sowohl der Bergbau als auch die eisenschaffende Industrie hart am Rande eines Ausgleichs der Selbstkosten durch die Erlöse stehen. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß wir auch heute noch in Deutschland im Durchschnitt mit unseren Eisen- und Kohlepreisen unter den Preisen unserer Nachbarländer liegen.

Unsere eisenschaffende Industrie konnte sich an der Ausnutzung des Exportmarktes, wie er sich nach der Korea-Krise gestaltete, im Interesse der Versorgung der verarbeitenden Industrie nur in geringem Umfang beteiligen. Es war daher nur beschränkt möglich, aus Gewinnen die Voraussetzungen für eine günstige weitere Entwicklung, insbesondere für den notwendigen weiteren Ausbau, auf den ich noch besonders zurückkomme, zu schaffen.

Das Investitionshilfegesetz sieht im § 36 erhebliche einmalige Abschreibungen vor. Zur möglichst weitgehenden Sicherstellung des dringend notwendigen Ausbaus unserer Betriebe werden wir gezwungen sein, in den nächsten Jahren von diesen Abschreibungen Gebrauch zu machen, soweit unsere Ergebnisse hierzu ausreichen.

Ich komme nun zu den *Aussichten für die Zukunft*. Über die Umstellung der alten Hoesch-Aktien kann noch nichts Endgültiges gesagt werden. Ich würde gern das Umstellungsverhältnis nennen, kann aber z. Z. noch keine Erklärung abgeben, da die endgültigen Entscheidungen über die Bewertung und die Höhe des Kapitals unserer Gesellschaften, die bisher nur mit vorläufigem Kapital gegründet worden sind, durch die Bewertungs- und Bilanzausschüsse der Stahltruhändlervereinigung und der Combined Steel Group getroffen werden. Daher kann ich heute nur sagen, daß nach unserer Überzeugung das Umstellungsverhältnis besser als 1:2 sein wird.

Die wichtigste Frage, die sich heute schon dem neuen Unternehmen stellt, ist die Frage der *Investierungen*. Die deutsche eisenschaffende Industrie steht z. Z. in einem ernsthaften Wettbewerb mit unseren europäischen Nachbarländern, also Frankreich, Belgien, Luxemburg und England, und bedingt Österreich. Es wird aller Anstrengungen bedürfen, um die Konkurrenzfähigkeit unserer Werke in der Zukunft zu erhalten. Während sich unsere Nachbarländer mit Marshallplan-Geldern technisch sehr gut ausstatten konnten und außerdem die Möglichkeit hatten, am Ausfuhrgeschäft zu bisher guten Preisen in viel stärkerem Umfang teilzunehmen als wir, war der deutsche Kohlenbergbau und die eisenschaffende Industrie in der Hauptsache auf die Eigenfinanzierung angewiesen, eine Möglichkeit, die bei den gegebenen Erlösen nur gering war. Die Folge davon ist, daß wir heute einer Konkurrenz gegenüberstehen, die sich technisch sehr gut instand gesetzt hat. Hieraus ergibt sich für uns die zwingende Notwendigkeit, unsere finanzielle Leistungsfähigkeit bis zur äußersten Grenze anzuspannen, um unsere Betriebe technisch zu vervollkommen. Wir müssen preislich und qualitativ wettbewerbsfähig werden. Die Investitionen liegen daher weniger in unserem eigenen Entschluß, sondern ergeben sich zwangsläufig.

Investierungen

Z. Z. sind nachstehende Investitionen in den hierfür zuständigen Gremien genehmigt:

Hoesch Bergwerke AG (Kaiserstuhl I/II,

Fürst Leopold)

52 Mill. DM

Westfalenhütte AG

58 Mill. DM

angeschlossene Gesellschaften etwa

10 Mill. DM

Weitere Projekte stehen an, die sofort nach Gründung der neuen Gesellschaft im einzelnen behandelt werden.

Nach meiner Auffassung müssen in Westdeutschland bei der eisenschaffenden

Industrie	2,5—3 Milliarden DM
und beim Bergbau	3—4 Milliarden DM

unter allen Umständen investiert werden.

Bei dem heutigen sehr schwierigen und knappen Kapitalmarkt sind wir, wie ich schon sagte, z. Z. vornehmlich auf die Eigenfinanzierung angewiesen. In welchem Umfange uns die Investitionshilfe Mittel zuführt, ist z. Z. noch nicht zu übersehen. Die wirksamste Möglichkeit bleibt jedenfalls im Augenblick noch die bereits genannte Investitionserleichterung nach § 36 des Investitionshilfegesetzes. Wirtschaftsminister Erhard hat in seinen letzten Aussprachen mit uns wiederholt angekündigt, gemeinsam mit der Bundesregierung weitere Investitionsmöglichkeiten für die Grundstoffindustrien zu schaffen. Hoffen wir, daß diese Überlegungen recht bald zu einem positiven Ergebnis kommen.

Um zu einer gesunden Finanzierung der Unternehmungen der Grundstoffindustrien zu kommen, wird es notwendig sein, durch *Ausgabe neuer Aktien*, d. h. durch Kapitalerhöhung, den Unternehmungen neue Mittel zu beschaffen. Hierbei sind wir uns klar darüber, daß der an sich schon knappe Kapitalmarkt auch für Effekten nur dann belebt werden kann, wenn wir unseren Aktionären wieder eine *annehmbare Verzinsung* zur Verfügung stellen können. Diese Verzinsung dürfte sich bei den heutigen Steuern in der Grundstoffindustrie nur dann ermöglichen lassen, wenn mit dem Finanzministerium eine Verständigung darüber möglich wäre, die Doppelbesteuerung der Ausschüttungen bis zu einem

gewissen Prozentsatz, der der Verzinsung festverzinslicher Werte entsprechen müßte, aufzuheben. Überlegungen in dieser Richtung schweben auch schon beim Finanzministerium. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß die Dividende angemessen sein muß. Denken wir daran, daß die Schatzanweisungen des Freistaates Bayern mit 8 Prozent verzinst werden bei 98prozentiger Ausgabe.

Jede andere Kapitalerschließung, vor allem natürlich Kredite, können die Unternehmungen der Grundstoffindustrien je nach Entwicklung der Marktlage in ernsthafte Schwierigkeiten bringen, ganz abgesehen davon, daß Kredite auf dem deutschen Kapitalmarkt infolge der knappen Kapitaldecke nur äußerst spärlich fließen werden.

Marktlage

Der Kohlenbergbau und die eisenschaffende Industrie sind mit der z. Z. gegebenen Leistungsfähigkeit voll ausgelastet. Es ist aber zu berücksichtigen, daß beim Exportgeschäft die Preise stark zurückgegangen sind und auch z. Z. noch äußerst labil sind. Dies ist um so bemerkenswerter, als der heute schon etwa 50 Tage andauernde amerikanische Stahlarbeiterstreik einen Ausfall von etwa 12 bis 14 Millionen Tonnen Rohstahl brachte.

Die Nachfrage im Inland ist z. Z. wohl auch bei den meisten unserer Gesellschaften nach wie vor sehr rege. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß Hoesch auch in seinen Verarbeitungsbetrieben nur Zwischenerzeugnisse und keine Fertigwaren herstellt. Die *Endverarbeitung* ist infolge der geringen Kaufkraft im Bundesgebiet sehr unterschiedlich beschäftigt. Es gibt heute bereits zahlreiche Industriezweige, die ihre Arbeitszeit eingeschränkt haben.

DIE BELEGSCHAFT HÜTTENBETRIEB BERGBAU WEITERVERARBEITUNG



11180

9800

7200

JAHRESUMSÄTZE (IN MILLIONEN DM)

Hoesch Bergwerks AG.	120
Westfalenhütte	440
Hohenlimburger Walzwerk	160
Dörken AG.	7
Dortmunder Drahtseilwerke	6,25
Schmiedag	53
Trierer Walzwerk	31
Maschinen-Fabrik Deutschland	18,6
Hiltruper Röhrenwerk	14,5

Ich verwies bereits darauf, daß unsere Nachbarländer ihre Leistungsfähigkeit stark ausgebaut haben. So verfügt z. B. Frankreich einschließlich Saar z. Z. über eine Rohstahlerzeugung von 14,6 Millionen Tonnen, die bis 1955 auf 19 Millionen Tonnen gesteigert werden soll. Die eigene Verarbeitung in Frankreich kann nur etwa 7 Millionen Tonnen aufnehmen. Der Überschuß geht z. Z. in die Ausfuhr. Bei einem weiteren Nachgeben des Ausfuhrmarktes wird auch Frankreich, vor allem aber die Saar, andere Märkte suchen und wird sich — das ist auch schon eine selbstverständliche Folge des Schumanplanes — auf dem deutschen Markt betätigen.

Das Bundesgebiet verfügt nur über eine Steckelstraße bei der Westfalenhütte.

Die englische Eisen- und Stahlindustrie ist dabei, die Rohstahlerzeugung von 16 Millionen Tonnen auf 20 Millionen Tonnen zu erhöhen.

Die Vereinigten Staaten haben ihre Rohstahlerzeugung auf 115—120 Millionen Tonnen gesteigert, eine Erzeugung, die auch eines Tages Absatz sucht, und zwar teilweise auf dem europäischen Markt.

Schumanplan

Wir begrüßen den Schumanplan in seiner gesamt-europäischen Konzeption — aber nur dann, wenn er von Anfang an europäisch aufgezogen wird und nicht egoistisch nach Länderinteressen. Er sollte eine Annäherung der Völker aneinander und ein großes kulturelles, wirtschaftliches und politisches Gemeinschaftsgefühl, eine echte Integration, schaffen. Die Möglichkeiten hierzu sind durchaus gegeben, es kommt auch hier wieder einmal auf die Menschen an, die die Praxis zu gestalten haben, und auf den guten Willen aller Beteiligten. In unserem Gebiet muß es z. B. nach meiner Ansicht möglich sein, den *Lebensstandard so weit zu heben*, daß der Eisenverbrauch der Länder erheblich ansteigt. Hierin sehe

ich die Möglichkeit, auch in normalen Zeiten die anfallende Erzeugung abzusetzen. Wenn der Schumanplan in diesem Geiste und mit solcher Toleranz angewandt wird, wird sich die Zusammenfassung der westeuropäischen Montanindustrie durchaus segensreich auswirken können.

Zusammenfassende Betrachtung

Auch Deutschland kann — selbst nüchtern betrachtet — mit einem *gesunden Optimismus* der weiteren Entwicklung entgegensehen.

Was zunächst die Kohle betrifft, so ist sie an der Ruhr einmalig konzentriert. Wir haben ein vielseitiges Sortenvorkommen in fruchtlich sehr günstiger Lage. Hinzu kommen die großen Möglichkeiten, die sich bereits heute bei der bestehenden und noch weiter zu erschließenden Verbundwirtschaft Eisen/Gas/Strom und Chemie abzeichnen.

Was die eischaffende Industrie betrifft, so wird es nach meiner Auffassung gerade im Zuge des Schumanplanes möglich sein, gegenseitige enge Verbindungen über Kohle und Eisenerz herbeizuführen, die insbesondere Frankreich und auch Deutschland manche fühlbare Erleichterung bringen müßten.

Die Verarbeitung in Deutschland ist verhältnismäßig vielseitig und stark. Aber auch hier ist noch manches nachzuholen und zu verbessern. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Kohlenbergbau, eischaffender und eisenverarbeitender Industrie wird immer eine dringende Notwendigkeit sein.

Und endlich verfügt Deutschland über sehr tüchtige, fleißige, intelligente und grundständige Menschen. Dies gilt für unsere Arbeiter, Techniker und Kaufleute. Leider bestand bisher nur bedingt die Möglichkeit, die durch den Krieg in unseren Nachwuchs geschlagenen Lücken aufzufüllen. Es muß hier noch sehr viel nachgeholt werden, um langsam

die technische und kaufmännische Erfahrung wieder wachsen zu lassen. Hierzu brauchen wir auch die deutsche wissenschaftliche Forschungsarbeit.

Mitbestimmung

Meine Herren, das Erzeugungsprogramm der Firma Hoesch setzt sich zusammen aus Kohleerzeugung, Eisenerzeugung und Eisenverarbeitung. Das Mitbestimmungsrecht ist wirksam beim Bergbau und der eisenschaffenden Industrie. Für die Holding hat sich die Unternehmenseite von Hoesch mit den Gewerkschaften freiwillig über eine Mitbestimmung verständigt. Was die Verarbeitungsbetriebe der neuen Gesellschaft betrifft, so ist eine Mitbestimmung entsprechend dem bisherigen Gesetz nicht vorgesehen. Es sind jedoch Sondervereinbarungen mit der Gewerkschaftsseite getroffen worden, die denen von Klöckner und Mannesmann entsprechen.

Meine Herren, wir wollen mit Mut, Zähigkeit, Fleiß, Beharrlichkeit, Gründlichkeit und Sachkenntnis an

unsere neue Arbeit gehen. Wir wollen mit kühlem Kopf und starker Hand und immer warmem Herzen die vor uns liegenden Aufgaben lösen. Wir wollen mit kühnem und wagemutigem Unternehmerteil, aber auch mit kühler Besonnenheit an unsere schwere und verantwortungsvolle Arbeit gehen. Möge Gottes Hand bei den vor uns liegenden großen, aber auch schönen Aufgaben zum Wohle unserer Belegschaft, unserer Familien, der Inhaber unserer Unternehmungen, d. h. unserer Aktionäre, und somit der deutschen Kohle- und Eisenwirtschaft, auf unseren Unternehmungen ruhen, damit wir unseren Teil zum Wohle der europäischen Völker beitragen können!

Möge uns das Schicksal den Frieden bewahren, damit wir zum Wohle aller in aufbauender Arbeit wirken können!

Ich darf abschließend der neuen Gesellschaft und allen, die darin tätig sind, ein herzliches Glückauf zurufen.

Die Aufsichtsräte und Vorstände der Gesellschaften



Obergesellschaft: Hoesch Werke AG

Aufsichtsrat: Hopp (Aufsichtsratsvorsitzer); Anteilseignerseite: Bechtolf, Brüninghaus, Foller, Hock, Springorum, Wehrhahn; Arbeitnehmerseite: Hansmann (stellvertr. Aufsichtsratsvorsitzer), Bergmann (Schmiedag), Herdickerhoff (Kaiserstuhl), Hoffmann (IG Bergbau), Monin (Westfalenhütte), vom Hoff (DGB), Volkmann (IG Metall); „15. Mann“: Landeshauptmann Dr. Salzmann.

Vorstand: Engel (kaufm. Direktor), Hansen (Bergb.-Direktor), Dr. Koch (Arbeitsdirektor), Ochel (techn. Direktor).

Betriebsräte-Gemeinschaftsausschuß: geschäftsführend sind Schwentke (Westfalenhütte AG Dortmund); Kampmann (Zeche Kaiserstuhl I in Dortmund); Turck (Schmiedag AG Hagen). Der Gemeinschaftsausschuß wird an anderer Stelle behandelt.



Hoesch Bergwerks AG

Aufsichtsrat: Hansen (Aufsichtsratsvorsitzer); Anteilseignerseite: Bomke, Engel, Dr. Harr, Dr. Schulte; Arbeitnehmerseite: Esser (DGB), Hansmann (stellv. Aufsichtsratsvorsitzer), Herdickerhoff, Hoffmann (IG Bergbau), Marbach; „11. Mann“: Landeshauptmann Dr. Salzmann.



Westfalenhütte AG

Aufsichtsrat: Dr. Koch (Aufsichtsratsvorsitzer); Anteilseignerseite: Brüninghaus, Engel (stellv. Aufsichtsratsvorsitzer), Ochel, Reimann, Wimmer; Arbeitnehmerseite: Hansmann, Dr. Haurand, Hutfilker, Schwentke.

Vorstand: Berndsen (Arbeitsdirektor), Gubitz (kaufm. Direktor), Dr. Harr (techn. Direktor), Dr. Schulte (kaufm. Direktor).

Betriebsvertretung: Schwentke (1. Vorsitzender); Hutfilker (2. Vorsitzender).



Walzwerk Hohenlimburg AG (Tochtergesellschaft der Westfalenhütte)

Aufsichtsrat: Engel (Aufsichtsratsvorsitzer); Anteilseignerseite: Dr. Harr, Jucho, Ochel, Reimann, Dr. Schulte; Arbeitnehmerseite: Berndsen, Finkensiep, Huf, Dr. Koch (stellv. Aufsichtsratsvorsitzer), Müller.

Vorstand: Dr. Mehls und Stockbauer (kaufm. Direktoren), Dr. Wimmer (techn. Direktor).

Betriebsvertretung: Huf (1. Vorsitzender), Finkensiep (2. Vorsitzender).



Dörken AG Gevelsberg (Tochtergesellschaft der Westfalenhütte)

Aufsichtsrat: Dr. Harr (Aufsichtsratsvorsitzer); Anteilseignerseite: Engel, Ochel, Dr. Schulte; Arbeitnehmerseite: Berndsen (stellv. Aufsichtsratsvorsitzer), Timmerbeul, Weiß.

Vorstand: Ladisch (techn. Direktor), Wendt (kaufm. Direktor).

Betriebsvertretung: Backhaus (Vorsitzender).



Dortmunder Drahtseilwerke GmbH (Tochtergesellschaft der Westfalenhütte)

Aufsichtsrat: Dr. Koch (Aufsichtsratsvorsitzer); Anteilseignerseite: Engel (stellv. Aufsichtsratsvorsitzer), Gubitz, Ochel, Dr. Schulte, Dr. Schweitzer; Arbeitnehmerseite: Berndsen, Höhne, Marx.

Vorstand: Assion (kaufm. Direktor)

Betriebsvertretung: Marx (Vorsitzender).



Schmiedag AG Hagen

Aufsichtsrat: Engel (Aufsichtsratsvorsitzer); Anteilseignerseite: Gubitz, Ochel, Dr. Schulte, Dr. Schweitzer; Arbeitnehmerseite: Berndsen, Grune, Dr. Koch (stellv. Aufsichtsratsvorsitzer), Turck.

Vorstand: Pletzer (techn. Direktor), Wolff (kaufm. Direktor).

Betriebsvertretung: Turck (Vorsitzender).



Maschinenfabrik Deutschland GmbH

Aufsichtsrat: Ochel (Aufsichtsratsvorsitzer); Anteilseignerseite: Brüninghaus, Engel, Dr. Schulte; Arbeitnehmerseite: Berndsen (stellv. Aufsichtsratsvorsitzer), Jäger, Timmermann.

Geschäftsführung: Schneider (kaufm. Direktor), Dr. Tobolla (techn. Direktor).
Betriebsvertretung: Jäger (Vorsitzender).



Trierer Walzwerk AG

Aufsichtsrat: Engel (Aufsichtsratsvorsitzer); Anteilseignerseite: Ochel, Rath, Dr. Schulte, Dr. Wimmer;

Arbeitnehmerseite: Assion, Berndsen, Entsch, Dr. Koch (stellv. Aufsichtsratsvorsitzer).

Vorstand: Reimann (techn. Direktor), der kaufm. Direktor ist noch nicht ernannt.

Betriebsvertretung: Ensich (Vorsitzer), Werk Trier, Hammerschmidt (Vorsitzer), Werk Langerfeld.



Hiltruper Röhrenwerk GmbH

Aufsichtsrat: Engel (Aufsichtsratsvorsitzer); Anteilseignerseite: Dr. Bitter, Ochel, Dr. Schulte, Stockbauer, Arbeitnehmerseite: Bennemann, Berndsen, Heitkötter, Dr. Koch (stellv. Aufsichtsratsvorsitzer).

Vorstand: Stein (kaufm. Direktor).

Betriebsvertretung: Heitkötter (Vorsitzender).

Vorstand der Hoesch Werke AG:

Friedrich-Wilhelm Engel

(Bild Seite 6)

Ich wurde am 25. Juli 1903 in Elberfeld geboren. Nach Besuch des Realgymnasiums meiner Heimatstadt trat ich bei der Firma Christian Ziegler-Gustav Klein GmbH., Remscheid, in die Lehre, war anschließend bei der Firma Georg von Cölln-Strässer GmbH., Abteilung Hagen, beim Roheisenverband, Essen, Abteilung Inland und Ausland und beim Neunkirchner Eisenwerk in Neunkirchen an der Saar als stellvertretender Abteilungsleiter tätig und trat am 1. April 1929 als Handlungsbevollmächtigter und stellvertretender Abteilungsleiter bei der Firma Krupp Eisenhandel GmbH., Duisburg und Hagen, ein. Noch einmal führte mich mein Weg wieder zum Neunkirchner Eisenwerk, in dem ich 1932 Verkaufschef wurde und 1934 Prokura erhielt.

Am 1. Oktober 1938 trat ich als Direktor und Verkaufschef bei der Hoesch AG in Dortmund ein und übernahm am 1. Januar 1946 als stellvertretendes und ab 12. 8. 1946 als ordentliches Vorstandsmitglied die Gesamtleitung der Hoesch AG. Meine Arbeit galt also in erster Linie nach dem Zusammenbruch am Kriegsende der Behebung der ungeheueren Zerstörungen und Bombenschäden, die die Hoesch AG in den Kriegsjahren erlitten hatte, und dem Wiederaufbau der gesamten technischen und kaufmännischen Abteilungen des Unternehmens.

Hellmut Hansen



Am 23. Februar 1896 bin ich in Eisenach als Sohn eines Juristen geboren. Ich begann Ostern 1914 nach Beendigung der Schulzeit mit der praktischen Arbeit als Bergbaubeflissener. Nach über vierjähriger Unterbrechung durch Kriegsdienst und Abschluß der praktischen bergmännischen Ausbildung folgte eine Studienzeit auf der Universität Göttingen und

der Bergakademie Clausthal. 1921 Ablegung der Bergreferendar-Prüfung und 1923 Abschluß der Ausbildung durch Bestehen des Bergassessor-Examins.

Nach kurzer Tätigkeit in Braunkohlen-Gruben und Glashütten und einer zehnjährigen Beschäftigung bei der Steinkohlenbergwerk Friedrich Heinrich Aktiengesellschaft in Lintfort, Kreis Moers, übernahm ich 1935 die Leitung des Steinkohlenbergwerks Heinitz im Saargebiet, dem zunächst zwei, später drei Gruben angehörten.

Von 1946 bis 1952 war ich als technischer Leiter der Hoesch Bergbauverwaltung tätig, die die Altenessener und Kaiserstuhl-Zechen sowie die Gruben Radbod und Fürst-Leopold umfaßte.

Dr. Harald Koch

(Bild Seite 13)

geboren am 4. März 1907 in Rüstringen-Wilhelmshaven. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Wilhelmshaven Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg, Göttingen und Berlin mit anschließender Referendarzeit in der oldenburgischen Heimat. Nach dem Assessorexamen aus politischen Gründen Aufgabe der Tätigkeit im Verwaltungsdienst und Beschäftigung am Steuerinstitut der Handelshochschule in Leipzig (1936 Ablegung einer Prüfung als Diplom-Steuer-Sachverständiger) und bis 1940 in verschiedenen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und bei Professor Großmann am Steuerinstitut der Handelshochschule in Leipzig. 1940 bis 1945 Prokurist der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte in Sulzbach-Rosenberg/Oberpfalz. Oktober 1945 bis April 1946 Ministerialdirektor für Finanzen in Oldenburg. April 1946 bis Dezember 1946 Minister für Finanzen und Wirtschaft in Oldenburg bis zur Bildung des Landes Niedersachsen. Dezember 1946 Mitglied des Niedersächsischen Landtags und Vorsitzender des Verfassungspolitischen Ausschusses dieses Landtages. Januar 1947 bis Oktober 1949 Hessischer Minister für Wirtschaft und Verkehr. Seit August 1949 Mitglied des Deutschen Bundestages als Abgeordneter des Wahlkreises Offenbach am Main. 1949 bis 1951 Vorsitzender des Vorstandes des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften in Hamburg (Tätigkeit aufgegeben wegen der starken politischen Inanspruchnahme). Seitdem Rechtsanwalt in Köln.

Willy Ochel

Am 27. Januar 1903 in Wiedenest, Kreis Gummersbach, geboren, besuchte ich nach der Volksschule die Mittel- und Oberrealschule in Gummersbach bis zur Reifeprüfung 1922. Nach einjähriger praktischer Tätigkeit studierte ich an der Technischen Hochschule Hannover Maschinenbau und bestand 1927 das Diplom-Examen. Meine erste Tätigkeit war bei den Flothmann-Werken in Herne als Konstrukteur und Versuchsingenieur. Es folgte

von 1929 bis 1936 die für die Entwicklung schönste Zeit bei der Borsig GmbH, der späteren Borsig AG, wo ich zunächst als Gruppenführer, dann als Obergeringenieur im Kompressorenbau tätig war. Durch die Vielseitigkeit von Borsig war es möglich, umfassende Erfahrungen auf dem Gebiet des Maschinenbaues zu sammeln. Im Jahre 1936



nahm ich die Stelle eines technischen Direktors und Vorstandsmitgliedes bei der Maschinenfabrik Ehrhardt & Sehmer in Saarbrücken an, deren Hauptgebiete auf dem Großgasmaschinen-, Kompressoren-, Walzwerk- und Adjustagemaschinenbau lagen. Meine Tätigkeit bei Orenstein & Koppel begann am 1. Juli 1941. Hier waren die Hauptsparten Lokomotiv-, Waggon- und Motorenbau. Diese Zeit war trotz des Krieges außerordentlich fruchtbringend. Nach dem

Zusammenbruch blieb ich noch vier Jahre bei der Lokomotivfabrik von Orenstein & Koppel in Babelsberg in der russischen Zone. Im Frühjahr 1949 war ein Bleiben in der russischen Zone nicht mehr möglich, und ich widmete mich der weiteren technischen Entwicklung und dem Wiederaufbau der westlichen Werke, die Orenstein & Koppel geblieben waren, einschließlich der Waggonfabrik Spandau. Diese Tätigkeit habe ich bis zur Berufung in die Holding der Hoesch-Werke AG ausgeübt.

Betriebsräte-Gemeinschaftsausschuß



Heinrich Kampmann

Die Betriebsräte der der Hoesch Werke AG angeschlossenen Betriebe haben einen Gemeinschaftsausschuß gebildet. Dieser Ausschuß setzt sich zusammen aus je drei gleichberechtigten Vertretern der eisen-schaffenden Betriebe, der Bergwerksbetriebe und der weiterverarbeitenden Betriebe der Hoesch Werke AG. Er wählt aus seiner Mitte einen

geschäftsführenden Ausschuß, der aus Gustav Schwentke als Vertreter der eisen-schaffenden Betriebe, Heinrich Kampmann als Vertreter der Bergwerksbetriebe und Helmut Turck als Vertreter der weiterverarbeitenden Betriebe besteht. Beauftragter des geschäftsführenden Gemeinschaftsausschusses ist der Betriebsratvorsitzende der Westfalenhütte AG, G. Schwentke.



Helmut Turck

Dr. Harald Koch:

Mitbestimmung - gestern - heute - morgen



Die folgenden Ausführungen des Vorstandsmitgliedes der Hoesch Werke Aktiengesellschaft, Dr. Harald Koch, der u. a. die Aufgaben eines Arbeitsdirektors in der Holding wahrnehmen wird, sind ein Auszug aus einer Rede, mit der er sich den Vertrauensmännern der Westfalenhütte am 13. 8. 1952 vorstellte.

schrieben, die die Weimarer Nationalversammlung unter den schwierigsten Verhältnissen — unter dem Druck der Not und des Hungers und des Aufruhrs von innen und unter dem Druck der ehemaligen Feinde von außen — in wenigen Monaten des Jahres 1919 verabschiedet hatte.

Warum erinnere ich daran — in dieser Stunde, in der ich die Freude habe, das erste Mal an einer Versammlung der Vertrauensleute der Westfalenhütte teilzunehmen?

Weil wir alle, jeder einzelne von uns, die wir die Verantwortung mit dafür tragen, daß eine neue deutsche Demokratie — im Staate verwirklicht, in der Wirtschaft noch zu verwirklichen — nicht noch einmal ungestraft ein Opfer ihrer Gegner wird, weil wir alle — ich wiederhole: jeder einzelne von uns — aus den Fehlern lernen sollen und wollen, die zu dem traurigen und unrühmlichen Ende der Weimarer Republik führten.

Standen an der Wiege der Weimarer Republik nicht auch die Hoffnungen und Versprechungen auf einen sozialen Volksstaat und auf eine Demokratie, nicht nur im Staate, sondern auch in der Wirtschaft?

Wir erinnern uns, wie dann in den ersten Jahren des dritten Jahrzehnts die Geldentwertung kam und mit ihr das unerhörte Elend von Millionen Menschen, der unglückselige Vertrag von Versailles mit der

Unbemerkt und unbeachtet — wie in den Tagen der Weimarer Republik — ist vorgestern der 11. August an uns vorübergegangen. Wer von uns hat an diesem Tage daran gedacht, daß der 11. August der Verfassungstag und damit der wichtigste Gedenktag der ersten deutschen Republik war? Am 11. August 1919 hatte in Schwarzburg in Thüringen ein damals schon kranker Mann, der sich trotz dieser Krankheit in hohem Pflichtbewußtsein der ersten deutschen Demokratie als Reichspräsident zur Verfügung gestellt hatte, Friedrich Ebert, die Verfassung unter-

Losreißung deutschen Gebietes und mit seinen sinnlosen Tributpflichten, die Scheinblüte, die die sozialen Gegensätze verschärfte, und in ihrem Gefolge und im Gefolge einer weltweiten Wirtschaftskrise die Geißel der Arbeitslosigkeit, die Millionen verzweifelter Menschen dem Radikalismus in die Arme trieb.

Wir erinnern uns weiter, daß in dieser Weimarer Republik die Forderung auf die Demokratie auch in der Wirtschaft unerfüllt blieb. Wir wissen — und die Erfahrungen aus der Zeit und dem Ende der Weimarer Republik haben es uns gelehrt —, daß die politische Befreiung des Staatsbürgers ergänzt werden muß durch die wirtschaftliche Befreiung des Wirtschaftsbürgers und daß nur sie beide — politische und wirtschaftliche Emanzipation — die menschliche Emanzipation ausmachen. Und das war das große Versäumnis der Weimarer Republik: Sie brachte zwar die politische Emanzipation in einer solchen Vollständigkeit, daß jeder Frechling sich erlauben konnte, ungestraft die Demokratie und deren Führer zu beleidigen; aber daneben blieb die wirtschaftliche Emanzipation ein unerfüllter, vielleicht sogar vergessener Wunsch.

Lassen Sie uns aber nicht vergessen: Als in der Weimarer Republik die organisierten Arbeiter und Angestellten — das demokratische Bürgertum kam für diesen Kampf nicht in Frage — auf den Kampf um ihre Rechte innerhalb der Wirtschaft verzichteten, da war das Schicksal auch der politischen Demokratie entschieden.

Sorgenvoll wird mancher fragen: Hat denn die Entwicklung seit 1945 — zuerst in den vier Zonen, dann im Vereinigten Wirtschaftsgebiet und jetzt in der Bundesrepublik — nicht eine schlimme Ähnlichkeit mit den Geschehnissen, die zum Ende der ersten deutschen Republik führten? Die geschichtlichen Parallelen liegen greifbar nahe:

Die erste deutsche Republik war hervorgegangen aus dem Konkurs des Kaiserreiches, die zweite deutsche Republik aus dem betrügerischen Bankrott des Nazi-Regimes. Nach beiden geschichtlichen Ereignissen, mit denen wir uns abzufinden haben, lag die Konkursverwaltung zunächst bei den Alliierten, den ehemaligen Feinden. Nach beiden Kriegen war die Kohle das beliebteste Reparationsobjekt; nur diesmal kamen, dem Wahnsinn und der Sinnlosigkeit und der Härte des zweiten Weltkrieges entsprechend, ebenso sinnlose wie törichte Demontagen und Erzeugungsverbote hinzu. Erreichte seinerzeit die Politik der Fehler ihren Höhepunkt in Versailles, so diesmal in Potsdam. Wie man damals das Ruhrgebiet vom Reich trennte, so trennt man heute den deutschen Osten und Mitteldeutschland von der Bundesrepublik.

Doch das sind nur die außenpolitischen Parallelen; auf innerpolitischem Gebiet sind es vielleicht noch schlimmere, da Schicksal sich in Schuld verwandelt, wenn ein Volk aus seiner eigenen Geschichte nicht lernen will. Damals wie heute hielten sich die Gegner der Demokratie jahrelang verborgen, damals wie heute nahmen sie ihren Kampf gegen die Demokratie und den sozialen Fortschritt erst auf, als es für sie ungefährlich wurde. Wir haben schon allen Anlaß,

uns daran zu erinnern, daß es nach 1945 in Deutschland nur Sozialisten gab: solche aus sittlicher, solche aus politischer, solche aus sozialer und schließlich solche aus christlicher Verantwortung. Heute wie damals brauchten aber nur wenige Jahre zu vergehen, um diesen Zustand gründlich zu ändern. Damals hatten wir die Nationalsozialisten, heute haben wir die Rechtsradikalen, deren Führer sich öffentlich rühmen dürfen, der gleichen Blutgruppe zu sein wie die Nationalsozialisten.

Je größer die Gefahren sind, um so größer ist auch die Verantwortung. Wenn schon allzu viele nichts hinzulernen wollen oder nur widerwillig allzuwenig, so ist das für uns kein Grund und keine Entschuldigung, nicht auch hinzulernen und aus früheren Fehlern die geschichtlich allein vertretbaren Folgerungen zu ziehen. Uns also lehren die geschichtlichen Erinnerungen: Das Recht auf Mitbestimmung in allen Zweigen und Unternehmen der Wirtschaft ist nicht nur eine wirtschaftliche und soziale, sondern auch eine unabdingbare politische und demokratische Forderung. Das meinte Hans Böckler, als er auf dem Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Oktober 1949 in München erklärte:

„Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer soll aber nicht nur in den Betrieben und dort nicht nur in bezug auf personelle und soziale Angelegenheiten, sondern auch in wirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Fragen gegeben sein. In der Gesamtwirtschaft und in allen ihren Organen und Vorgängen muß dieses Mitbestimmungsrecht eine Selbstverständlichkeit darstellen.“

Das meinte Walter Freitag, der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, als er anlässlich der ersten Lesung des Betriebsverfassungsgesetzes am 27. Juli 1950 im Deutschen Bundestag sagte:

„Aus diesem Grunde sind wir — und zwar sind wir das gemeinsam mit den Unternehmern — der Auffassung, daß die Frage des Mitbestimmungsrechts auf allen Ebenen ein unteilbares Ganzes ist, daß die Frage gelöst werden muß, angefangen vom Betrieb über die einzelnen Stellen bis zum Bundeswirtschaftsrat. Wir sind der Auffassung, wenn man dem Versprechen gerecht werden will, dann hat man sich unseren Ansichten anzuschließen, und wenn man zu einer vernünftigen Lösung kommen will, kann es nicht anders geschehen, als daß man da das berechnete Verlangen der Arbeiterschaft nach Mitwirkung und Mitbestimmung in allen Fragen der Wirtschaft für die Zukunft gelten läßt . . .“

Im Zeichen der Mitbestimmung wurden am 24. und 25. Juli die Hoesch Werke Aktiengesellschaft und deren Tochtergesellschaften gegründet. Zum ersten Male wurde auf diese Gesellschaft und auf die Westfalenhütte das „Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der eisen- und stahlerzeugenden Industrie vom 25. Mai 1951“, ergänzt durch eine Vereinbarung, die zwischen Alt-Hoesch und dem Deutschen Gewerkschaftsbund geschlossen wurde, angewandt. Doch brachte dieses Mitbestimmungsgesetz für die Westfalenhütte nichts Neues; denn wenn auch nicht im Zeichen dieses

Gesetzes, so doch im Zeichen der Mitbestimmung wurde das Werk seit 1945 wieder aufgebaut.

Und so war es doch allerorten in Deutschland: Im Jahre 1945, nach dem furchtbarsten Zusammenbruch der deutschen Geschichte und nach dem gemeinsten Verrat, den jemals ein Regime an einem ganzen Volke begangen hatte, in diesem Jahre 1945, in dem noch lähmendes Entsetzen über die gräßlichen Verbrechen der Nazizeit und über das furchtbare Ende über dem ganzen Volke lag: da begann doch allerorten der Wiederaufbau in dem Willen, eine neue soziale Zukunft und eine neue soziale Heimat zu schaffen.

Als Arbeiter und Angestellte zwischen Schrott und Trümmern, sogar gegen den Willen der Besatzungsmächte und ständig bedroht von neuen Demontagen und Stilllegungsbefehlen, die Betriebe und Werke wieder aufbauten: Wer hätte damals ihr Mitbestimmungsrecht angezweifelt, das in diesen Jahren des Wiederaufbaues Angelpunkt und Grundlage ihrer Arbeit war.

Wer hätte damals widersprochen, wenn diese Menschen gesagt hätten: „Dies ist unser Arbeitsplatz; wir richten ihn für uns wieder her. Dies ist unser Werk, in dem unsere Väter und Brüder schon gearbeitet haben, in dem wir unsere Arbeitskraft Tag für Tag einsetzen und mit unserer Hände und mit unserer Köpfe Arbeit die Grundlage geschaffen haben für unser Leben und für das unserer Familie. An dieses Werk knüpfen wir die Arbeit unseres Lebens und dieses Risiko — ist es nicht unvergleichlich viel bedeutsamer und schwerwiegender als jedes andere in der Wirtschaft?“

Sicherlich hätten nicht diejenigen widersprochen, die von der unternehmerischen Seite in diesen

schweren Jahren Seite an Seite mit den Arbeitern und Angestellten den Wiederaufbau vollbrachten und darum am besten beurteilen können, was in diesen Jahren geleistet wurde.

Vieles davon ist in den vergangenen Jahren vergessen worden. Doch zum zweitenmal in einem Menschenalter wird Vergessen schwere Schuld.

Aber wie gesagt: Für die Westfalenhütte ist die Mitbestimmung nichts Neues, und tagtäglich fühlt ein jeder von Ihnen wie jeder im Werk das Recht und die Verantwortung, am gemeinsamen Werke mitzuarbeiten und mitzubestimmen.

In diesem Geiste wollen wir weiter zusammen arbeiten: Aufsichtsrat und Vorstand, Betriebsrat, Vertrauensleute und Belegschaft. Da der Betrieb zu groß ist, als daß die Beziehungen von Mensch zu Mensch, wie wir sie uns wünschen, überall hergestellt werden könnten, soll auch in Zukunft der Betriebsrat der Mittler sein zwischen der Geschäftsführung und jedem einzelnen von Ihnen, Sprecher für Sie und Berater für uns. Keinem aber braucht, wie die Erfahrungen dieser schweren Jahre des Wiederaufbaus lehren, gesagt zu werden, daß Rechte und Pflichten, Mitbestimmung und Verantwortung zusammengehören.

Wenn in diesem Geiste das begonnene Werk fortgeführt wird, dann wird sich auch in Zukunft an unserem Werke die Wahrheit des Wortes erweisen, die sich schon so oft in der Geschichte des deutschen Volkes bewies, die Wahrheit des Wortes, das uns in den Sinn kommt, wenn wir die Westfalenhütte 1945 mit der Westfalenhütte 1952 vergleichen:

„Wenn etwas ist gewaltiger als das Schicksal,
Dann ist's der Mensch, der's unerschrocken trägt.“



Mensch und Maschine: im Thomaswerk

Der konsequente Weg



Gustav Schwentke ist seit über sechs Jahren Betriebsratsvorsitzender der Westfalenhütte AG und jetzt zugleich Beauftragter des geschäftsführenden Gemeinschaftsausschusses der Betriebsräte sämtlicher Unternehmen der Hoesch Werke AG.

Es wird in allen Städten, in denen die Unternehmen liegen, die in der Hoesch Werke AG als Holding zusammengefaßt sind, das gleiche sein: Immer noch, sieben Jahre nach dem totalen Zusammenbruch, geht unser Weg zum Werk an Trümmern und Häuserruinen vorüber — trotz ungeheurer Anstrengungen, die Kriegsschäden zu beseitigen und trotz der Wiederaufbaumaßnahmen, die von kommunaler, werklicher und privater Hand durchgeführt wurden. Heute noch sorgen sich Aufsichtsrat, Vorstand und Betriebsvertretung, die kraft Gesetzes oder kraft Betriebsvereinbarung in voller Parität zusammenarbeiten, um den Wiederaufbau und Neubau wichtiger Betriebsabteilungen — trotz all der Opfer und Arbeit, die in der jüngsten Vergangenheit bereits gebracht und geleistet wurden. Der letzte unserer Kollegen weiß, was wir als Betriebsräte immer wieder dargelegt haben: Die Existenz jedes einzelnen von uns hängt entscheidend ab von der Leistungsfähigkeit unserer Betriebe; die Leistungsfähigkeit der Betriebe aber ist nur dann gesichert, wenn nicht nur die letzten Kriegsschäden behoben, sondern wenn darüber hinaus alle Unternehmen und alle Betriebsabteilungen derart aufgebaut und eingerichtet sind, daß sie auf dem Binnen- und Exportmarkt bestehen können.

Wir wissen, daß uns noch manche Sorge drückt — bei dem einen Unternehmen mehr, bei dem andern weniger —, daß es u. a. noch gewaltiger Anstrengungen bedarf, um die brennende Wohnungsfrage für viele Belegschaftsmitglieder zu lösen. Wir wissen aber auch, daß wir gerade auf Grund unserer Arbeit, die wir am Wiederaufbau unserer Betriebe geleistet haben, zuversichtlich sagen können: Wir dürfen unserer Kraft vertrauen, wenn wir einig sind und einig bleiben.

Es war nach dem Zusammenbruch nicht leicht, den Mut aufzubringen, sich in die Körperschaften der Arbeitnehmer, vor allem in die Betriebsräte, hineinwählen zu lassen. Es war schwer, um Rechte zu kämpfen, wenn und wo das Übermaß an Pflichten erdrückend war. Die kaum faßbare Arbeitsleistung, die es für jeden zu erledigen galt, verlangte Selbstaufopferung bis zur Selbstaufgabe. Das gilt für alle Kollegen. Es war nicht leicht, sich frierend und mit hungerndem Magen zu einer nutzlos erscheinenden Arbeit aufzuraffen, das Werkzeug in die Faust zu nehmen, das neue Fundament zu neuem Werden zu legen. Es wurde immer wieder alles und auch das Letzte versucht, um Hunger und Kälte zu bannen, um das Notwendigste für die Belegschaften und ihre Familien zu besorgen. Und das war schwerer, als ein Außenstehender zu ahnen vermag.

Es drohten Stillegungen und Demontagen. Vorstand, Betriebsvertretung, Gewerkschaftsvertreter eilten von Verhandlung zu Verhandlung, um die Werke und damit die Arbeitsplätze zu retten. Mit Zähigkeit, Fleiß und kameradschaftlicher Zusammenarbeit wurde der Auf- und Ausbau vorangetrieben. Es gab Rückschläge, die zum großen Teil von außerdeutschen Faktoren ausgingen, deren Behebung um so schwerer war. Sie wurden überwunden.

Wer denkt heute noch daran, wie viel Arbeit und Sorgen in diesen Jahren auf uns lasteten! Die ungeheuren Arbeitsleistungen und Opfer, die die Arbeitnehmerschaft aufzubringen hatte, steigerten ihr Selbstbewußtsein. Sie nahm es als Recht für sich in Anspruch, in einer solchen Weise in den Staat eingebaut zu werden, die ihrer Arbeitsleistung und Bedeutung angemessen ist. Bei dem engen Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft hieß das konsequenterweise, daß nach einer Wirtschaftsform gesucht wurde, die zeiteitsprechend ist und der Stellung der schaffenden Menschen entspricht. So entstand die Forderung nach Mitbestimmung, die schon nach 1918 erhoben worden war. Diese Forderung wurde u. a. deshalb mit Nachdruck vertreten, weil sich nach dem Zusammenbruch und im Angesicht der Trümmerberge deutlich zeigte, daß das Kapital an sich eine tote Materie ist und bleibt, wenn es nicht durch die menschliche Arbeitskraft befruchtet wird.

Es ist eine nicht hinwegzuleugnende Tatsache, daß beide zusammen, Kapital und Arbeit, an dem Wiederaufbau aus den Trümmern Anteil hatten. Dann aber muß es konsequenterweise eine Selbst-



Eine Belegschaftsversammlung der Westfalenhütte



Im neuen Freibad der Westfalenhütte

verständlichkeit sein, daß nicht einem der beiden Faktoren eine bevorzugte Stellung eingeräumt wurde und wird. Wenn wir von Mitbestimmung sprechen und gemäß der Mitbestimmung handeln, dann wollen wir nicht mehr und nicht weniger als die Herstellung eines Kräfteausgleichs zwischen Kapital und Arbeit. Wir wollen diesen Ausgleich auch deshalb, um endlich in die Wirtschaft demokratische Grundsätze hineinzubringen.

Durch das Mitbestimmungsgesetz wurde juristisch in den Grundstoffindustrien Stahl und Kohle eine

echte Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit fundiert. Vor der Gründung der Holding wurde auf dem Wege der Vereinbarung zwischen den Anteilseignern und den Gewerkschaften die volle Mitbestimmung auch für die weiterverarbeitenden Betriebe ausgesprochen und gesichert. So sehr wir die Bedeutung und Wirksamkeit des Kapitals bejahen und anerkennen, so sehr werden wir — und auch das geht jedes Belegschaftsmitglied an — darüber zu wachen und uns darum zu sorgen haben, daß das Recht der vollen Mitbestimmung gesichert bleibt und sich voll auszuwirken vermag.

Arbeitsdirektor Alfred Berndsen, Westfalenhütte AG:

Die Hütte baute auf



Wir leben in einer schnellebigen Zeit. Wir vergessen leicht und gründlich. Viele haben vergessen, daß vor wenigen Jahren die Betriebe riesige Trümmerhaufen, die Wohnungen ausgebombt oder beschlagnahmt, die Läden leer, die Bankkonten blockiert, die Mercedes verschwunden waren, daß der Tagesschichtlohn dem Realwert einer „schwarzen“ Zigarette entsprach — von Hun-

ger, Kälte und tausendfachen Sorgen ganz zu schweigen. Viele haben vergessen — oder wollen es heute nicht mehr wahr haben — daß die geringen Reste der alten treuen Stammebelegschaften, daß die

Vertrauensmänner und Betriebsräte das große Kunststück fertigbringen mußten und fertigbrachten, den hungernden, frierenden, wohnungslosen Arbeitskollegen beizubringen, daß sie Hunger und Kälte und Sorgen am besten bei der Wiederaufbauarbeit vergessen könnten.

Das gilt für tausende Betriebe Deutschlands, für hunderttausende Menschen. In diesem Vergessen liegt viel die Tragik von Spannungen begründet, die eigentlich längst überwunden sein könnten, die aber leider heute immer noch bestehen.

Was die Westfalenhütte AG betrifft, die das Stammwerk der alten Hoesch AG war und der weitaus größte Betrieb innerhalb der neuen Holding ist, so vermag vielleicht nachstehende Zusammenfassung, die auf Vollständigkeit keinen Wert legen kann, einen gewissen Überblick geben über die ungeheure Aufbauarbeit, die bisher hier zu leisten war und die nur infolge der hervorragenden Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft geleistet werden konnte.

Produktion und Produktivität

In den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg lag die Rohstahlerzeugung im Durchschnitt bei 110 000 t monatlich; im Dezember 1939 wurden 101 269 t erzeugt. In den Jahren 1940/42 bewegte sich die monatliche Erzeugung zwischen 85 000 und 95 000 t. Ab 1943 setzte sich infolge der Kriegsergebnisse der Produktionsabstieg fort. 1943 wurden insgesamt 809 060 t und 1944 nur noch 747 610 t erzeugt. Seit dem 11. November 1944 lag die Hütte still. 40 Prozent der Gesamtanlagen waren durch Bombenangriffe zerstört. Jede Produktionsmöglichkeit war vernichtet. Hinzu kam, daß bei den 19 Bombenangriffen auf unsere Heimatstadt 2804 Belegschaftsmitglieder total und 10 729 teilweise — tausende Werkangehörige also mehrmals — ausgebombt waren. Nach Beendigung des Krieges standen die Arbeitskollegen — tausende waren gefallen, kriegsgefangen, evakuiert, in alle Teile Deutschlands zerstreut — vor den zerschlagenen Betrieben. Es bestand nicht einmal mehr die wichtigste Voraussetzung jedweder Inbetriebnahme: die Strom- und Wasserversorgung. Erst Ende des Sommers 1945 kam nach umfangreichen Aufräums- und Reparaturarbeiten das Kraftwerk zum Anlaufen, so daß endlich und in steigendem Maße mit der Beseitigung der Trümmer begonnen werden konnte.

Und doch erschien alle Arbeit zwecklos, denn das Hüttenwerk, das größte Werk Westfalens, stand auf der vorläufigen Demontageliste. Das Elektrostahlwerk und das Preß- und Hammerwerk wurden restlos demontiert, die sehr stark zerstörte Drahtverfeinerung zum größten Teil. Die Kriegs-, De-

montage- und Restitutionsschäden betrugen rund 100 Millionen RM. Es bedurfte wahrlich heute kaum noch einschätzbarer Anstrengungen — an denen gerade auch die Gewerkschaft und, man muß das sagen, auch die SPD über den Einfluß der englischen Labour-Party beteiligt sind — um bei der damaligen politischen und wirtschaftspolitischen Haltung der Siegermächte zu einer Betriebserlaubnis zu kommen. Sie wurde mit großen Einschränkungen im November 1945 erteilt.

Endlich lief die Rohstahlproduktion wieder an. In den Monaten November/Dezember 1945 wurden insgesamt 1680 t erzeugt, im Jahre 1946 waren es 197 447 t, mithin im Monatsdurchschnitt 16 454 t; vom 1. Januar bis 30. September 1947 (an diesem Tage wurde die Westfalenhütte im Zuge der Entflechtung aus der damaligen Hoesch AG ausgegliedert), betrug die Gesamtproduktion 174 410 t, was einen Monatsdurchschnitt von 19 380 t ergibt. Dann begann der kaum erwartete Aufstieg: die Rohstahlproduktion (jeweils für die Zeit vom 1. Oktober bis 30. September) steigerte sich 1947/48 auf 381 240 t (Monatsdurchschnitt 31 770 t), 1948/49 auf 698 430 t (Monatsdurchschnitt 58 202 t), 1949/50 auf 983 505 t (Monatsdurchschnitt 81 959 t), 1950/51 auf 1 097 820 t (Monatsdurchschnitt 91 485 t); 1951/52 wird voraussichtlich die Gesamtproduktion etwa 1 250 000 t, mithin einen Monatsdurchschnitt von über 100 000 t, betragen.

Einige markante Zahlen: im Dezember 1947 wurde erstmalig die 25 000-t-Grenze überschritten; der Monat Februar 1949 brachte bei 24 Arbeitstagen die damalige Nachkriegs-Höchstleistung von 54 285 t.



So waren die Betriebe zerstört

Schon im September 1950 wurden erstmalig seit Dezember 1939 mehr als 100 000 t erzeugt. Der Oktober 1951 brachte eine neue Rekordproduktion von 106 000 t, die im Juli 1952 mit einer Erzeugung von 110 280 t überschritten wurde. Damit liegen wir bei den derzeitigen technischen Möglichkeiten an der Höchstgrenze unserer Kapazität. Um eine Steigerung der technischen Voraussetzungen für eine weitere Kapazitätserhöhung sind wir bemüht. Es bedarf keiner Frage, daß Produktion und Produktivität das Fundament des Werkes und jedes einzelnen Belegschaftsmitgliedes bilden. Hier liegt auch der Ausgangspunkt unserer betrieblichen Sozialpolitik.

Betriebliche Sozialpolitik

Das wichtigste war zunächst — gerade auch aus sozialen Erwägungen heraus — das Mithen um das Anlaufen und die Steigerung der Produktion, um hierdurch neue Arbeitsplätze und Verdienstmöglichkeiten zu schaffen. Am 1. Oktober 1947 betrug unsere Gesamtbelegschaft 6125 Arbeitnehmer, und zwar 5464 Arbeiter und 661 Angestellte; am 30. September 1949 waren es 8967, und zwar 8089 Arbeiter und 878 Angestellte; am 30. September 1950 10 547, und zwar 9537 Arbeiter und 1010 Angestellte; nach dem Stande vom 1. August 1952 hat die Belegschaft mit einem Bestand von insgesamt 11 758 Arbeitnehmern, davon 10 570 Arbeiter und 1188 Angestellte, ihre Höchstgrenze erreicht.

Eng verbunden mit der Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten war und ist die zweite soziale Aufgabe: Sicherung des Arbeitsplatzes. Auch sie ist von der Produktivität untrennbar. Nur bei hoher Produktivität, bei höchster Rationalisierung der Arbeit ist die Grundlage gegeben für die Steigerung des Lebensstandards der Belegschaft und ihrer Familien. In jeder Wirtschaft, die kann ausgerichtet sein wie sie mag, ist der Arbeitsertrag die einzige Grundlage für den Lebensstandard auch für die arbeitende Bevölkerung. Hierbei ist selbstverständlich, daß eine Produktivitätssteigerung auf keinen Fall durch Anstrengung, Hetztempo und stärkere Ausnutzung der

körperlichen Arbeitskraft des einzelnen Arbeitnehmers erzwungen werden darf, sondern z. B. durch höhere Technik und sinnvollere Arbeitsgestaltung, wie sie sich durch ausreichende Investition und damit durch den Ausbau des Produktionsapparates erreichen lassen.

Vertrauen haben — Vertrauen geben

Man sagt von der Westfalenhütte, daß sie in ihrer sozialen Ausrichtung und deshalb in ihren sozialen Maßnahmen führend sei. Wir sind stolz darauf, daß wir alle Möglichkeiten erschöpfen, um den Lebensstandard unserer Belegschaft und ihrer Familien zu erhöhen und zu sichern. Sicherlich — und das weiß das jüngste Belegschaftsmitglied: man kann ein Sozialprodukt erst dann verteilen, wenn man es zuvor erarbeitete. Aber — und das ist entscheidend — der letzte Werkangehörige muß die durch Taten bewiesene und nicht nur durch Worte plakatierte Gewißheit haben, daß er Vertrauen haben und geben kann, weil ihm Vertrauen gegeben wird. In Vertrauensleute- und Belegschaftsversammlungen und in dem allmonatlich erscheinenden Mitteilungsblatt haben wir stets alle den Betrieb und die Belegschaft angehenden Fragen in aller Öffentlichkeit behandelt und zur Diskussion gestellt. Wir haben jede Bilanz veröffentlicht, damit jeder einzelne die Möglichkeit der Nachprüfung hatte. Wir hatten ja auch nichts zu verschweigen, keine unrechtmäßigen Gewinne zu vertuschen, keine Übervorteilungen zu bemängeln. Bei uns — und das war und ist die Richtschnur all unseres Schaffens und Planens — stand und steht der Mensch im Mittelpunkt des Betriebes, der schaffende Mensch mit seinen Sorgen und Nöten, aber auch mit seiner großen Arbeitskraft und Leistung. Hier liegt auch der unerhörte Aufstieg begründet, den das zerschlagene Werk in den Jahren seit 1945 genommen hat: Mitbestimmung eines jeden war Mitverantwortung eines jeden.

Solange dieser Geist im Werk und seiner Belegschaft vorhanden ist, braucht uns um die weitere Aufwärtsentwicklung nicht zu bangen.

Arbeitsdirektor Otto Hoffmann, Hoesch Bergwerks AG:

Soziale Aufgaben im Bergbau



Mit Arbeitsdirektor Otto Hoffmann, hatten wir eine längere Besprechung, in der die vordringlichsten sozialen Aufgaben innerhalb des Ruhrbergbaues im allgemeinen und innerhalb der Hoesch Bergwerks AG im besonderen herausgestellt wurden. Ausgangspunkt war auch hier, wie in jedem Betrieb und jeder Volkswirtschaft: es besteht

eine nicht zu leugnende Wechselwirkung zwischen Produktion und Sozialleistung, zwischen Produktivität und sozialen Erfordernissen. Die Beweisführung ist aus der Vergangenheit leicht zu bringen.

Die Arbeitsdirektoren — und das gilt auch für den Bergbau — sind als gleichberechtigte Vorstandsmitglieder für den Menschen und für den Betrieb verantwortlich, wobei es eine Selbstverständlichkeit ist oder werden muß, daß der Mensch im Mittelpunkt

des Betriebes zu stehen hat. Die besondere Betonung des Menschen und der menschlichen Belange von seiten der Arbeitsdirektoren ergibt sich aus ihrer Herkunft und Grundkonzeption. Hierzu legte Arbeitsdirektor Hoffmann u. a. dar:

Die Neuordnung im Kohlenbergbau hat uns Arbeitsdirektoren eine Fülle von Arbeit gegeben. Neben allgemeinen Aufgaben betriebswirtschaftlicher und technischer Art, die von dem Gesamtvorstand gemeinsam gelöst werden müssen, hat jedes Vorstandsmitglied sein bestimmtes Arbeitsgebiet.

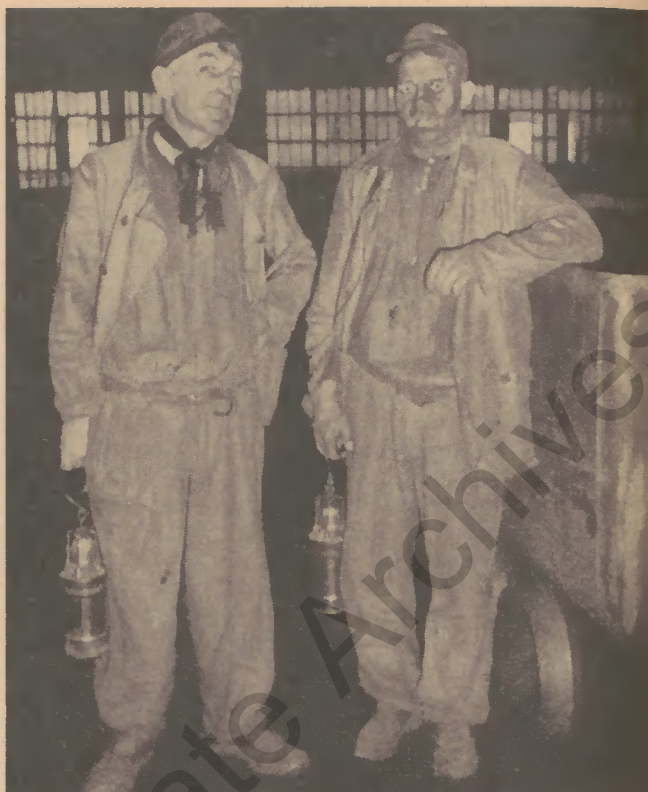
Die Aufgaben eines Arbeitsdirektors sind so vielseitig, daß man sie nur kurz umreißen kann. Wenn man von diesen Aufgaben und ihren Zielsetzungen spricht, kann man einleitend sagen, daß die Hauptaufgabe immer die Menschenbehandlung und die Menschenführung im Betrieb sein wird. Diese Aufgabe wird und muß immer eine erstrangige Stellung einnehmen.

Auf dem sozialen Sektor haben wir uns als wichtigste Aufgabe vorgenommen, die Wohnverhältnisse unserer Belegschaft menschenwürdig zu gestalten. Mit Unterstützung aller in Frage kommenden Instanzen ist es gelungen, in diesem Jahre für unsere Gesellschaft ein Wohnungsbauprogramm mit über 1000 Wohnungseinheiten zu schaffen. Wenn trotz der

Größe des Bauvorhabens zunächst nicht jeder Wohnungsuchende zufriedengestellt werden kann, so wird man doch den Notstand mit der Zeit beträchtlich mildern können. Im kommenden Jahre ist die Schaffung von weiteren 800 Wohnungen vorgesehen. Da die Belegschaft auf Grund eines aufgestellten Förderprogramms um etwa 300 Mann verstärkt werden soll, werden wir allerdings immer noch einen kleinen Teil Wohnungsuchender behalten.

Es wird an einer besseren Unterbringungsmöglichkeit für unsere Ledigen gearbeitet. An der Derner Straße ist ein neues Ledigenheim mit allen dazu notwendigen Einrichtungen (Wirtschaftsgebäude, Waschhaus und sanitäre Anlagen) errichtet worden. Die vorhandenen Ledigenheime, die sich in einem sehr schlechten Zustand befinden, sollen allmählich aufgelöst und einer zweckdienlichen Bestimmung zugeführt werden.

Mit besonderer Liebe wollen wir uns dem Nachwuchs widmen. Da im hiesigen Gebiet der für eine sichere Zukunft des Kohlenbergbaus notwendige Nachwuchs nicht vorhanden ist, haben wir die Absicht, aus den Flüchtlingsländern etwa 80 junge, schulentlassene Nachwuchskräfte anzuwerben und ihnen dann in einem noch zu errichtenden Berglehrlingsheim für drei Jahre das Elternhaus zu ersetzen und sie zu tüchtigen Bergleuten heranzubilden. Zu diesem Zweck ist es auch erforderlich, daß wir Berufsschulräume schaffen. Ebenso dringlich für unsere gesamte Belegschaft ist der Bau von sogenannten Gesundheitshäusern. Wir werden als Nahziel in den kommenden Jahren diese Aufgaben durchführen. Darüber hinaus werden wir eine Fülle weiterer sozialer Maßnahmen zu lösen und zu bewältigen haben. Immer kann man hierbei von der Überzeugung ausgehen, daß die Wirtschaftlichkeit der Betriebe dann am besten gesichert ist, wenn der Arbeitnehmerschaft ein lebenswertes Leben und ein auskömmlicher Lebensabend garantiert werden kann. Das zu erreichen, wird unser aller Aufgabe sein.



Diese Beilage zum „Mitteilungsblatt der Westfalenhütte AG“ erscheint als Sonderdruck für alle Belegschaftsmitglieder sämtlicher in der Hoesch Werke AG zusammengefaßten Unternehmungen.

Verantwortlich: Direktor Dr. Harald Koch, Hoesch Werke AG, und Direktor Alfred Berndsen, Westfalenhütte AG, beide in Dortmund, Eberhardstraße 12.

Redaktion: Johannes Holschen, Dortmund, Eberhardstr. 23.



Lederkleidung nur von STRAUSS

Garantie für Sitz - Paßform - Qualität

Mitnahme bei $\frac{1}{2}$ Anzahlung

DORTMUND

Brückstraße 55, Ecke Burgtor

• Westfalens einziges Spezialgeschäft •



Das leistungsfähige Spezialhaus für den günstigen Einkauf von

GARDINEN

DEKORATIONEN

TEPPICHEN

Westfälische Porzellan- und Glasniederlage

N. Hoffmann u. A. Kessel

Porzellan · Geschenkartikel

Dortmund - Reinoldstraße 6 - Ruf 35082

gegenüber dem Handwerkerhaus

Erich Bautz

bietet jedem Werksangehörigen folgendes an:

Für Ihre Kleinen:

Roller, einfach
Roller, luftbereift
Tretroller
Dreiräder
Rollschuhe

Für die Größeren:

Jugendräder
Sporträder
Tourenräder
Motorräder, 98 und 125 ccm
Zubehör

Sportbekleidung!

Pullover, Lumberjacken, Trainingsanzüge, Radfahrerschuhe,
Knickerbocker und Sportstrümpfe

Der Einkauf wird Jedem
durch die Sozialabteilung
leicht gemacht



DORTMUND
Kaiserstr. 111



mit seiner großen

Auswahl von mehreren

100 Einrichtungen

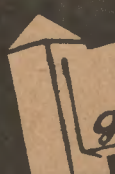
und **Polstermöbeln** in allen
Preislagen bieten Ihnen nach wie
vor **Vorteile** im Einkauf.

Vergleichen Sie, bevor Sie sich entscheiden,
Preise und Qualität

Dortmund Ruf **Dlmd.-Hörde**
I. Kampstraße 5 41142 Hermannstr. 42/44

Zahlungserleichterung

Der Weg

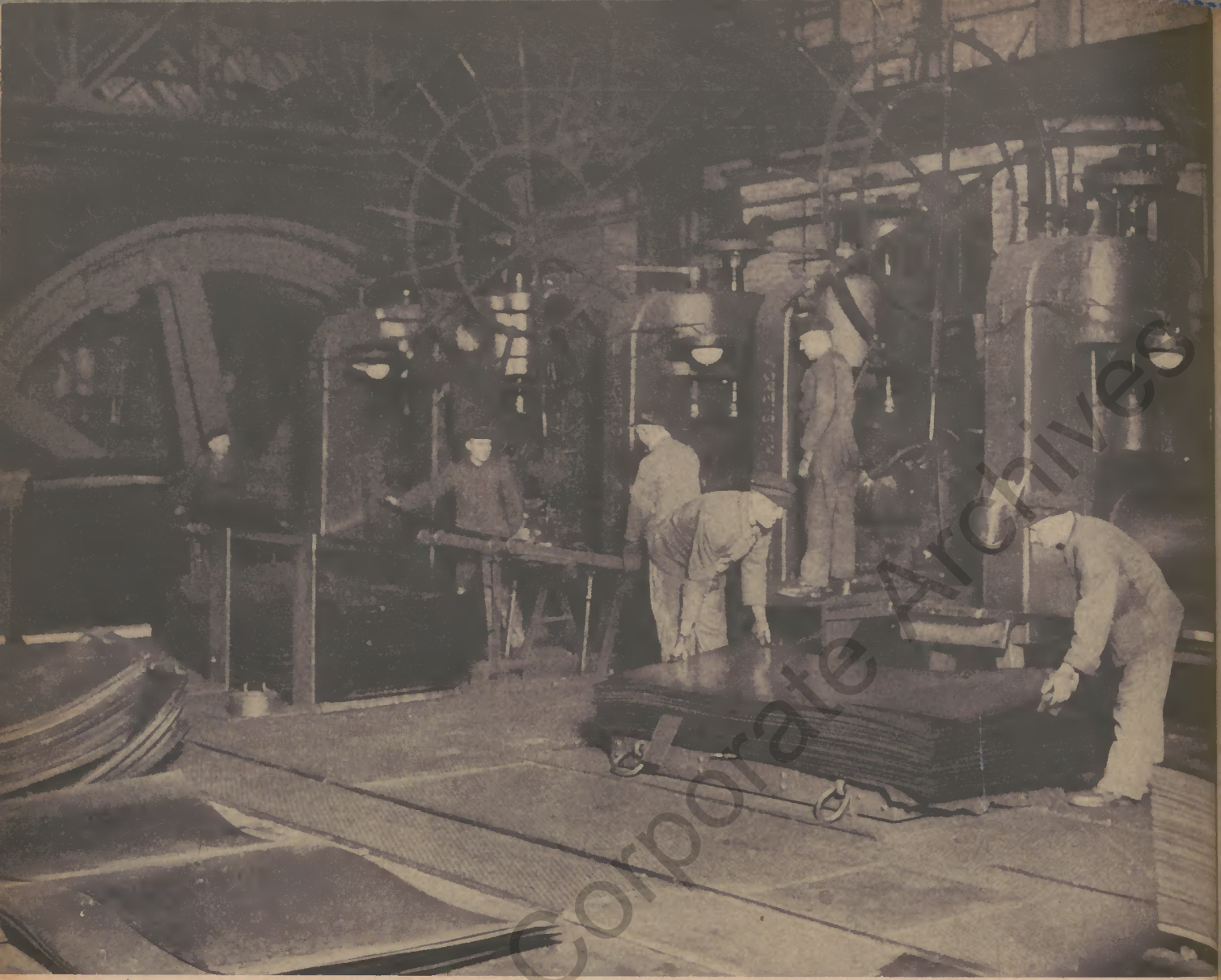


der sich lohnt,
gleich wo man wohnt

zu

Küster

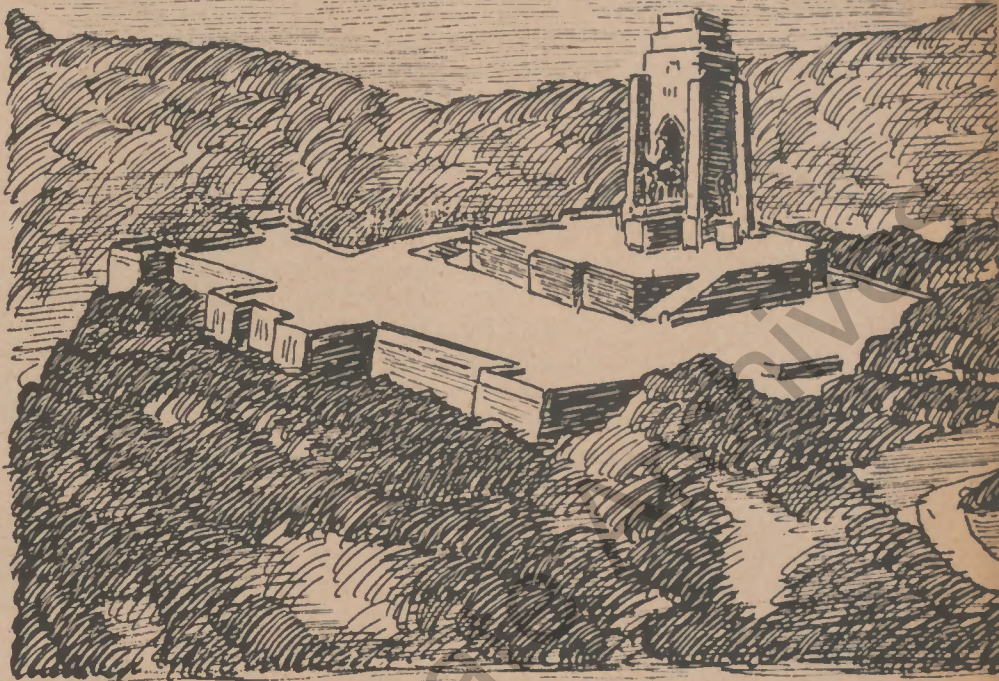
DORTMUND WESTENHELLWEG 5
SCHWERVE · HORDE · HOMBRUCH



Hohensyburg

Der Name Hohensyburg ist nicht nur innerhalb des Industriegebietes und weit darüber hinaus ein fester Begriff, er ist aber auch ein Begriff ganz verschiedener Wertung. Dem Wanderer ist der Berg seiner landschaftlichen Lage wegen ein besonders reizvolles Ziel, sei es, daß er von der Dortmunder Seite über das Dorf Syburg seinen Weg sucht, oder ob er von Herdecke am Hengsteysee entlang geht und dann die Steilseite des Berges ersteigt, immer wird er überwältigt von der ungewöhnlich weiten Sicht ins Sauerland. Für den Autofahrer spielen wohl auch die großen Veranden der vorzüglichen, modernen Lokale mit dem Blick in die weite Landschaft eine wesentliche Rolle. Aber auch für den Kunstgeschichtler und für den Denkmalfanatiker ist die Hohensyburg von besonderer Anziehungskraft.

Mit dem Namen Sigburg oder Sigiburg verknüpft sich ein Stück der ältesten deutschen Geschichte. Karl der Große erstürmte diese Feste der Sachsen im Jahre 775. — Eine Sage erzählt, daß während der Belagerung Karl der Große von einem Bauern auf ein Wasserrad aufmerksam gemacht worden sei, das die Belagerten benutzten, um Wasser aus der Ruhr zur Burg herauf zu schaffen. Das Rad wurde zerstört, und der Bauer zum Ritter geschlagen.



Er erhielt ein Rad im Wappen. Hiermit weist die Sage auf das Geschlecht der Siberg hin, die ein goldenes Rad im schwarzen Schild führen.

Im Mittelalter erbaute das Geschlecht der Siberg die Syburg im südöstlichen Teil der alten sächsischen Hauptburg. In einem Streit zwischen dem Erzbischof von Köln und dem Grafen Eberhard von der Mark fiel die Burg durch einen Schiedsspruch an den Grafen Eberhard und wurde gegen Ende des 13. Jahrhunderts von diesem, vermutlich aus militär-technischen Gründen, vernichtet, nachdem sie sechs Jahrhunderte den Stürmen getrotzt hatte. Ihre Ruinen findet man

östlich des Vinketurms, der 1857 errichtet wurde zu Ehren des Oberpräsidenten Ludwig v. Vincke, der die Erbtöchter des Freiherrn v. Syberg heiratete.

Diese geschichtlichen Dinge gerieten wohl in Vergessenheit über dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal aus der wilhelminischen Zeit, das an protziger Ueberladenheit seinesgleichen suchen mochte. Es wurde in der Zeit zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg, da es den Witterungseinflüssen nicht standhielt, renoviert und sehr vereinfacht.

Den Kunstgeschichtler interessiert besonders die in der Nähe des Dorfes liegende, kleine, romanische Kirche aus dem 12. Jahrhundert. Sie ist eines der ältesten Kulturdenkmäler des Ortes. Der letzte Krieg ist auch hier nicht spurlos vorübergegangen. Die Beschädigungen sind aber so beseitigt, daß der alte Eindruck dieser trutzigen Anlage erhalten blieb. Ihr ältester Teil ist das Langhaus mit den hochliegenden Rundbogenfenstern. Unkompliziert und wuchtig mit ihrem alles beherrschenden Turm und den sparsam eingestreuten Fenstern schien sie nicht nur ein Gotteshaus, sondern ein Bollwerk gegen den anstürmenden Feind zu sein. Wurde ursprünglich die burgenmäßige Anlage der Syburg durch die Rundmauer, die Kirche und Friedhof umgibt, noch unterstrichen, so erhöht sie heute ihren romantischen Reiz, denn sie umschließt schützend die verwitterten, formschönen Grabsteine des kleinen, jahrhundertealten Dorffriedhofes.

So verbindet Hohensyburg mit einer seltenen Vielfältigkeit Reize der germanischen, mittelalterlichen und neueren Zeit, so daß in dem nicht abreißenden Strom der Besucher jeder das im Gemäße finden und als Bereicherung mit auf den Heimweg nehmen kann.



Die hohe Bedeutung, die unserer Kindererholungsanlage zukommt und die eigentlich gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann, erhellt in etwa daraus, daß am Tage des Redaktionsschlusses über 2000 Kinder sich in der Anlage tummelten. Allein während der Sommerferien werden etwa 100 000 Kinder die Anlage besuchen. An den heißen Tagen ist das 1000 qm große Planschbecken der begehrte Anziehungspunkt. Die Jüngsten haben im 500 qm großen Sandkasten alle Hände und Schüppen voll zu tun, um Burgen zu bauen und Kuchen zu backen. Für die Größeren sind die Rundläufe, Brücken und Karussells ein Born der Freude. Und die Kräftigen und Mutigen zeigen am Reck ihr turnerisches Können.

Das Werk, das keinen Betriebsegoismus kennt, hat die Anlagen für jedes Kind geöffnet, die Benutzung also nicht auf Kinder von Werksangehörigen beschränkt. Das Werk opfert hohe Zuschüsse der Allgemeinheit, vor allem den Bewohnern des überfüllten Nordostens Dortmunds. Das allein ist schon eine große



In unserer Kindererholungsanlage



soziale Tat, auf die jedes Belegschaftsmitglied stolz sein kann.

Wenn wir aber nun einmal die Erholungsanlagen allen Kindern geöffnet haben und zur Verfügung stellen, dann unter der selbstverständlichen Voraussetzung,



daß diese Anlagen geschont und sorgsam behandelt werden, wie wir uns weiterhin alle Mühe geben, sie zu pflegen und weiter auszubauen. Die Eltern wissen bei uns ihre Kinder den Gefahren der Straße entzogen. Sie haben Verständnis dafür, daß die schönen Anlagen nur Bestand haben und allen zugute kommen können, wenn sie von ihren Kindern sorgsam behandelt und nicht mutwilligerweise zerstört werden.

Was wäre, wenn . . .

Nehmen wir mal an,

die Produktionsleistung der deutschen Wirtschaft würde um 25 Prozent erhöht. Wie sähe es bei uns aus, wenn wir im Jahr um ein Viertel mehr Automobile, Radioapparate, Möbel, Fahrräder, Anzüge, Küchengeschirr — und natürlich auch Wohnhäuser, Kohlen, elektrische Energie und Lebensmittel — produzierten, als heute in Wirklichkeit produziert werden? Was wäre dann wohl? Ginge es uns allen besser oder würde nur ein kleiner Teil der Bevölkerung den Nutzen von einer solchen Leistungssteigerung haben?

Die Wirtschaftssachverständigen aus ganz Europa haben sich im Sommer 1951 in Paris zusammengesetzt und in der OEEC, dem Europäischen Wirtschaftsrat, einen Plan entworfen, wie man der europäischen wirtschaftlichen Unsicherheit abhelfen könnte. Sie kamen zu dem Schluß, daß alle europäischen Länder ihre Produktionsleistung fünf Jahre lang um jährlich 5 Prozent — im ganzen also um 25 Prozent — steigern müßten, um gesicherte Wirtschaftsverhältnisse und bessere Lebensbedingungen für alle Menschen in Europa zu garantieren.

Aber wie macht man es?

Erreicht man das nun durch die Einführung von Antreibersystemen, die wir unter den Namen Stachanow und Hennecke kennen? Nein, das würden freie Gewerkschaften weder in Europa noch in Amerika zulassen.

Wie steigern wir also den Produktivitätsgrund unserer Arbeit? Wir gehen davon aus, daß der Mensch ein denkendes Wesen ist. Er muß auch im Produktionsprozeß „Köpfchen“ haben. Er muß sich also durch gedankliche Arbeit die körperliche Arbeit erleichtern. In die Hand des arbeitenden Menschen gehören alle technischen Hilfsmittel unserer Zeit, elektrische Energie ebenso wie mechanisch-technische Hilfsmittel. Unnötige Transportbewegungen müssen verkürzt oder ganz beseitigt werden. Die Handarbeit ist so zu gestalten, daß nur noch die einfachsten, schnellsten und kräftesparendsten Handgriffe übrigbleiben. Das ist die technische Seite der Rationalisierung. Zur menschlichen Seite aber gehört ein Betriebsthema, das arbeitsfördernd ist. Im Wirtschaftsprozess darf es nicht mehr Bevorrechtigte und Minderberechtigte, sondern nur noch Gleichberechtigte und Mitbestimmende geben. Die Produktion muß Gemeinschaftsarbeit im echten Sinne des Wortes sein — dann finden sich auch neue Wege zur Produktionssteigerung.

Ein bemerkenswerter Tatbestand

Die Produktionsleistung Amerikas ist um ein Vielfaches höher als die Europas. Das Ergebnis ist, daß Autos, Fernsehgeräte, elektrische Kühlschränke und viele andere Sachen, die bei uns

in Europa als Luxusgegenstände gelten, drüben Dinge des täglichen Gebrauchs geworden sind, die der Arbeiter ebenso besitzt wie der Generaldirektor eines Konzerns.

Höhere Produktion bedeutet bei gerechter Verteilung Steigerung des Lebensstandards, wirtschaftliche Sicherheit für alle, an Stelle der Vorrechte weniger Menschen wie noch immer in Europa.

Wie konnte das geschafft werden? Durch Steigerung der Produktivität. Darunter versteht man die Produktionsleistung eines Arbeiters in einer bestimmten Zeit. Diese Leistung wurde in den USA in den letzten Jahrzehnten systematisch gesteigert. Um 1900 produzierte der amerikanische Arbeiter je Kopf und Arbeitsstunde so viel wie der Arbeiter in Europa. Heute leistet er das Zweieinhalb- bis Dreifache des europäischen Arbeiters. Wenn wir besser leben wollen, müssen auch wir unsere Produktionskraft steigern und gleichzeitig für eine gerechte Verteilung sorgen.

Also merken wir uns: Wer mehr denkt, braucht weniger zu schuften. Und weiter: Höhere Produktion bedeutet sinkende Preise, steigenden Absatz, Lohnerhöhungen und sogar steigende Gewinnraten. Und nicht zuletzt: Arbeit für alle!

Nehmen wir auch an:

eine Fabrik, die 1950 an Löhnen, Gehältern und gesetzlichen Sozialbeiträgen 55,02 Millionen DM zahlte, könnte ihren 12700 Arbeitnehmern 10 Prozent mehr Lohn zahlen, während gleichzeitig die Preise um 10 Prozent heruntergingen. Das bedeutete 5,5 Millionen DM mehr, was sich unter Berücksichtigung der Preissenkung so auswirken würde: 12700 Menschen könnten sich je Woche ein Pfund Butter, ein Pfund Rindfleisch, zwei Eier = 2623000 DM im Jahr mehr leisten als heute, dazu noch jeder im Jahr zwei Paar Schuhe = 762000 DM, einen Anzug bzw. drei Kleider = 1143000 DM.

Nehmen wir an, die meisten Arbeitnehmer wollten sich Fahrzeuge anschaffen, dann können noch 4000 Arbeiter Fahrräder kaufen = 432000 DM, 2000 können 2 Raten zu 100 DM für ein Motorrad erlegen = 400000 DM, 200 können für je einen neuen Hausstand je ein Schlafzimmer kaufen = 120000 DM und, wir wollen noch annehmen, einige der höher bezahlten Angestellten fühlten sich ermutigt, einen Volkswagen zu erwerben. Es geht: 32 könnten die Hälfte der Raten für einen Volkswagen erlegen: = 80000 DM.

Bleiben wir dabei!

In dieser Stadt gibt es aber auch noch andere Betriebe: einen mit 14000, den anderen mit 2000, den vierten mit 6000 Arbeitnehmern. Bleiben wir dabei: das sind rund 36000 arbeitende

Menschen. Bleiben wir einmal bei unserer Annahme, daß sie alle als Erfolg gesteigerter Arbeitsproduktivität 10 Prozent mehr verdienen, während gleichzeitig die Preise um 10 Prozent heruntergehen. 72000 Paar Schuhe, 36000 Anzüge, 12000 Fahrräder, 600 Schlafzimmereinrichtungen könnten dann von diesen Menschen zusätzlich erworben werden. Aber darüber hinaus würden andere Möbel gekauft werden können, Radioapparate, Winter- und Sommerkleidung, es könnten Beträge für die Bausparkasse, für Urlaubsreisen abgezweigt werden.

Aber wir müssen dabei noch bedenken, daß in einem solchen Falle das eine das andere nach sich ziehen würde. Alle Industrien, der Großhandel, der Einzelhandel, das Baugewerbe, die Verkehrsbetriebe würden mehr Einnahmen verzeichnen können. Sie wären ihrerseits in der Lage, die Löhne zu erhöhen und damit eine weitere Kaufkraftsteigerung auszulösen.

Ja, es wäre schön!

Wenn wir überlegen, daß im Jahre 1951 in Deutschland etwa 44 Milliarden DM an Löhnen und Gehältern gezahlt wurden, können wir uns vorstellen, was eine 10prozentige Steigerung dieser Einnahmen an neuer Kaufkraft bedeuten würde. Den Bedarf brauchen wir nicht erst zu schaffen, Bedarf an allem herrscht als Kriegsfolge bei uns und in allen anderen europäischen Ländern auf nahezu allen Gebieten. Noch ehe der vorhandene Bedarf befriedigt wäre, würde neuer Bedarf entstehen: Bei sinkenden Preisen und Massenerzeugung würde sich bald derjenige, der heute den Erwerb eines Motorrads überlegt, ein Auto anschaffen. Wer ein Fahrrad hat, würde zum Motorrad übergehen.

Aber damit wären die vorteilhaften Auswirkungen einer Produktionssteigerung noch nicht erschöpfend aufgezählt. Wir haben als Teilhaber unserer Arbeit schließlich noch den Staat. Er nimmt uns Steuern, die wir als viel zu hoch empfinden, nicht aus purer Bosheit ab, sondern deswegen, weil er sie für die Durchführung der Aufgaben, die wir von ihm erwarten, benötigt. Steigende Löhne, steigende Umsätze, sie beeinflussen natürlich auch das Steueraufkommen entscheidend.

Etwas zum Thema Steuer

Im Kalenderjahr 1951 betrugen die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder rund 24 Milliarden DM. Hätten wir eine um 25 Prozent höhere Produktion, die auch umgesetzt werden könnte, dann würde der Staat nicht nur aus Lohn- und Einkommensteuer, aus Umsatz- und Körperschaftsteuer höhere Einnahmen erzielen, sondern auch alle anderen öffentlichen Einkommenquellen würden reichlicher fließen. Man darf schätzen, daß sich die öffentlichen Einnahmen dann um etwa 4,2 Milliarden DM erhöhen würden. Gleichzeitig würden sich die öffentlichen Ausgaben verringern, da mit steigender Beschäftigtenziffer die Aufwendungen für die Erwerbslosenunterstützung, Flüchtlingshilfe und

ähnliche Verpflichtungen eingeschränkt werden können. Könnte der Staat also die Steuern senken?

*Ein unerfreuliches,
aber erzwungenes Wenn*

Ja, natürlich, bei dieser Sachlage könnten die Steuern tatsächlich gesenkt werden. Leider gibt es hierbei ein Wenn. Solange die Sowjetunion sich darauf beschränkt, propagandistische Friedensaktionen durchzuführen, statt taktische Friedensbeweise zu geben, solange hinter dem Eisernen Vorhang eine gewaltige Aufrüstung betrieben wird, von der nach allen gemachten Erfahrungen befürchtet werden muß, daß sie aggressiven Zwecken dienen soll — solange kann auch die westliche Welt, einschließlich der Bundesrepublik, nicht das tun, was sie gerne möchte: nämlich alle Anstrengungen menschlicher Arbeit nur und ausschließlich denen, die arbeiten, wieder zugute kommen zu lassen. Im Interesse ihrer Sicherheit, zur Bewahrung ihrer Freiheit und schließlich auch zur Bewahrung ihres bereits erreichten Lebensstandards ist die westliche Welt gezwungen, ebenfalls zu rüsten. Rüstungsproduktion aber ist im letzten Sinne unproduktiv und wirkt ver-teuernd.

Wichtige Voraussetzungen

Das Programm der Produktivitätssteigerung ist so einleuchtend, daß ihm niemand seine Zustimmung versagen kann. Aber seine Durchführung erfordert natürlich einige Voraussetzungen. Die Rationalisierung von Großbetrieben erfordert Investitionskapital für die Anschaffung von Maschinen und für die Erweiterung der Produktionsstätten. Die Rohstoffzufuhren müssen gesichert sein. Die Beschränkung der Märkte, wie wir sie noch in Europa haben, muß gänzlich fallen. Gewiß, wir haben auch auf diesen Gebieten in den letzten Jahren Fortschritte erzielt. Aber die vollen Auswirkungen einer Produktionssteigerung werden uns allen erst dann zugute kommen können, wenn auf weiteren Gebieten die Einheit Europas praktisch verwirklicht wird. Wir alle müssen dazu beitragen, daß die Schlagbäume aus Europa endlich verschwinden.

Die Sorgen der Arbeitnehmer

Produktionssteigerungen sind in Deutschland in den letzten drei Jahren durch den Marshallplan ermöglicht worden. Aber die Arbeitnehmer sind an ihm nicht so beteiligt worden, wie es ihnen zugestanden hätte. Hier liegt eine entscheidende Hemmung für eine weitere Produktionssteigerung. Sie kann nur dadurch beseitigt werden, daß Staat und Unternehmer den von den Gewerkschaften vertretenen Grundsatz einer gerechten Beteiligung des Arbeitnehmers an jeder Produktionssteigerung anerkennen. Sowohl der Staat als auch die Unternehmer werden sich dann leichter dazu bereithalten, wenn ihnen starke, zielbewußte freie Gewerkschaften gegenüberstehen. Wer die Gewerkschaft stärkt, trägt damit auch gleichzeitig dazu bei, sein Leben zu verbessern. Gewerkschaften sind ein wichtiger Faktor in dem Prozeß der Produktionssteigerung.

BETRIEBSVERTRETUNG

Heinrich Treichel:

Das Mitbestimmungsrecht im Urteil der Wissenschaft

Je komplizierter, vielgestaltiger, widerstrebend und gegensätzlich die aus dem Zusammenleben in den verschiedensten Gemeinschaften sich ergebenden Fragen sind, um so dienlicher ist es, sachverständigen Rat bei den Fachleuten einzuholen. Aus deren Ansichten und Beurteilungen lernen die Menschen, für sich ein „richtiges“ und „zuverlässiges“ Urteil zu finden. In der gegenwärtigen, mit so großer Heftigkeit geführten Streit- und Meinungsfrage um die zweckmäßigste Lösung des gleichberechtigten Mitbestimmungsrechtes für personelle, soziale und wirtschaftliche Anliegen der Arbeitnehmerschaft auf der Ebene der Betriebe und der Einzelunternehmen dürfte es recht interessant sein, einmal Männer der Wissenschaft aus den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft zu vernehmen, die von ihrem geistigen Standort zu den Problemen menschliche Arbeit, abhängige Arbeit, Wesen und Ziel der Wirtschaft, Antriebskräfte wirtschaftlicher Betätigung, Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechtes etwas wesentliches zu sagen hatten und haben. Der Soziologe Prof. Dr. Franz Oppenheimer, jener Gelehrte, dessen Vorlesungen während seiner Studienzeit auch der jetzige Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Erhard besuchte, äußerte sich in seinem Werk „Theorie der einen und politischen Ökonomie“ 1919, Seite 138, über die menschliche Arbeit wie folgt:

„Es gibt nur eine einzige beschaffende Kraft: die menschliche Arbeit. Sie ist die einzige Quelle aller Güter.“

Der noch lebende 75jährige Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Alfred Weber hat zum gleichen Gegenstand Arbeit in „Kurzgefaßte Volkswirtschaftslehre“, 1940, Seite 93, geschrieben:

„Die menschlichen Wirkungstähigkeiten . . . nennen wir dann, wenn sie in den Dienst der Volkswirtschaft eingespannt sind, Arbeit. Diese Arbeit ist . . . das wichtigste Produktions-element und damit der wertvollste Bestandteil des Volksvermögens. Sie ist der Produktionsfaktor.“

Gegenüber der oftmals zu einseitig oder zu starken Betonung der Wichtigkeit des Sachkapitals in der Wirtschaft ist es gut, von einwandfreien, weil persönlich weder zur Seite der Arbeit, noch zur Seite des Kapitals gehörig, den Wert der menschlichen Arbeit für das Gelingen der wirtschaftlichen Erwartungen so in den Vordergrund gestellt zu sehen. Aus dem Gebiet der Rechtswissenschaft hat erst im vorigen Jahre Prof. Dr. Nikisch über die Bedeutung der menschlichen Arbeit in der Wirtschaft in „Arbeitsrecht“, 1951, Seite 1 und 5, betont:

„Alle Arbeit dient der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse.“

Die Wirtschaft und damit der wichtigste wirtschaftliche Faktor, die Arbeit, haben aber seit Generationen, seit 170 bis 180 Jahren, nicht mehr die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zum obersten Ziel und als Antriebskraft, sondern es ist etwas vorherrschend mit dynamischer Gewalt zum Ziel wirtschaftlicher Überlegungen, Planungen und der menschlichen Arbeit geworden, wodurch der lebende Mensch, die „Menschenwürde“ verkümmerte und zu entarten drohte, wie es der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Hans Ritschl in „Theoretische Volkswirtschaftslehre“, 1947, Seite 148, hervorgehoben hat:

„Die geistige Haltung in der liberalen Ordnung ist nicht einheitlich, aber vorherrschend und kennzeichnend ist für den Sektor der kapitalistischen Verkehrswirtschaft das Gewinnstreben.“

„Das Gewinnprinzip ist also bestimmend für die Wirtschaftsleiter in Bergbau und Industrie, im Handel, im Bankwesen, im Verkehrsgewerbe, in den landwirtschaftlichen Großbetrieben, aber auch weithin in den Kleingewerben und im Einzelhandel.“

Und jener Gelehrte, der Jahrzehnte hindurch die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft wissenschaftlich untersucht und in einem vierbändigen Werk „Der moderne Kapitalismus“ erklärt hat, der Soziologe Prof. Dr. Werner Sombart, stellte in „Deutscher Sozialismus“, 1934, Seite 9, einen „neuen Geist“ in der modernen Wirtschaft fest:

„Die Weltwirtschaft im Zeitalter des Hochkapitalismus wird aus einem völlig neuen Geist aufgebaut. Treibende Kraft ist . . . das kapitalistische Gewinnstreben, dem die Staatsmacht gegebenenfalls zu dienen hat.“

Gewinnstreben als Antriebskraft wirtschaftlicher Betätigung und menschlicher Arbeit mußte für diejenigen arbeitenden Menschen äußerst nachteilige und folgenschwere Ergebnisse haben, die zu keinem anderen Zwecke arbeiten, als die Vorfahren vieler Generationen gearbeitet haben, nämlich, um durch die Verwertung ihrer Arbeitsfähigkeit sich den Lebensunterhalt zu erwerben, ihre Bedürfnisse befriedigen zu können. Ihre Anliegen sind in den Hintergrund geschoben, sind abgedrängt worden, so daß sie fast in völlige Vergessenheit gerieten und deren Arbeit nur eine Wertung erfuhr wie die toten Sachgüter. Wiederum soll ein Gelehrter, Prof. Dr. Albert Hesse, zu Wort kommen, der im „Lehrbuch der Nationalökonomie“, 3. Band, 1950, Seite 60, die Folgen des Zwiespaltes „Arbeit und Wirtschaften zum Zwecke der Gewinnerzielung“ und „Arbeit zur Beschaffung des Lebensunterhaltes“ so kennzeichnete:

„Die freie Wirtschaft hat aber nicht nur die Arbeit, sondern auch den Arbeiter als Produktionsmittel betrachtet und damit regelmäßig zur Rechtlosigkeit und Ausbeutung geführt.“

Und Seite 247/252:

„Zur Verschärfung der Gegensätze haben Fehler beigetragen, die von den Arbeitgebern begangen worden sind.

Sie haben zumeist nicht daran gedacht, Lohnerhöhungen vorzunehmen . . .“

„Das Kapital erstrebt Rente, . . . wenn danach das Kapital auf Verlängerung der Arbeitszeit und mögliche Ausnutzung der Arbeitszeit hindrängt, so ist dies dem Interesse des Arbeiters entgegengerichtet, für den die Arbeitskraft das einzige Vermögen darstellt.“

Prof. Dr. Sinzheimer, Rechtsgelehrter und ein wissenschaftlicher Mitbegründer des modernen Arbeitsrechts, sah folgende Ergebnisse der freien Wirtschaft und des „freien Arbeitsvertrages“ in „Arbeitsrecht“, 1927, Seite 12:

„Niemals schaltete die Willkür der sozial Mächtigen so schrankenlos wie im Zeitalter der ‚Freiheit des Arbeitsvertrages‘, in dem der einzelne Arbeiter nur auf sich selbst stand.“

Ein anderer Rechtswissenschaftler, der Münchener Prof. Dr. Alfred Hueck, hat sein Urteil über die „Vereinbarung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Arbeitgeber“, wie sie bis zur Durchsetzung des Tarifvertrages üblich war, in „Tarifvertragsgesetz“, 1950, Seite 5, wie folgt gefällt:

„Formal stand der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber beim Abschluß des Arbeitsvertrages gleichberechtigt gegenüber. In Wahrheit aber war der wirtschaftlich schwächere, auf die Verwertung seiner Arbeitskraft für seinen Lebensunterhalt unbedingt angewiesene Arbeitnehmer als einzelner dem in Besitz der Produktionsmittel befindlichen Arbeitgeber in der Regel völlig unterlegen und mußte sich deshalb weitgehend dem Diktat desselben fügen.“

Wenn zur Zeit um ein gleichberechtigtes Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer nicht nur in Lohn- und sonstigen Sozialfragen, sondern auch um ein solches in wirtschaftlichen Angelegenheiten gerungen wird, so erstreben die Arbeitnehmer den ihnen streitig gemachten Zutritt in den bisher von der Kapitaleite allein besetzt gehaltenen „Raum der Betriebs- und Wirtschaftsführung“, um das „Gewinnstreben“ zurückzudrängen und dem Streben der bestmöglichen Versorgung der gesamten Bevölkerung mit Lebensgütern und einer neuen Wirtschaftsgesinnung zum Durchbruch zu verhelfen.

Die wahre Politik kann keinen Schritt tun, ohne vorher der Moral gehuldt zu haben, und ob zwar Politik für sich eine schwere Kunst ist, so ist doch die Vereinigung derselben mit der Moral gar keine Kunst; denn diese haut den Knoten entzwei, den jene nicht aufzulösen vermag, sobald beide einander widerstreiten.

Alle Politik muß ihre Knie vor dem Recht beugen, kann aber dafür hoffen, ob zwar langsam, zu der Stufe zu gelangen, wo sie beharrlich glänzen wird.

Immanuel Kant

Befreiung von der Versicherungspflicht

Die Angestellten, die nach dem neuen Gesetz über die Erhöhung der Einkommensgrenzen in der Sozialversicherung, das voraussichtlich am 1. September 1952 in Kraft treten wird, abermals versicherungspflichtig werden, können gegebenenfalls von der Versicherungspflicht befreit werden. (In Betracht kommen hier die Angestellten mit Einkommen zwischen 600 und 750 DM). Sie sind — vielleicht schon vor langer Zeit — aus der Versicherungspflicht herausgewachsen, sie werden jetzt aber grundsätzlich wieder Pflichtmitglied.

Sofern sie sich inzwischen zu einer privaten Lebens- oder Hinterbliebenenversicherung entschlossen haben, kann von ihnen nicht ohne weiteres erwartet werden, daß sie nun auch noch Beiträge zur Angestelltenversicherung zahlen. Sie können von der Versicherungspflicht befreit werden, wenn sie für ihre private Versicherung so viel aufwenden, wie für sie zur Angestelltenversicherung normalerweise zu zahlen wäre (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil). Ist die Ver-

Achtung!
Das Radfahren auf dem
Werksgelände ist wegen
der damit verbundenen
Unfallgefahren strengstens
verboten

sicherung auf Zahlung eines Kapitals gerichtet, so muß die Versicherungssumme 15 000 DM betragen.

Die Befreiung, die innerhalb von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten des Gesetzes beantragt werden muß, bietet den betreffenden Angestellten eine einmalige Chance. Es wird für sie darauf ankommen, den Arbeitgeber dafür zu gewinnen, daß dieser ihnen den nach der Befreiung wegfallenden Arbeitgeberanteil zugute kommen läßt. Damit wird in aller Regel zu rechnen sein. Eine Ablehnung brächte dem Arbeitgeber nämlich keinen Vorteil. Kann der Angestellte auch über den Arbeitgeberanteil frei verfügen, dann dürfte ihm die Entscheidung für diese oder jene Versicherung erheblich leichter fallen.

Wer zum erstenmal versicherungspflichtig wird, kann auf Antrag von der Versicherungspflicht befreit werden. Das ist auch der Fall, wenn ein Versicherter, der nach dem Inkrafttreten des Gesetzes für jeden Monat einen Beitrag entrichten würde, die Wartezeit von 180 Beitragsmonaten bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres nicht mehr erfüllen kann.

Sehr wichtig ist ferner die Bestimmung, daß den Angestellten, die versicherungspflichtig gewesen sind, die Anwartschaften aus den bis zum Ausscheiden aus der Versicherungspflicht entrichteten Beiträgen bis Ende 1952 erhalten bleiben.

WIR GRÜßEN UNSERE JUBILARE

Nachstehende Belegschaftsmitglieder
feierten im Monat Juli ihr Dienstjubiläum

50jähriges Dienstjubiläum

Max, Karl Mechanische Werkstätten

40jähriges Dienstjubiläum

Aderholz, August Thomaswerk
Seefeld, Emil Maschinenabteilung — Hochofen
Kruczyna, August Elektrotechnische Abteilung
Skibicki, Franz Hammerwerk
Greifenberg, Josef Maschinenabteilung — Hochofen

25jähriges Dienstjubiläum

Kriegler, Adolf Walzwerk III
Wasserberg, Emil Eisenbahnwerkstätten
Zapf, Karl Elektrotechnische Abteilung
Rotzoll, Kurt Bauabteilung
Lenters, Hermann Werk Barop
Ludwig, Josef Werk Barop
Dulz, Hans Walzwerk III
Skodda, Karl Bauabteilung
Vedder, Wilhelm Hauptmagazin
Lukowski, Franz Blechwalzwerk I/III

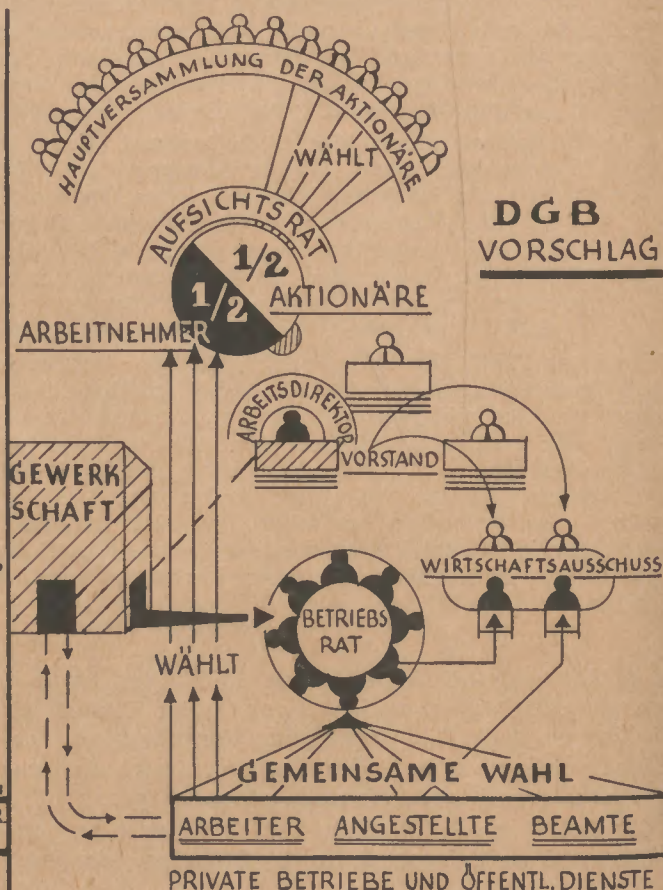
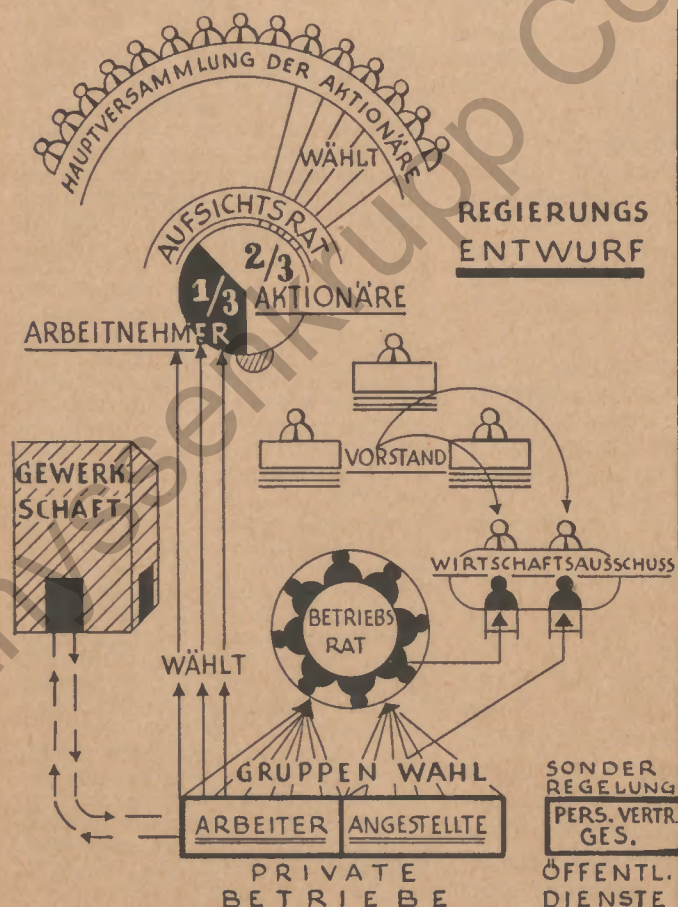
Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft
wünschen nochmals alles Gute

Das Betriebsverfassungsgesetz

Das hart umkämpfte Betriebsverfassungsgesetz ist von den Koalitionsparteien des Bundestages mit Mehrheit angenommen. Gegen das Gesetz stimmten mit der Opposition auch sechs Abgeordnete der FDP, allerdings mit der Begründung, daß durch das Gesetz die mittelständischen Interessen nicht genügend gewahrt wären. Sieben Abgeordnete der CDU enthielten sich der Stimme. Das Gesetz bedarf zu seiner Inkrafttreten der Zustimmung des Bundesrates. Unser Schaubild zeigt die unterschiedlichen Auf-

fassungen des Regierungsentwurfes und des Vorschlages des DGB.

Am 30. Juli hat der Bundesrat gegen die Stimmen von Bremen, Hamburg, Hessen und Niedersachsen und bei Stimmenthaltung von Bayern und Nordrhein-Westfalen mit den Stimmen von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein die Anrufung des Vermittlungsausschusses zur Abänderung des Gesetzes abgelehnt und dem Betriebsverfassungsgesetz in der vom Bundestag verabschiedeten Form zugestimmt.



Metaller zelten am Diemelsee

Ein Mitglied unseres Jugendausschusses schreibt uns:

Seit Mitte Juni hat die Jugend der IG Metall Dortmund ihre Zelte zu einem Erholungslager am Diemelsee aufgeschlagen. Bis Mitte September werden in neun Lagerperioden jeweils 50 bis 60 junge Gewerkschaftskollegen ihren Urlaub dort verbringen. Ein Zeitabschnitt ist für unsere Kolleginnen vorgesehen. Der Zeltplatz selbst liegt, etwa 50 m vom Seeufer entfernt, auf einer von Tannenwald umgebenen Wiese. Hier herrscht von morgens bis abends eine ausgelassene Fröhlichkeit.

Um 7 Uhr morgens geht der Lagerleiter — von den Jungen „Leithammel“ genannt — von Zelt zu Zelt und weckt seine Zöglinge. Natürlich dauert es eine gewisse Zeit, bis auch der letzte Schläfer aus seinem Stroh herausgekrochen ist. Die ersten Mütigen stürzen sich sofort in die Fluten, andere begnügen sich mit ihrer Körperreinigung am Ufer. Bald darauf bewaffnen sich einige mit Harken und Besen, um Zelte und Lagerplatz sauber zu machen.

Inzwischen hat die Lagerköchin alles zu einem kräftigen und wohlschmeckenden Frühstück vorbereitet. Ubrigens wird diese Köchin von allen Lagerteilnehmern nur „Mutti“ genannt, ein Beweis für die große Beliebtheit, die sie bei sämtlichen Jungen genießt. Die Glocke des Lagerplatzes ruft nun alle zum Frühstück. Jetzt zeigt es sich, wer die meisten Stullen verdrücken kann. Dem größten Esser winkt der Ehrentitel „Mehlwurm“.

Nach dem Frühstück wird ein Zelt mit dem Lagerdienst beauftragt. Dieses Zelt muß Kartoffeln schälen, Brote schmieren und des Nachts Lagerwacht halten. Die übrigen Kollegen können ihre Kräfte in sportlichen Spielen messen. Es werden Lagermeisterschaften ausgetragen in Fußball oder Tischtennis. Eine als Preis ausgesetzte Rolle Drops kann schon die Kräfte der Jungen zu sportlichen Höchstleistungen entfesseln. Wieder andere, die dem Wassersport huldigen, haben sich ein Boot ausgeliehen und gondeln auf dem See herum. Der Hunger treibt jedoch alle wieder zusammen, und durch ein kräftiges Mittagessen — ganz wie bei Muttern — werden die Anstrengungen des Vormittags belohnt. Daß aber auch Essen eine anstrengende Beschäftigung sein kann, davon zeugt das allgemeine Bedürfnis zu einem Mittagsschlaf.

Der Nachmittag dient den Wanderungen. Natürlich werden hierzu noch einige Stullen als Marschverpflegung mitgenommen. Gegen Abend findet man sich wieder zum Abendessen ein, das mit sichtlichem Behagen vertilgt wird.

Unterdessen hat das „Zelt vom Dienst“ Holz herbeigeschafft für das Lagerfeuer. Ein Teil der Kollegen legt sich schon ins Stroh, um sich von den Anstrengungen auszuruhen. Die Unentwegten aber finden sich am Lagerfeuer zusammen. Man diskutiert über Jugendprobleme, über gewerkschaftliche Fragen und vergißt auch nicht, hier und da ein flottes Wanderlied zu singen.

Um 11 Uhr abends ist Lagerruhe. Ein gemeinsames Abendlied beschließt den schönen Tag. Nur einige Nachtgeister schwirren noch herum und versuchen, diesen oder jenen schwarz zu machen. Nach geraumer Zeit aber ist vollkommene Ruhe, und nur das Plätschern des Sees unterbricht die Stille im Lager.



Oft besuchen uns Lehrlinge anderer Werke

Unfälle in der Morgenstunde

Wer den Schlaf übermäßig lange hinausschiebt, wer eine ganze Nacht durchbummelt oder auch durcharbeitet, kommt bei vollem Bewußtsein doch in einen Zustand der Übermüdung und Schläfrigkeit, in dem die körperlichen Reaktionen nicht mehr schnell und sicher funktionieren. Nun, das hat wohl jeder schon an sich selbst erfahren. Wenn es nicht zu oft geschah und der fehlende Schlaf später ausreichend nachgeholt wurde, blieb die mangelnde Reaktionsfähigkeit ohne besondere Folgen. Und doch führt die Übermüdung sehr häufig zu folgenschweren Unglücksfällen.

Prof. Kleitman, ein Psychologe der Universität von Chicago, hat es unternommen, eine größere Zahl männlicher und weiblicher Versuchspersonen, die 30 Stunden hintereinander für die Wissenschaft wach bleiben mußten, augenärztlich zu testen. Wie erwartet, fand er ihre Sehfähigkeit mit zunehmender Schläfrigkeit sehr herabgesetzt. Alle litten unter deutlicher Wahrnehmungsverzögerung, die Langsamkeit des Auges im Verfolgen beweglicher Objekte nahm zu. Manche begannen zu blinzeln, und es wurde sogar über Doppeltsehen geklagt. Durchweg begann die Verminderung des Sehvermögens kurz nach Mitternacht und erreichte ihren Höhepunkt zwischen 7 und 9 Uhr vormittags, also nach einem 24-Stunden-Turnus. Dann aber erholte sich eigenartigerweise die Wahrnehmungs- und Reaktionsfähigkeit des Sehorgans wieder so weit — und zwar bei beständigem Wachbleiben —, daß bei den meisten um 12 Uhr mittags das Sehvermögen wieder voll funktionierte wie bei Beginn des 30-Stunden-Versuches um 8 Uhr morgens des Vortages. Für diese eigenartige, nicht vorauszu-sehende Erholungsphase gibt es bisher keine Erklärungen. Wohl aber glaubt Prof. Kleitman mit seinen Untersuchungen die Ursache aufgedeckt zu haben, warum die Zahl der Unglücke gerade in den frühen Morgenstunden so relativ hoch ist.

Mitgliederzahlen der west-europäischen Gewerkschaften

	Bevölkerungs- zahl	Beschäftigte	Gewerkschafts- mitglieder
		(in Millionen)	
Belgien	8,5	2,2	1,170
Dänemark	4,3	0,9	0,695
Deutsche Bundesrep.	49,9	14,9	6,060
Frankreich	42,7	9,5	3,850
Großbritannien	50,8	14,5	10,157
Griechenland	7,6	1,3	0,488
Irland	3,0	0,6	0,241
Italien	46,4	9,0	4,300
Luxemburg	0,3	0,1	0,038
Niederlande	10,2	2,0	1,000
Norwegen	3,3	0,7	0,513
Österreich	6,9	2,1	1,300
Schweden	7,0	1,9	1,604
Schweiz	4,7	1,4	0,638

Es kann vorkommen . . .

daß auf einem der zahllosen Wege, die unser Werkgelände durchziehen, ein Stück Schrott liegt. Es ist vielleicht von einem Wagen heruntergerutscht. Jetzt liegt es dort, sozusagen als Stein des Anstoßes.

Ich hatte mich gebückt, um es aufzuheben und an den Wegrand zu legen. Ich habe es liegengelassen — aus Neugierde, aus Lust am Beobachten — man mag es nehmen, wie man will. Ich habe mich an einen Pfeiler gelehnt, eine Zigarette geraucht und dann die zweite und dritte. Denn siebzig Minuten habe ich dort gestanden. Das ist eine lange Zeit. Aber sie war abwechslungsreich und kurzweilig. Es gab so viel zu sehen.

Rund 130 Kollegen sind des Weges gekommen. Etwa 75 gingen achtlos an dem Stein des Anstoßes vorüber; die Hälfte von ihnen wartet dem Stück einen kritischen oder abwägenden Blick zu, aber jeder ging vorüber. Etwa 35 Kollegen schritten über das Stück hinweg, mit erhobenen Knien, tadellos vorsichtig. Rund 20, die im Sinnen oder im Gespräch vertieft waren, stießen sich mehr oder weniger hart an einer Ecke des Schrottstückes. Du liebe Güte, was haben einige von ihnen nett geulocht. Aber sich gebückt und das Stück beiseite geschafft, das hat keiner.

Drei Elektrokarren fuhren daher. Zwei umkurvten schneidig die Gefahr. Der dritte erkannte wohl erst in letzter Sekunde das Schrottstück; das Hinterrad des Karrens stieß mit der Außenfläche an; der Fahrer brüllte: „Mist, verdammter!“ und — fuhr weiter.

Ich weiß nicht, wie lange das Stück dort lag, bevor ich es sah. Jedenfalls hatte ich 70 Minuten gewartet. Bis ein alter Kollege kam. Sein Schritt führte an dem Stück vorüber. Er wandte sich zu ihm, hob es auf, legte es an die Seite und sagte: „So'n Leichtsinns! Da kann ja einer sämtliche Knochen brechen!“ Und ging weiter, die Hände an der blauen Leinenhose abreibend.

„Weshalb hat der blöde Schreiberling nicht selbst und sofort den Schrott an die Seite geschmissen?“ so sagst du, Kollege. Ich bin von Berufs wegen sehr neugierig. Ich würde auch gern einmal wissen, wieviel Unfälle sich im Werk ereignen, wieviel Schmerzen, wieviel Leid und Sorgen allmonatlich ertragen werden müssen, weil irgendwo Gegenstände umherliegen als Gefahrenpunkte, die jeder leicht beiseite schaffen und hinwegräumen könnte, wenn er wirklich ein Kollege wäre und sich für seine eigene, aber auch für die Gesundheit seiner Kollegen verantwortlich fühlte. Wollen wir alle einmal kurz darüber nachdenken?



Frohe Stunden und Tage

Viele Betriebe und Abteilungen feierten in den letzten Wochen ihre Kameradschaftsabende, die teilweise in der näheren Umgebung stattfanden, teilweise mit Ausflügen in die weitere Entfernung verbunden waren. Einige „Weltfahrer“ fuhren sogar bis zur Mosel hinab. Überall herrschten Frohsinn, Freude und, wie wir übereinstimmend hörten, beste Harmonie. Das ist bei Hüttenmännern, die „rauh aber herzlich“ sind, kein Wunder.

Unser erstes Bild zeigt einen Ausschnitt aus einem Tänzchen von Angehörigen der Maschinenabteilung Hochhofen. Hier schlugen nicht die Maschinen, sondern die spritzigen Rhythmen unseres Werkorchesters den Takt. Die „müden Knochen der Veteranen“ ließen es sich bei einem braven Schoppen wohlergehen; auch das muß sein.

Die rund 500 Schwerbeschädigten des Werkes waren in diesem Jahr mit einem Sonderzug nach Witten gefahren, wo sie auf dem Hohenstein verweilten. Ein gutes Abendprogramm mit guten Leistungen der Kleinkunst bot viel Freude.

Rund 1000 erholungsbedürftige Kolleginnen und Kollegen wurden in den letzten Monaten in Pensionen des Sauerlandes verschickt, das früher oft verkannt und unterschätzt wurde.

350 Lehrlinge unserer Lehrwerkstatt befanden und befinden sich bei Redaktionsschluß auf der Nordseeinsel Borkum. Unsere weiblichen Lehrlinge bleiben „heimattreu“: sie bewohnen zur Zeit das „Haus Dortmund“ bei Meschede (Sauerland).

Wir wünschen allen Urlaubern eine recht gute Erholung und viel Sonnenschein — auf der Haut und im Herzen.



Schönes Sauerland: Blick von Föckinghausen auf Nuttlar

Unfälle im Monat Juli

Im Monat Juli ereigneten sich auf dem Hüttenwerk (einschließlich Barop) 139 leichte und 1 tödlicher Unfall, auf dem Wege von bzw. zur Arbeit 12 leichte Unfälle.

In der nachstehenden Tabelle sind die Zahlen des Vormonats in Klammern eingesetzt:

	Belegschaftszahl	leicht	schwer	tödl.	Summe
Hochofen	779	14 (13)	— (—)	— (2)	14 (15)
Zementfabrik	84	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Thomaswerk	307	2 (5)	— (—)	— (—)	2 (5)
Martinwerk	551	14 (7)	— (—)	1 (—)	15 (7)
Steinfabrik	136	1 (—)	— (—)	— (—)	1 (—)
Phosphatmühle	82	1 (1)	— (—)	— (1)	1 (2)
Kaliberwalzwerk	1133	26 (26)	— (—)	— (—)	26 (26)
Blechwalzwerk I/II	371	6 (17)	— (—)	— (—)	6 (17)
Werk Barop	530	15 (12)	— (—)	— (—)	15 (12)
Breitbandwalzwerk	163	5 (—)	— (—)	— (—)	5 (—)
Spez.-Blechwalzwerk	154	7 (2)	— (—)	— (—)	7 (2)
Preß- u. Hammerwerk	182	5 (3)	— (—)	— (—)	5 (3)
Grubenausbau	39	2 (3)	— (—)	— (—)	2 (3)
Kaltwalzwerk	271	6 (3)	— (—)	— (—)	6 (3)
Drahtverfeinerung	372	3 (2)	— (—)	— (—)	3 (2)
Maschinenabteilung	1380	5 (13)	— (1)	— (—)	5 (14)
Elektrotechn. Abt.	482	— (1)	— (—)	— (—)	— (1)
Mech. Werkstätten	529	5 (3)	— (—)	— (—)	5 (3)
Eisenbahnbetriebe	919	15 (9)	— (—)	— (1)	15 (10)
Baubetriebe	454	3 (3)	— (—)	— (—)	3 (3)
Fahrbetrieb	70	— (1)	— (—)	— (—)	— (1)
Versuchsbetriebe	143	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Sonstige Betriebe	353	1 (1)	— (—)	— (—)	1 (1)
Lehrwerkstatt	282	3 (3)	— (—)	— (—)	3 (3)
Sozialbetriebe	305	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Hauptverw. u. Betr.-Ang.	1609	— (1)	— (—)	— (—)	— (1)
Summe	11680	139 (129)	— (1)	1 (4)	140 (134)
Wegeunfälle		12 (15)	— (—)	— (—)	12 (15)

Am 3. Juli 1952 verunglückte der Kranbediener Josef Bednarz, 55 Jahre alt, beschäftigt im Martinwerk II, tödlich. B. befand sich auf einem Muldenwaggon. Als der Drehkran mit drei leeren Schrottmulden schwenkte, um sie auf dem Muldenwaggon abzusetzen, fielen plötzlich die Mulden aus dem Greiferrahmen heraus, wobei Bednarz von einer Mulde getroffen wurde. Er stürzte vom Waggon und fiel mit dem Kopf auf eine eiserne Lagerwand. Dabei erlitt er einen Schädelbruch.

Die vorgekommenen Unfälle wurden untersucht und die Unfallursachen, soweit wie möglich, nach Rücksprache mit den Betrieben und Unfallvertrauensmännern abgestellt.

Gewerberat Brune untersuchte den tödlichen Unfall Bednarz. Es wurde vereinbart, an den Muldengehängen der Auslegedrehkräne Sicherungen anzubringen, die ein Herausfallen der Mulden unmöglich machen. Ferner besichtigte Gewerberat Brune die Akkuladestation am Walzwerk VIII, die Drahtverfeinerung, die Unfallschutzeinrichtungen der Baustellen auf dem Gelände Stockheide sowie die Kindererholungsanlage und das Schwimmbad Stockheide.

Kolb von der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft untersuchte den tödlichen Unfall Bednarz.

Am 22. Juli 1952 waren Abteilungsleiter Wierzba, Unfallsachbearbeiter Spieckermann und Pressechef Hoischen beim Bundesinstitut für Arbeitsschutz in Soest, um dort evtl. neue Anregungen zu gewinnen. Leider entsprach das dort Gebotene nicht den gewünschten Erwartungen.

Am 30. Juli 1952 fand eine Besprechung der Sicherheitsingenieure in Blankenstein statt.

Sie wurden belohnt

Für Rettung aus Unfallgefahr erhielten nachstehende Belegschaftsmitglieder Belohnungen vom Werk:

Friedrich Lüddecke, elektrotechnische Abteilung, und
Gerhard Gestring, Dreherei I.

KULTURELLE BLITZLICHTER

Er kehrt zurück

Martin Andersen-Nexø, der große dänische Dichter, hat der Welt viele bedeutende Werke geschenkt. Insbesondere das Schicksal der armen Leute steht im Mittelpunkt seines Schaffens. „Pelle, der Eroberer“ und „Stine Menschenkind“ sind Dichtungen von Ewigkeitswert.

Der Kämpfer für soziale Gerechtigkeit, als der Martin Andersen-Nexø von allem Anfang in seiner Dichtung aufgetreten ist, hat früher starke Bindungen zur sozialistischen Arbeiterbewegung gehabt. Seit Beginn der dreißiger Jahre ist er jedoch ein treuer Gefolgsmann Moskaus.

Zuletzt hat er Ende 1951 von sich reden gemacht, als er in die Nähe Dresdens übersiedelte. Er wollte nicht mehr „in dem geistigen Schweinestall Dänemark“ leben, erklärte er, sondern den Rest seines Lebens in einem freien Lande verbringen. Seine politische Urteilsfähigkeit sagte ihm, daß dieses „freie Land“ die deutsche Ostzone sei.

Nun meldet die schwedische Presse, daß der Dichter beschlossen hat, in den „Schweinestall Dänemark“ zurückzukehren. Ein unpolitischer Kreis von dänischen Freunden Nexøs hat die Villa in Kopenhagen zurückgekauft und sie ihm geschenkt, die er bei der Übersiedlung in das „freie Land“ Grotewohls und Ulbrichts verkauft hatte.

Nexø hat für seine Rückkehr nach Dänemark keine Erklärung gegeben. Aber es kann sein, daß er das Klima Dresdens nicht verträgt, will sagen, das geistige Klima der Ostzone.

Das dänische Volk will den heimkehrenden Sohn wieder aufnehmen, trotz allem, so berichtet die dänische Presse. Sein großes Werk, so meint man, könne nicht Schaden leiden dadurch, daß der Dichter sich als Politiker bloßstelle.

Das dänische Volk ist großzügig. Es macht nicht aus jedem Irrtum ein unverzeihliches Verbrechen oder eine Weltanschauungsfrage.

Manche Menschen, die von der Auflösung der sterblichen Natur nichts verstehen, aber über ihr böses Leben ein schlechtes Gewissen haben, bringen ihre Lebenszeit in Bangigkeit und Angst elend hin, indem sie allerlei lügnische Fabeln über die Zeit nach dem Tode aushecken.

Demokrit (um 450 n. Chr.)

WOHNUNGSTAUSCH

Biete:

92. 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Brauseraum, 2 Keller, Gartenland, Miete 40,— DM, in Hombruch.
93. 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Balkon, Miete 38,— DM.
94. 2-Zimmer-Wohnung, Miete 15,50 DM, in Marten.
95. 2-Zimmer-Wohnung in Werksnähe, Miete 24,— DM.
96. 1 Zimmer in Werksnähe.
97. 3-Zimmer-Wohnung in Dortmund-Wickede, Miete 30,— DM.
98. 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Bad, im Neubau, Miete 47,10 DM.
99. 4-Zimmer-Wohnung in der Wambeler Straße, Miete 54,— DM.
100. 2½-Zimmer-Wohnung in einem Einfamilienhaus, Gas, elektrische Waschküche, 70 qm Garten, Miete 23,60 DM, in Wambel.
101. 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Balkon, Miete 31,50 DM.
102. 2-Zimmer-Wohnung in der Adlerstraße, Miete 25,— DM.
103. 2-Zimmer-Wohnung im westlichen Vorort, Miete 20,— DM.
104. 2-Zimmer-Wohnung in der Bornstraße, Erdgeschoß, Miete 26,— DM.
105. 2-Zimmer-Wohnung in Hombruch, Miete 23,— DM.
106. 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, in der Alsenstraße, mit Bad, III. Obergesch., Miete 30,— DM.
107. 2-Zimmer-Wohnung mit Speisekammer, in der Sonnenstraße.

Suche:

- 3-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, im Süden von Groß-Dortmund.
- 3- bis 4-Zimmer-Wohnung, gleichwertig.
- 3-Zimmer-Wohnung, Miete bis 60,— DM, in Werksnähe.
- 3-Zimmer-Wohnung in Werksnähe.
- 2-Zimmer-Wohnung in Werksnähe.
- 2½- bis 3-Zimmer-Wohnung, von Dortmund-Wambel bis Dortmund, Miete bis 45,— DM.
- 3½- bis 4-Zimmer-Wohnung, gleichwertig.
- 4- bis 5-Zimmer-Wohnung in Körne oder im Vorort der Stadt.
- 2-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, am Fredenbaum, in Brechten oder Brambauer.
- 4-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen.
- 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Miete bis 60,— DM.
- 2-Zimmer-Wohnung im Erdgeschoß.
- 3-Zimmer-Wohnung in oder auch außerhalb Dortmund, Miete bis 50,— DM.
- 2- bis 3-Zimmer-Wohnung in Hombruch oder Dortmund.
- 2- bis 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Miete bis 50,— DM, möglichst Erdgeschoß oder I. Etage.
- 2-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, in Werksnähe.

Nähere Auskunft erteilt Abteilung Wohnstätten, Zimmer 7.



das Buch für Dich

Kunstabücher

Doris Wild

MODERNE MALEREI

Die Entwicklung der modernen Malerei von den Impressionisten bis zu den Abstrakten (1875 bis 1950).

Friedrich Winkler

DIE GROSSEN ZEICHNER

Eine Darstellung großer Zeichner des 15. bis 18. Jahrhunderts.

Begegnungen mit großen Menschen

William Bolitho

ZWOLF GEGEN DAS SCHICKSAL

Historische Biographien großer Abenteurer in der eigenwilligen Darstellung eines modernen Menschen.

Anna Siemsen

GOETHE —

MENSCH UND KÄMPFER

In einfacher und klarer Art wird Goethes Werk verständlich gemacht.

Anna Siemsen

DER WEG INS FREIE

Das Leben und Wirken vieler großer Frauen erzählt dieses anschauliche Werk.

Heinz Sponzel

FRIDTJOF NANSEN

Das Leben des Polarforschers und Menschenfreundes, „das Gewissen Europas“, wie er nach 1918 genannt wurde.

Irving Stone

ZUR SEE UND IM SATTEL

Die ganze Persönlichkeit des Schriftstellers Jack London erscheint in dieser Biographie.

Reisebeschreibungen

Hugo Adolf Bernatzik

GARI-GARI

Eine Forscherreise zu unbekannten Negerstämmen zwischen Nil und Kongo.

Age Gilberg

MIT LISBET NACH THULE

Ein dänischer Arzt und seine Frau fahren zu den Eskimos Nordgrönlands.

Volkstümliche Wissenschaft

Hans Cloos

GESPRÄCH MIT DER ERDE

Ein Geologe enthüllt die Geheimnisse der Erde.

Wilhelm H. Lange

DAS BUCH

IM WANDEL DER ZEITEN

Die Entwicklung von Schrift, Papier, Buchdruck und Buchhandel.

Heinrich Wenz

WELTMACHT INDIEN

Die geschichtliche, religiöse, kulturelle und politische Entwicklung Indiens.

Francis Williams

DAS ENGLISCHE EXPERIMENT

Die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in England von 1945 bis 1951. Jugend- und Kinderbücher

Brüder Grimm

DIE BREMER STADTMUSIKANTEN

Das alte Märchen erhält durch die farbenfrohen, lebendigen Bilder neuen Reiz.

Kurt Held

DIE ROTE ZORA UND IHRE BANDE

Eine Schar elternloser Kinder bringt ein dalmatinisches Städtchen in Aufregung.

Lisa Tetzner

DIE SCHÖNSTEN MÄRCHEN DER

WELT FÜR 365 UND EINEN TAG

(Band 2). Eine reich illustrierte Sammlung von Märchen aus allen Teilen der Welt.

Der Teufel im Hüttenwerk

Eines Tages haben sie den Teufel erwischt, wie er einen umgebracht hat. Es wußte aber niemand, daß er sich nur einen holen wollte, der ihn vorher selbst gerufen hatte. So wurde denn nach dem Spruch: Wer Blut vergießt, dessen Blut soll wieder vergossen werden!, der arme Teufel zum Tode verurteilt.

Scharfrichter Gödecke aus Magdeburg kam, um ihm den Kopf vor die Füße zu legen. Aber der Teufel war so hartnäckig, daß das Beil abprallte, als Gödecke ihm den Kopf vom Halse trennen wollte. Natürlich weigerte der Scharfrichter sich, einen zweiten Versuch zu machen, aber der Teufel sollte nun einmal sterben. So wurde er denn aufgehängt. Aber auch das ging daneben. Der Strick riß, und der Teufel fiel wie ein reifer Apfel in das Gras unter dem Baum, an dem er hängen sollte. Nun sollte er erschossen werden, aber der Teufel war so dickfellig, daß keine Kugel ihn zu durchlöchern vermochte. Da machte man einen letzten Versuch. Man brachte ihn zur Hütte und steckte ihn in einen Martinofen. Mit Haut und Haar in den glühenden Schmelzofen, in dem das Eisen weiß und kochend brodelte. Als der Ofenmann nach einer halben Stunde die Ofentür öffnete, um nachzusehen, was aus dem armen Teufel geworden war, schrie der ihn aus dem Ofen heraus an: „Mensch, mach die Klappe zu, es zieht!“ —egri—



GEISSLER



Tüchtige, sachverständige Mitarbeiter und ein modern eingerichteter Betrieb lassen uns allen Wünschen unserer Abnehmer gerecht werden.

Die z. Z. bestehenden Lieferschwierigkeiten machen auch uns große Sorgen.

Unsere Abnehmer werden von uns jedoch nach besten Kräften unterstützt. Das wissen sie und bleiben uns daher auch in auftragsarmen Zeiten treu.

WESTFALENHÜTTE DORTMUND A.G.